



**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Tätigkeitsbericht 2003

Tätigkeitsbericht 2003

Halle (Saale), im März 2004

Herausgeber:
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE - IWH
Präsident: Professor Dr. Dr. h. c. Rüdiger Pohl

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Telefon: (03 45) 77 53-60, Fax (03 45) 77 53-820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Druck: Druckhaus Schütze GmbH
Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)
Tel. (03 45) 5 66 66-0, Fax (03 45) 5 66 66 66

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Über das IWH	7
Forschungsprojekte	17
I. Wirtschaftsräume im Konvergenzprozess	18
II. Arbeitsmärkte im Umbruch	41
III. Kommunale Wirtschaft	50
IV. Konjunktur und Wachstum	56
Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Gastvorträge	69
Publikations- und Vortragstätigkeit, Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	75
Publikationen des IWH	76
Externe Publikationen	85
Lehrtätigkeit	89
Vorträge	90
Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	101
Sonstiges	103
Organisation des IWH	105
Organisationsstruktur	106
Mitglieder des Vereins	107
Vorstandsrat	109
Wissenschaftlicher Beirat	110
Vorstand	110

Das Jahr 2003 markiert einen Wendepunkt in der deutschen Wirtschaftspolitik. Nachdem jahrelang nur davon geredet wurde, sind nunmehr erstmals umfassend Reformen für das Wirtschaftssystem Deutschland auf den Weg gebracht worden. Der Problemdruck – schwaches Wirtschaftswachstum, stagnierende Investitionen, leere Staatskassen, strukturell hohe Arbeitslosigkeit – hat die Politik endlich zum Handeln bewegt.



Rüdiger Pohl

Klar sind auch die Zielrichtungen der Reformen: es geht um die Absenkung der Staatsquote, verbunden mit einer Reduktion der Abgabenlast; das Ausmaß an Umverteilung wird gesenkt, die Eigenverantwortung und Eigenvorsorge der Menschen gestärkt; inflexible Regulierungen insbesondere am Arbeitsmarkt werden beseitigt; neue moderne Märkte, vor allem im Bereich Gesundheit und Bildung, werden entwickelt.

Die meisten Wirtschaftsforscher sind sich mit der Mehrzahl der Politiker einig, dass die notwendigen und richtigen Reformen aus 2003 ein erster Schritt sind. Der Umbau des Systems Deutschland ist noch nicht abgeschlossen; weitere Reformschritte müssen folgen.

So verbreitet die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen ist, so unpopulär sind sie zugleich. Viele Menschen fühlen sich durch den Wandel bedroht und fürchten, Verlierer des Reformprozesses zu werden. Schon zeigt sich, dass der Reformmotor in einem Wahljahr wie 2004 ins Stottern gerät. Der Standort Deutschland hat eine nachhaltig wettbewerbsfähige Position im globalisierten Standortwettbewerb aber noch nicht gefunden. Es wäre fatal, wenn der Reformprozess auf halbem Wege stecken bliebe.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute können und müssen ihren Beitrag leisten, damit der Reformprozess schwingvoll bleibt. Es geht nicht um die kritiklose Begleitung von Regierungs- (oder Oppositions-)Politik. Um die konkrete Ausgestaltung von Reformen wird man weiter ringen und kontrovers diskutieren. Aber um ein reformbereites Klima im Lande zu schaffen und aufrechtzuerhalten, müssen die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Überzeugung in die Öffentlich tragen, dass der wirtschaftliche Abstieg

Deutschlands verhindert werden kann – wenn dieses Land sich neu ordnet. Darum geht es bei den Reformen. Mit dieser Zielrichtung engagiert sich das Institut für Wirtschaftsforschung Halle in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung.

* * *

Zum Abschluss noch ein Wort in eigener Sache! Ich werde meine Tätigkeit als Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle nach gut zehn Jahren im Sommer 2004 beenden. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands in den eineinhalb Jahrzehnten nach der Wende aus nächster Nähe mitzuerleben; sie kritisch zu analysieren; sich mit wirtschaftspolitischen Gestaltungsvorschlägen einzumischen, die nicht immer populär waren; eigene Positionen selbstkritisch aber immer wieder zu überdenken: spannender konnten die Herausforderungen für mich nicht sein. Es waren für mich befriedigende Jahre. In meinen verbleibenden Berufsjahren möchte ich nun – im Rahmen meines Lehrstuhls an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg – einen anderen Schwerpunkt setzen: ich möchte in meinem eigentlichen volkswirtschaftlichen Fachgebiet, Geld und Währung, noch einmal Forschungssehnsucht entwickeln. Ich möchte mich bei allen bedanken, die mir als wohlwollende und kritische Partner geholfen haben, das nach der Wiedervereinigung neu gegründete IWH als ein Institut mit überregionaler Ausstrahlung zu etablieren. Das Verfahren zur Neuberufung eines Präsidenten ist in Gang gesetzt worden.

Über das IWH

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1992 gegründet. Es gehört zu den Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, die von Bund und Ländern zu je 50% institutionell gefördert werden.

Das IWH wird in privater Rechtsform als eingetragener Verein geführt. Entsprechend der Satzung verfolgt das Institut ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, insbesondere wissenschaftliche Zwecke. Im Rahmen dieser Zielsetzung führt das IWH neben seinen durch die institutionelle Förderung finanzierten Aufgaben in begrenztem Umfang auch Drittmittelforschung durch.

Forschungs- programm

Seit der Gründung des Instituts steht die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft im Mittelpunkt der Forschungstätigkeit. Doch wurden die Arbeitsschwerpunkte inzwischen erweitert.

Neben der Transformationsforschung spielen nunmehr auch Problemstellungen der europäischen Entwicklung eine größere Rolle. Das IWH erforscht vor allem wirtschaftspolitisch relevante Fragestellungen. Ein besonderer Schwerpunkt dabei sind Evaluationen von Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Förderpolitik. Die Ergebnisse der Forschung nutzt das Institut auch für die Politikberatung.

Den Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit bilden die folgenden Forschungsfelder:

- *Wirtschaftsräume im Konvergenzprozess*
- *Arbeitsmärkte im Umbruch*
- *Kommunale Wirtschaft*
- *Konjunktur und Wachstum*

Wirtschaftsräume im Konvergenzprozess: Das Thema Konvergenz, insbesondere die Ausgestaltung des Aufholprozesses wirtschaftlich rückständiger Regionen, ist für Deutschland und für Europa von herausragendem wirtschaftspolitischen Interesse. Das IWH setzt seine Forschungstätigkeit auf diesem Feld fort. In Deutschland geht es darum, ob und wie der nach wie vor beträchtliche gesamtwirtschaftliche Leistungsrückstand der neuen im Vergleich zu den alten Ländern verringert werden kann. In Europa stellt sich die gleiche Problematik mit Blick auf die der EU beitretenden Länder.

Das IWH untersucht die Konvergenzprozesse aus dem Blickwinkel von Ländern, Regionen und Sektoren. Für Osteuropa werden Finanzmarkteffekte (zum Beispiel mögliche Instabilitäten im Finanzsektor) einbezogen. Die Analysen erstrecken sich auf die gesamtwirtschaftliche, regionale, sektorale und betriebliche Ebene.

Da sich die Konvergenz als langwieriger und von Rückschlägen bedrohter Prozess darstellt, werden vielfältige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Unterstützung des Konvergenzprozesses ergriffen. Das IWH führt eine kritische Evaluation der Politikansätze mit dem Ziel durch, zu einer größeren Treffsicherheit des wirtschaftspolitischen Instrumentariums beizutragen. Die Forschung bezieht auch die methodische Weiterentwicklung von Evaluationsverfahren mit ein.

Arbeitsmärkte im Umbruch: Gerade für die ostdeutschen Regionen mit rückläufiger Bevölkerung stellt sich nicht nur aus demographischen Gründen, sondern auch wegen Abwanderungen die Frage nach der künftigen Verfügbarkeit bzw. Aufrechterhaltung eines qualifizierten Humankapitals. Deswegen werden die Fragen des Arbeitsangebots und der Qualifikation vom IWH künftig intensiv untersucht.

Die chronisch hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland, vor allem aber in den neuen Bundesländern, hat ein ganzes Bündel von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen hervorgerufen, die auf die Reintegration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zielen. Das IWH hat schon sehr frühzeitig mit der kritischen Aufarbeitung arbeitsmarktpolitischer Ansätze begonnen und setzt dies fort. Das methodische Instrumentarium basiert auf in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur diskutierten Verfahren, es ist jedoch auch eine Verbesserung der Evaluationsverfahren notwendig. Hierzu leistet das Institut einen Beitrag.

Kommunale Wirtschaft: Mit diesem Forschungsschwerpunkt hat das IWH einen Gegenstand aufgegriffen, der einem tiefgreifenden Veränderungsprozess unterliegt. Aufgrund von wettbewerbspolitischen Vorgaben der EU-Kommission und der Bestrebungen zur Effizienzsteigerung im Bereich der bisherigen kommunalen Aufgabenerfüllung werden immer mehr traditionelle kommunale Monopole für den Wettbewerb geöffnet. Zusätzlich geraten die Kommunen unter Anpassungszwang, weil aufgrund von sinkenden Einwohnerzahlen ihre Infrastrukturangebote immer weniger ausgelastet und teilweise zurückgebaut werden müssen und weil die ihnen überlassenen Finanzmittel zunehmend erodieren. Gleichzeitig bemühen sich die Kommunen, die Nachteile der Marktöffnung zu kompensieren

– etwa durch eine Ausweitung ihrer Angebote in räumlicher oder sachlicher Hinsicht – und ihre Infrastrukturangebote zu optimieren.

Es ist das Anliegen des IWH, empirisch fundierte Antworten auf die Fragen nach den Grenzen und der zukünftigen Positionierung kommunaler Wirtschaftsaktivitäten zu geben und Konzepte für die Anpassung und Optimierung der kommunalen Infrastruktur zu entwickeln.

Konjunktur und Wachstum: Die Analyse der aktuellen Konjunkturentwicklung einschließlich der Konjunkturprognosen gehört zum Kernbestand eines empirischen Wirtschaftsforschungsinstituts. Sie liefert die Grundlage für aktuelle wirtschaftspolitische Empfehlungen. Konjunkturprognosen erstellt das IWH für die Weltwirtschaft, für den Euroraum und für die deutsche Wirtschaft. Für Ostdeutschland wird eine gesonderte Vorausschau auf der Basis sektoraler Entwicklungen der Produktion und ausgewählter Nachfragekomponenten vorgenommen. In diesem Zusammenhang werden auch regelmäßig eigene Daten erhoben. Um robuste Ergebnisse zu erhalten, wird bei allen Prognosen ein Methoden-Mix angewendet, der von Frühindikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis hin zu institutseigenen ökonometrischen Modellen reicht. Die üblicherweise nachfrageorientierte Konjunkturprognose wird künftig durch die verstärkte Einbeziehung von Angebotseffekten (Produktionspotenzial, Einbeziehung von Politikvariablen auf der Angebotsseite) ergänzt.

Das IWH wird dem Finanzsektor mehr Gewicht als in den Konjunkturanalysen bisher üblich widmen. Die Integration der internationalen Finanzmärkte verändert die nationalen Finanzierungsbedingungen nachhaltig. Mit neueren mikroökonomischen Ansätzen werden Funktionen und Wirkungsweisen internationaler Finanzmärkte und -institutionen sowie deren Bedeutung für eine länderübergreifende Übertragung makroökonomischer Störungen untersucht und Konsequenzen alternativer Regulierungstatbestände aufgezeigt.

Im methodischen Bereich arbeitet das IWH insbesondere an der Weiterentwicklung von panelökonometrischen Verfahren. Das IWH ist an der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute sowie am European Forecasting Network beteiligt.

Das Institut veröffentlicht die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung sowohl in verschiedenen externen Zeitschriften und Verlagen als auch in institutseigenen Reihen.

Publikationsreihen

Zu den institutseigenen Reihen gehören

- die „Wirtschaft im Wandel“,
- die „Sonderhefte“ und
- die „Diskussionspapiere“.

Mit der *Wirtschaft im Wandel* will das IWH kontinuierlich einer breiten Öffentlichkeit Beiträge vorlegen, in denen wirtschaftliche Entwicklungen dargestellt, analysiert und bewertet werden. Die Beiträge behandeln ökonomisch relevante Fragestellungen, insbesondere der konjunkturellen, strukturellen, regionalen und kommunalen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sowie des Transformationsprozesses in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

In den *Sonderheften* veröffentlicht das Institut sonstige Beiträge wie Gutachten, gemeinsame Berichte verschiedener Institutionen und Konferenzmaterialien.

Über das Internet stellt das Institut einem fachlich interessierten Personenkreis seine *Diskussionspapiere* zur Verfügung. Die *Diskussionspapiere* stehen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Autoren. Die darin vertretenen Auffassungen stellen keine Meinungsäußerung des IWH dar.

Zu den externen Verlagen gehört die Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden. Hier gibt das IWH unter dem Titel *Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle* eine eigene Buchreihe heraus. In ihr werden vorwiegend empirische Untersuchungen, die einen größeren Umfang haben, publiziert.

Entsprechend den Forschungsschwerpunkten des Instituts wurde der Bestandsaufbau der Bibliothek im Jahr 2003 fortgesetzt. Die Bibliothek verfügte Ende des Jahres über rund 35 800

Bibliothek

Titel, davon 33 600 elektronisch erfasst und inhaltlich erschlossen. Das entspricht einem Jahreszuwachs von rund 2 300 Titeln/Bänden neuer bzw. retrospektiver Katalogisierung. Darüber hinaus stehen zahlreiche Zeitschriften (345) und Statistikreihen (560) zur Verfügung. 2003 wurden ca. 4 200 Zeitschriften- bzw. Fortsetzungshäfte dem Bestand hinzugefügt.

Somit ergibt sich 2003 ein Gesamtzuwachs aus Monographien, Online-Dokumenten und Zeitschriftenheften von ca. 9 150 Einheiten.

Die Bibliothek bietet über ihren OPAC zurzeit den Zugriff auf 746 (2002: 377) Online-Dokumente an. Das Angebot wird durch zahlreiche Informationslinks ergänzt.

Das Jahr 2003 war das erste Jahr, in dem die Bibliothek ausschließlich das neue Bibliothekssystem LIBERO anwendete. Dienste wie Recherche, Vormerkungen, Ausleihe, Ausleihkonto konnten so für die Mitarbeiter und auch auswärtige Nutzer erweitert und attraktiver gestaltet werden.

	2002	2003
Freihand/Magazin		
Nutzer	5 701	5 938
Entleihungen	6 543	7 321
Fernleihe		
Monographien	316	231
Kopien	273	223

Mitarbeiter

Im Jahr 2003 verfügte das IWH nach wie vor über einen Stellenplan mit 61,25 Stellen. Für wissenschaftliches Personal standen 38,5 Stellen zur Verfügung, Eine Stelle hiervon wurde mit zwei Doktoranden besetzt. Mit einer zusätzlichen, über Drittmittel finanzierten Doktorandenstelle konnten im Jahr 2003 daher insgesamt drei Doktoranden beschäftigt werden.

Die verhältnismäßig große Personalfluktuaton der Vorjahre im wissenschaftlichen Bereich ist im Berichtsjahr praktisch zum Stillstand gekommen: einem ausgeschiedenen Mitarbeiter stand ein Neuzugang gegenüber; zum 31.12.2003 beschäftigte das IWH insgesamt – institutioneller und Drittmittelhaushalt zusammengenommen – 71 Mitarbeiter im Angestelltenbereich, davon 42 Wissenschaftler. Das Durchschnittsalter der wissenschaftlichen Mitarbeiter blieb mit 40,3 Jahren praktisch konstant, das Gesamtdurchschnittsalter belief sich auf 42,5 Jahre. Der Anteil der weiblichen Mitarbeiter betrug 47%, im Bereich der Wissenschaftler 36%. Altersteilzeit wurde in 2003 von fünf Mitarbeitern in Anspruch genommen. Der bereits hohe Anteil an befristeten Arbeitsvertragsverhältnissen stabilisierte sich, insgesamt wurden ca. 52% der Wissenschaftler mit befristeten Verträgen beschäftigt.

Zum Stichtag 31.12.2003 beschäftigte das Institut 21 studentische Hilfskräfte; darüber hinaus absolvierten 10 Studenten im Berichtsjahr ein Praktikum am IWH.

Das Haushaltsvolumen des Instituts belief sich im Jahr 2003 auf rund 4,7 Mio. Euro.

Budget

Der leichte Anstieg gegenüber 2002 ist ausschließlich auf eine Zunahme der institutionellen Mittel zurückzuführen. Die Höhe der Drittmittel ging dagegen zurück und erreichte nunmehr gut 0,36 Mio. Euro. Der Anteil der Personalausgaben blieb mit etwa 77% auf dem hohen Niveau der Vorjahre und stellte damit den wesentlichen Ausgabenblock dar. Nach der Investitionsspitze im Vorjahr wurden die Investitionsausgaben in 2003 etwas zurückgefahren und erreichten eine Höhe von etwa 150 000 Euro, die praktisch ausschließlich der EDV-Ausstattung zugute kamen.

Die Kosten-Leistungsrechnung (KLR) wurde wie geplant implementiert. Damit liegt eine wesentliche Voraussetzung zur Einführung von Programmbudgets vor. Entsprechend den Richtlinien der Bund-Länder-Kommission zur Einführung von Programmbudgets in den Instituten der Leibniz-Gemeinschaft wird auch das IWH mit dem Haushalt 2006 Programmbudgets einführen und den Reorganisationsprozess zur Einführung programmgesteuerter Forschung beginnen.

Das IWH unterhält Arbeitskontakte zu einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen, Universitäten, Ministerien, Verwaltungen und Verbänden der Wirtschaft im In- und Ausland.

Arbeitskontakte

Wie in den Vorjahren stand die Zusammenarbeit mit den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten DIW Berlin, ifo Institut München, IfW Kiel, RWI Essen, HWWA Hamburg sowie dem ZEW Mannheim im Vordergrund. Vor allem durch die projektbezogenen gemeinsamen Ausarbeitungen konnten die Kontakte weiter vertieft werden.

Die Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, und hier insbesondere mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, wurde im Jahr 2003 fortgesetzt. So wurden im Berichtszeitraum in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität zwei Workshops durchgeführt. Ziel ist, vor allem jungen, empirisch forschenden Wissenschaftlern ein Forum zu bieten, eigene anwendungsbezogene Forschungsergebnisse darzustellen und mit erfahrenen Wissenschaftlern zu diskutieren. Workshops

mit der Martin-Luther-Universität haben sich zu einem wichtigen Element der Wissensvermittlung und des Erfahrungsaustausches am Institut entwickelt und werden auch zukünftig durchgeführt.

Das IWH und die Martin-Luther-Universität haben vereinbart, im Rahmen des neuen Masterstudiengangs „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Absolventen auszubilden und in die Lage zu versetzen, praxisbezogene ökonomische Analysen zu erstellen und diese in der Öffentlichkeit wirksam zu präsentieren. Der geplante Studiengang soll die Kernkompetenzen der Fakultät in der ökonomischen Analyse mit der praxisbezogenen Kompetenz des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, u. a. durch Praktika am IWH, verbinden. Dieser Theorie-Praxis-Bezug ist ein wichtiger innovativer Aspekt des Studiengangs, der in dieser Form in Deutschland einmalig ist.

Die bilaterale Arbeitsgruppe „Simulationsmodelle“ hat unter anderem das makroökonomische Modell, das auch im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute Anwendung findet, weiterentwickelt.

Das IWH hat sich auch im Jahr 2003 an der „Nacht der Wissenschaften“, die von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg alljährlich durchgeführt wird, beteiligt. Diese Veranstaltung wurde wiederum genutzt, einer breiten Öffentlichkeit wesentliche Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit des Instituts vorzustellen sowie Antwort auf die zahlreichen Fragen von Bürgern zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen zu geben. Themenschwerpunkte bei dieser Veranstaltung waren die EU-Osterweiterung sowie die Bedeutung der Wissenschaftseinrichtungen in Sachsen-Anhalt für die regionale Wirtschaft des Landes.

Im European Forecasting Network erarbeitet das IWH im Auftrag der Europäischen Kommission zusammen mit Forschungsinstituten aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien halbjährlich Konjunkturprognosen für den Euroraum.

Im Rahmen eines durch die EU geförderten Projekts werden gemeinsam mit vier Forschungsinstituten aus Westeuropa und acht Instituten aus EU-Beitrittsländern Untersuchungen zum Thema Konvergenz durchgeführt.

Darüber hinaus hat das Institut mehrere ausländische Delegationen empfangen und zahlreiche Konsultationen und Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie ausländischer Botschaften, Wirtschafts- und Handelsvertretungen geführt.

Das Institut ist im Internet unter der Adresse <http://www.iwh-halle.de> zu erreichen. Hier stellt das IWH allgemeine Informationen über das Institut zur Verfügung, berichtet über wissenschaftliche Veranstaltungen und veröffentlicht ausgewählte Ergebnisse seiner wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, u. a. die Beiträge der Reihe *Wirtschaft im Wandel*.

Internet

	2002	2003
Anzahl der Sichtkontakte mit einzelnen Seiten	418 360	498 339
Anzahl der Besuche (zusammenhängende Seitenabrufe)	92 318	137 851
Durchschnittliche Anzahl der abgerufenen Seiten pro Besuch	4,2	3,6
Anzahl der unterschiedlichen Besucher	41 237	45 678
Durchschnittliche Anzahl von PageViews pro Tag	1 147	1 366
Durchschnittliche Anzahl von Visits pro Tag	254	378

Forschungsprojekte

I. Wirtschaftsräume im Konvergenzprozess

Koordinator: Dr. Joachim Ragnitz

Das Thema „Konvergenz“, insbesondere die Ausgestaltung des Aufholprozesses wirtschaftlich rückständiger Regionen, ist für Deutschland und für Europa von herausragendem wirtschaftspolitischen Interesse. Deswegen hat das IWH diese Thematik auch mit dem im Jahr 2003 neu aufgestellten Forschungsplan wieder aufgegriffen. In Deutschland geht es dabei vor allem darum, ob und wie der nach wie vor beträchtliche gesamtwirtschaftliche Leistungsrückstand der neuen im Vergleich zu den alten Ländern verringert werden kann; in Europa stellt sich die gleiche Frage mit Blick auf die der EU beitretenden Länder. Da sich Konvergenz als ein langwieriger und von Rückschlägen bedrohter Prozess darstellt, werden vielfältige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Unterstützung des Konvergenzprozesses ergriffen. Das IWH sieht es auch als seine Aufgabe an, eine kritische Evaluation der Politikansätze durchzuführen, um auf diese Weise zu einer größeren Treffsicherheit des wirtschaftspolitischen Instrumentariums beizutragen.

Konvergenzprozesse in den neuen Bundesländern

Eine Reihe von Forschungsthemen im Berichtsjahr befasste sich mit Fragen der Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen. Als ein wesent-

Innovationstätigkeit ostdeutscher Betriebe

licher Indikator zur Beurteilung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit gilt dabei die Innovationstätigkeit. In der Innovationsstatistik werden auf Unternehmensebene drei verschiedene Typen von

Produktinnovationen unterschieden: a) die wesentliche Verbesserung bzw. Weiterentwicklung bestehender Produkte, b) die Erweiterung der Produktpalette um bereits am Markt vorhandene Produkte und c) die Einführung von völlig neuen Produkten am Markt. Empirische Untersuchungen des IWH haben ergeben, dass entgegen allen Erwartungen die ostdeutschen Betriebe auf allen drei Feldern der Produktinnovationstätigkeit aktiver sind als die westdeutschen. Insgesamt betrachtet führten 46,2% der ostdeutschen, aber nur 42,6% der westdeutschen Betriebe in den Jahren 1999 bis 2000 wenigstens eine der drei oben typisierten Innovationsaktivitäten durch.

Besonders bedeutungsvoll für die technologische Leistungsfähigkeit ist die Einführung gänzlich neuer Produkte (Markneuheiten). Während 1999 und

2000 in Ostdeutschland 11,3% der Betriebe Marktneuheiten hervorbrachten, waren es in Westdeutschland 8,5% der Betriebe. Dabei sind jedoch deutliche Branchenunterschiede sichtbar. In Ostdeutschland brachten die Betriebe der Branchen Nahrungs- und Genussmittel, Textil und Bekleidung, Papier und Druck, Chemie, Glas/Steine/Erden und der Kraftfahrzeugbau deutlich mehr Marktneuheiten hervor als in Westdeutschland. Im sonstigen Fahrzeugbau, in der Elektrotechnik, im Maschinenbau und Recycling hingegen weisen die westdeutschen Betriebe einen deutlichen Vorsprung auf.

Es ist anzunehmen, dass die bereits seit Jahren zu beobachtende stärkere Innovationstätigkeit in Ostdeutschland Ausdruck eines nach wie vor bestehenden technologischen Erneuerungsbedarfs ist. Entscheidend für die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch nicht die Einführung neuer bzw. verbesserter Produkte allein, sondern insbesondere ihre erfolgreiche Vermarktung. Tatsächlich heben sich innovative Betriebe in ihren Leistungsparametern von nichtinnovativen positiv ab. Sie weisen bessere betriebliche Ergebnisse vor und gehören mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und durch die erhöhte Investitionstätigkeit zu den expandierenden Betrieben. Neue Produkte sichern den Herstellern Marktvorteile und nach der meist kostenintensiven Einführungsphase auch überdurchschnittliche Erträge. So meldeten Betriebe, die im Zeitraum 1999 und 2000 völlig neue Produkte auf den Markt brachten, bessere betriebswirtschaftliche Ergebnisse als Betriebe mit weiterentwickelten oder neu ins Sortiment aufgenommenen Erzeugnissen.

Darüber hinaus wurde mit Blick auf die bestehende Produktivitätslücke zwischen Ost- und Westdeutschland auf einzelwirtschaftlicher Ebene untersucht, welche Bedeutung die der Produktivität vorausseilenden Lohnsteigerungen für die Entwicklung der (Industrie) Betriebe in der Folgezeit hatten (Schätzzeitraum 1998 bis 2000). Die Untersuchung erbrachte Anhaltspunkte dafür, dass solche Lohnsteigerungen nicht im Sinne einer „Produktivitätspeitsche“ gewirkt haben und dass sich die einzelbetrieblichen Kennzahlen schlechter darstellten als bei Betrieben mit moderaten Lohnerhöhungen. Mit einer in der Zielsetzung verwandten Untersuchung wurde schließlich analysiert, wie gut die betrieblichen Lohnstückkosten zur Erklärung betrieblicher Erfolgskennziffern geeignet sind. Aus theoretischer Sicht ist ein Zusammenhang dann anzunehmen, wenn Betriebe überwiegend einer Strategie der preislichen Wettbewerbsfähigkeit unterliegen. Die über eine Panelregression gewonnenen Ergebnisse stützten diese Vermu-

Produktivität, Löhne und Wettbewerbsfähigkeit

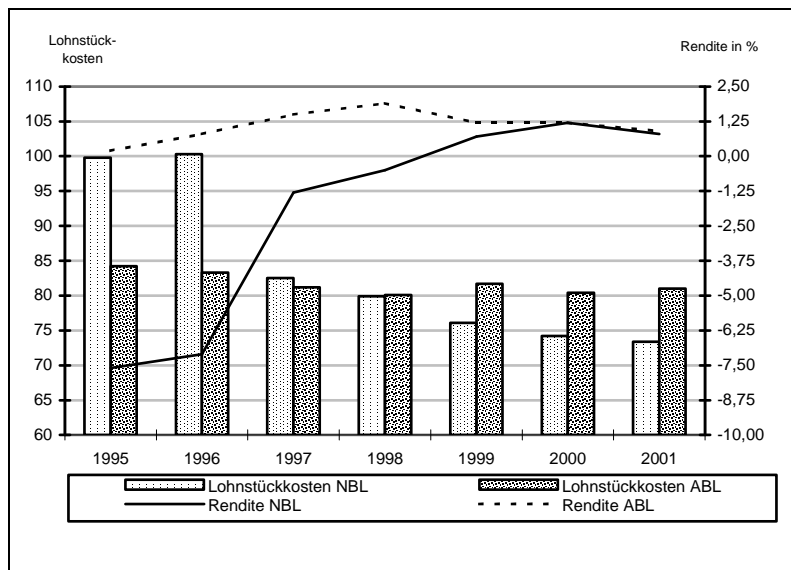
tung, d. h., günstige Lohnstückkosten und ein höherer Markterfolg (Gewinn je Erwerbstätigen) korrespondierten miteinander. Ein Zusammenhang zwischen den Lohnstückkosten und dem Erfolg auf überregionalen Märkten (Umsatzanteile), was mit dem dort mehrheitlich herrschenden nicht-preislichen Wettbewerb auch plausibel erklärbar ist, konnte dagegen nicht nachgewiesen werden. Die Ergebnisse beider Teiluntersuchungen sprechen für eine zurückhaltende Lohnpolitik im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe.

Nach dem Neuaufbau der Produktionsstätten hat das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe seinen anfänglich dramatischen Wettbewerbsnachteil auf der Kostenseite, gemessen an den Lohnstückkosten, nach und nach abgebaut und zog im Jahr 2000 mit den Produzenten in den alten Bundesländern gleich. Ob damit auch die Gewinnzone erreicht wurde, kann seit 1997 auf der Grundlage amtlicher Daten nicht mehr analysiert werden, da der nach West- und Ostdeutschland getrennte amtliche Ausweis der Kostenstrukturen für die Industrieunternehmen eingestellt wurde. Um diese Lücke zu schließen, wurde eine amtliche Kostenstrukturrechnung für die Jahre nach 1996 erschlossen, die an die bis dahin verfügbaren Zeitreihen anschließt.

Kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie

Vor dem Hintergrund des Streiks um die Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie, in der die Hälfte der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes entsteht, wurde 2003 geprüft, welchen Konsequenzen die Verkürzung der Arbeitszeit für die Ertragslage der Unternehmen hätte. Es wurde aufgezeigt, dass die Metall- und Elektrounternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten seit 1999 im Osten zwar eine deutlich geringere Lohnkostenbelastung aufweisen als jene in Westdeutschland, der Anteil des Gewinns am Bruttoproduktionswert jedoch im Durchschnitt keineswegs den Stand bei den westdeutschen Anbietern übertrifft. Maßgeblich dafür ist der Neuaufbau des Kapitalstocks in den ostdeutschen Unternehmen, der anteilig höhere Abschreibungen und sonstige Kosten – und hier insbesondere Fremdkapitalzinsen – als in Westdeutschland nach sich zieht. Der dennoch nachweisliche wirtschaftliche Erfolg wurde allerdings bei einer um drei Stunden längeren Wochenarbeitszeit erwirtschaftet. Wäre sie – wie von der IG Metall gefordert – auf das westdeutsche Niveau gesenkt worden, dann hätten die Unternehmen des Metall- und Elektrogewerbes nach Berechnungen des Instituts anstelle einer Rendite von knapp einem Prozent erneut Verluste hinnehmen müssen.

Abbildung:
Entwicklung der Lohnstückkosten und der Rendite^a in den Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie Ost- und Westdeutschlands^b



^a Anteil des Gewinns bzw. Verlustes am Bruttoproduktionswert in Prozent. – ^b Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; Neue Bundesländer einschließlich Berlin-Ost; Alte Bundesländer einschließlich Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.3.1/4.3.2/4.3.3/4.3; Sonderauswertung der Kostenstrukturerhebung; Berechnungen des IWH.

Trotz deutlicher Fortschritte im Auslandsgeschäft ist der Rückstand der ostdeutschen Industrie noch erheblich. Ihre Exportquote lag in den ersten neun Monaten des Jahres 2003 mit 24% des Gesamtumsatzes immer noch um 15 Prozentpunkte unter dem vergleichbaren Niveau Westdeutschlands. Anhand von Daten aus dem Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurde den Unterschieden zwischen der Exportintensität ost- und westdeutscher Industriebetriebe nachgegangen. Besonderes Augenmerk galt dabei dem spezifischen Beitrag klein- und mittelständischer Betriebe.

Exportlücke des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes

Es zeigte sich, dass etwa die Hälfte des Abstandes der Exportquote zu Westdeutschland aus den unterschiedlichen Anteilen großer, mittlerer und kleiner Betriebe erklärt werden kann. Die kleinbetriebliche Struktur des Verarbeitenden Gewerbes im Osten zieht auch geringere Exportaktivitäten

als im Westen nach sich. Die Exportlücke rührt aber vor allem aus der weniger ausgeprägten Stärke und fehlenden Nachhaltigkeit des Auslandsengagements der mittelgroßen und der großen Betriebe. Hier zeigen sich sowohl Engpässe bei der Vermarktung an sich exportfähiger Produkte als auch bei der Erneuerung der Produktpalette. Wie die empirische Untersuchung zeigt, haben Produktinnovationen und Marketing einen entscheidenden Einfluss auf die Exportintensität. Auch das Internet und E-Commerce können gerade den kleinen und mittelgroßen Betrieben helfen, die Informationskosten über die Märkte im Ausland zu verringern und die Absatzwege zu optimieren.

Nach wie vor entwickelt sich die Wirtschaft in den neuen Ländern nur stockend, und es stellt sich die Frage, was die Politik noch tun kann, um dem

**Fortschrittsbericht
Aufbau Ost**

Aufbauprozess in Ostdeutschland neuen Schwung zu geben. Das IWH hat aus diesem Grund zusammen mit mehreren anderen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten (DIW Berlin, IAB Nürnberg, IfW Kiel und ZEW Mannheim) im Rahmen des Drittmittelprojekts „Fortschrittsbericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland“ die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung in den neuen Ländern näher untersucht und Vorschläge zur effizienteren Ausgestaltung des Förderinstrumentariums unterbreitet.

Schwerpunkte des im Berichtsjahr vorgelegten Berichts waren – neben einer Analyse der technologischen Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft und einer regional differenzierten Betrachtung der Infrastrukturausstattung – die Investitionsförderung, die Innovationsförderung und die Aktive Arbeitsmarktpolitik:

- Festgestellt wird, dass die Investitionsförderung zwar zu erheblichen Investitionen in Ostdeutschland beigetragen hat, Mitnahmeeffekte und die Förderung von Fehlinvestitionen dennoch eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Zudem ist ein Teil der Förderwirkungen in Anpassungsreaktionen der Märkte verpufft. Empfohlen wird, die Zulage mit dem Investitionszuschuss zusammenzuführen.
- Die Innovationsförderung hat spürbare Impulse auf die Innovationsfähigkeit in der ostdeutschen Wirtschaft. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass von einer Schwäche bei Forschung und Entwicklung bei den Unternehmen der neuen Länder nicht gesprochen werden kann. Allerdings ist das Verhältnis von Aufwand und Ertrag bei Innovationen im Vergleich zum Westen noch zu gering.

- Auch die Aktive Arbeitsmarktpolitik ist mit Blick auf die Beschäftigungswirkungen nur eingeschränkt als wirksam zu betrachten. So haben ABM weder auf individueller noch auf regionaler Ebene einen zusätzlichen, über die Teilnahme an den Maßnahmen hinausgehenden positiven Einfluss auf die Beschäftigung. Die Ergebnisse der Analysen zu Lohnkostenzuschüssen und der Förderung beruflicher Weiterbildung sind nicht eindeutig, sodass zumindest deren Abschaffung nicht empfohlen werden kann.

Nach Ansicht der Institute erweist sich die bisherige Strategie, durch massive Hilfen an die Unternehmen den Aufbau Ost zu fördern, zunehmend als unwirksam. Gerade auch vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Probleme Deutschlands wird deshalb vorgeschlagen, die besondere Investitions- und Innovationsförderung für die neuen Länder allmählich auslaufen zu lassen und dabei verstärkt auf die Effizienz der eingesetzten Maßnahmen zu achten. Im Hinblick auf die aktive Arbeitsmarktpolitik wird zu einer differenzierten Betrachtung geraten. ABM sollten als arbeitsmarktpolitisches Instrument in der bisherigen Form nicht fortgeführt werden. Will die Politik dennoch an ABM festhalten, wird empfohlen, Maßnahmen für Personen, die keine Erfolg versprechende Aussicht auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt haben, wegen vorwiegend sozialpolitischer Zielsetzungen aus Steuern zu finanzieren, auch um die Belastung des Faktors Arbeit zu reduzieren. Ebenso wird eine differenzierte Analyse beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen (je Kurstyp) empfohlen. Vorrang sollte nach wie vor die Verbesserung von Standortbedingungen in den neuen Ländern haben, weil dadurch der Bedarf an kompensierender Wirtschaftsförderung gemildert wird. Letzten Endes ist aber erst dann mit einer deutlich verbesserten wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland zu rechnen, wenn die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprobleme in ganz Deutschland gelöst werden.

Konvergenzprozesse in Mittel- und Osteuropa

Im Zuge der Beitrittsverfahren sind die EU-Kandidatenländer gezwungen, das institutionelle Regelwerk der Union (den *acquis communautaire*) vollständig zu übernehmen. Dabei handelt es sich um ein Regelwerk, das in ausgereiften Marktwirtschaften gewachsen ist. Es stellt sich somit die Frage nach seiner Kompatibilität für die noch recht jungen Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa mit ihrem deutlich niedrigeren Entwicklungsniveau. Potenzielle Konfliktpunkte können insbesondere bei der Ausgestaltung und Durchset-

EU-Osterweiterung

zung der Wettbewerbspolitik erwartet werden: Viele (ehemalige) Staatsunternehmen im Restrukturierungsprozess sind bisher nicht wettbewerbsfähig, staatliche Beihilfen und eine laxere Kontrolle von Marktmacht könnten Wettbewerbsverzerrungen im gemeinsamen europäischen Markt hervorrufen. Tatsächlich zeigt sich aber, dass die Kandidatenländer nicht nur bereits das vollständige diesbezügliche Regelwerk implementiert haben, auch zeigt die Analyse der behandelten Fälle, dass die Durchsetzung der Wettbewerbspolitik dort den strengen Vorgaben der EU entspricht: Der pragmatische Weg Ungarns greift lediglich dort in den Markt ein, wo regionale und soziale Ungleichgewichte zu korrigieren sind, Polen hält streng die vorgegebenen Regeln zur Verhinderung monopolistischer Marktmacht ein und hat fiskalische Kontrollmechanismen seiner staatlichen Beihilfepolitik installiert. Insgesamt scheinen die Kandidatenländer die Wettbewerbspolitik des europäischen Binnenmarktes also durchaus zu verkräften. Als problematisch erwies sich aber vor allem die Definition des relevanten Marktes für die besonders offenen Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa. Eine mögliche Handlungsempfehlung bestünde in einer weniger regelgebundenen Behandlung der Wettbewerbspolitik, die Fall für Fall gesondert betrachtet. Dieses Argument wird insofern weiter unterstützt, als sich die institutionelle Kooperation zwischen der EU-Kommission und den Kandidatenländern erst im Aufbau befindet, die neuen Mitglieder sich also am unteren Ende der „institutionellen Lernkurve“ befinden.

Strukturanalysen für die Beitrittsländer

Zusätzlich wurden im Berichtsjahr frühere Analysen der Spezialisierungsmuster und die daraus ableitbaren Zukunftsaussichten für eine nachholende Entwicklung in Estland, Polen, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, Ungarn und Slowenien fortgesetzt. Ziel der Forschung ist es, das künftig zu erwartende Wachstumstempo der industriellen Arbeitsproduktivität an den Spezialisierungsmustern im inländischen Verarbeitenden Gewerbe abzulesen. In der sich daran anschließenden Analyse wurde nun zusätzlich der Außenhandel in die Abschätzung der Aussichten einbezogen. Die sich hieraus ergebenden Ergebnisse stimmen im Allgemeinen mit den Resultaten früherer Untersuchungen überein. Das wichtigste Ergebnis betrifft Slowenien und die Slowakische Republik. In beiden Ländern deuten die jeweiligen Spezialisierungsmuster sowohl im Außenhandel als auch in der Binnenwirtschaft auf ein hohes Potenzial für rasches Produktivitätswachstum. Polen und Estland zeigen dagegen deutlich weniger Potenzial. Für Polen werden die pessimistischen Aussichten aus früheren Analysen bestätigt, für Estland ergibt die erweiterte Analyse ein etwas optimistischeres Bild.

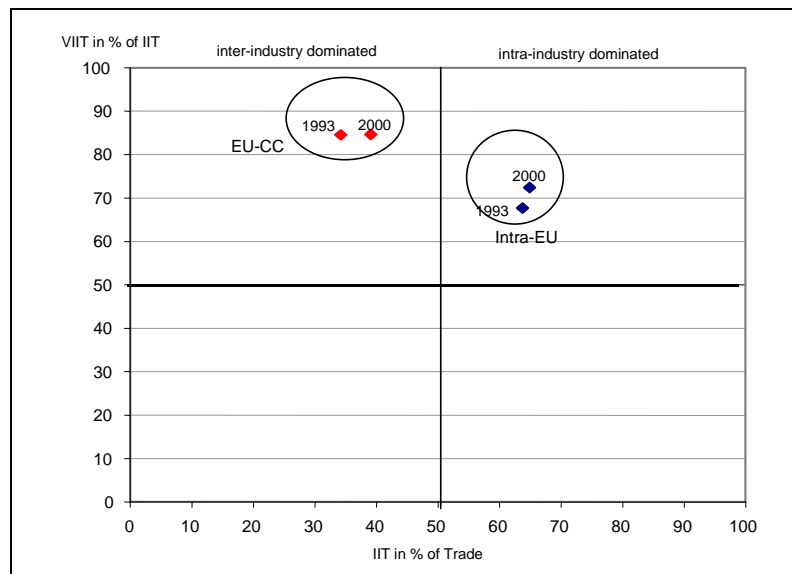
Im Jahr 2003 wurden die Arbeiten über die Entwicklung der Strukturen im Handel zwischen der EU und den Kandidatenländern fortgeführt. Ziel dieser Arbeiten ist es, die Produktivitätslücke zwischen beiden Regionen mit ihrer Spezialisierung auf bestimmte Produktionen zu erklären. Ausgangspunkt ist der stetig steigende Anteil des intra-industriellen Handels (IIH) zwischen beiden Regionen. Dabei wird zwischen vertikalem und horizontalem IIH unterschieden. Dahinter steht die Überlegung, dass die Spezialisierung auf unterschiedliche Qualitätsversionen eines Produkts immer mit Unterschieden in der Technologie und in den Wertschöpfungsanteilen am Preis verbunden sind. Vertikaler IIH zeichnet sich durch den Handel gleicher Produkte mit unterschiedlicher Qualität aus, wobei eine Industrie in einem Land für eine höhere Qualität einen höheren Preis (und damit eine höhere Wertschöpfung pro Arbeitskraft) realisiert als die gleiche Industrie des Handelspartners. Horizontaler IIH basiert dagegen auf dem Handel mit Gütern gleicher Qualität. Die Untersuchung des Handels innerhalb der EU und der EU mit 11 Beitrittskandidaten (10 aus Mittelosteuropa und die Türkei) wurde für 778 Industrien (SITC-Viersteller) für die Jahre 1993 und 2000 durchgeführt. Sie erbrachte für das Jahr 2000, dass 65% des erfassten Handels innerhalb der Union intra-industrieller und der Rest inter-industrieller Handel waren (siehe horizontale Achse in Abbildung).

Im Handel der EU mit den Beitrittskandidaten betrug der intra-industrielle Anteil nur 39%. Allerdings ist dieser Anteil gegenüber 1993, als die Liberalisierung des bilateralen Handels begann, deutlich angestiegen. Weiterhin zeigten sich höhere Anteile des vertikalen IIH am Handel der EU mit den Beitrittskandidaten als im Handel der EU-Länder untereinander (siehe vertikale Achse in Abbildung). Der Anteil des vertikalen IIH am Handel der EU mit den Beitrittskandidaten betrug lediglich etwa 85% (der Rest war horizontaler IIH) und blieb seit 1993 unverändert. Im Jahre 2000 entfiel in knapp 66% der Fälle die höhere Qualität auf die EU, während dies im Jahre 1993 nur 48% waren.

Der entscheidende Schritt der Untersuchung war jedoch die Erklärung dieses Anstiegs. Die Untersuchung testet ein länderspezifisches Modell des IIH („Flam-Helpman-Modell“). In diesem Modell erklären drei Faktoren den Anstieg: Unterschiede im Bevölkerungswachstum, in der Lohnentwicklung und in der Einkommensverteilung. Letztere entscheiden über die Neigung der Haushalte einer Bevölkerung, die höhere oder niedrigere Qualitätsversion eines Produkts nachzufragen. Die Technologien sind gegeben und in beiden Ländern einsetzbar. Die durchgeführten Schätzungen (OLS mit fixen Effekten) ergaben hohe Erklärungswerte des Modells für den vertikalen IIH im vorliegenden Länderkontext. Die Ergebnisse sind

besser als die Schätzung industriespezifischer Modelle. Sie zeigen, dass die zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung in den Transformationsländern offenbar zu stärkeren vertikalen Strukturen im Handel mit der EU und damit zur Persistenz der Produktivitätslücke beigetragen haben.

Abbildung:
Typisierung der EU-Handelsströme, 1993 und 2000
- angepasste Grubel-Lloyd Indizes -



Anmerkung: CC = Candidate Countries; IIT = Intra-Industry Trade; VIIT = Vertical Intra-Industry Trade.

Quellen: Eurostat; Comext Datenbank 2002; Berechnungen des IWH.

**Produktivitätsgefälle
zwischen Beitrittsländern
und Westdeutschland**

Die Produktivitätsniveaus in den Industrien der früheren sozialistischen Wirtschaften (einschließlich Ostdeutschlands) sind bekanntermaßen wesentlich niedriger als in westlichen Ländern. Im Zusammenhang damit war u. a. von Interesse, die möglichen Ursachen der niedrigeren Produktivität auf Firmenebene aufzudecken um somit firmenspezifische Determinanten der Produktivitätslücke zu identifizieren. Für die Untersuchung der Ursachen wurde eine Feldstudie entwickelt, deren Schwerpunkte auf zwei wichtige Zweige der Verarbeitenden Industrie – nämlich Maschinenbau und Möbelmanufaktu-

ren – gesetzt wurden. Zunächst wurde eine Reihe von Kandidaten für firmenspezifische Determinanten der Produktivitätslücke anhand bereits existierender theoretischer und empirischer Forschungen ausgewählt. Grundlage der empirischen Analyse bildete die einfache Version des „matched-pair“ Ansatzes, in dem getestet wird, ob die ausgewählten Determinanten einen signifikanten Einfluss auf die Produktivitätslücke haben. Die Ergebnisse zeigen, dass in beiden Wirtschaftszweigen vor allem die Qualität des Humankapitals eine wichtige Rolle bei der Erklärung der Produktivitätslücke spielt. In der Verarbeiteten Industrie sind weiterhin die Netzwerkaktivitäten sowie die Nutzung von moderner Kommunikationstechnik (E-Mail, Internet, e-business) von herausragender Bedeutung für die Erklärung des Produktivitätsgefälles. Die Intensität langfristiger, strategischer Planung seitens des oberen Managements stellt nur im Maschinenbau eine wichtige Determinante dar, nicht jedoch wie erwartet auch bei den untersuchten Möbelmanufakturen.

Konvergenz von Regionen

Aufholprozesse von strukturschwachen Wirtschaftsräumen konzentrieren sich vielfach auf einzelne Teilräume, während andere Teilräume eher stagnieren oder sogar ökonomisch zurückfallen. Demgemäß besteht für die einzelnen Teilräume auch ein spezifischer wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf, je nachdem, welche Ausstattung mit einzelnen Standort- und Wachstumsfaktoren dort gegeben ist. Ohne Berücksichtigung dieser Differenzierungen – beim pauschalen Einsatz wirtschaftspolitischer Maßnahmen für alle Teilräume – kann es auch für den Gesamttraum zu einer ungünstigen Wirtschaftsentwicklung kommen. Ein wesentliches Anliegen des IWH besteht deshalb darin, Konvergenz- und Divergenzprozesse mit Hilfe von räumlich differenzierenden Untersuchungen (auf der Ebene von Ländern, Raumordnungsregionen, unterschiedlichen Raumtypen oder Kreisen) und unter Berücksichtigung eines Sets von Indikatoren zur Abbildung der wichtigsten regionalen Standort- und Wachstumsfaktoren aufzuschlüsseln.

Stand und Tendenzen der räumlichen (De-)Konzentration in Deutschland

Eine der Untersuchungen zur räumlich differenzierten Betrachtung von Konvergenz- und Divergenzprozessen, die im Jahr 2003 abgeschlossen werden konnten, ging der Frage nach, ob es im vergangenen Jahrzehnt in Deutschland zu einem gewissen Ausgleich zwischen den Agglomerationsräumen und den weniger verdichteten Räumen (oder aber: zu einer weiteren Zunahme von Agglomerationstendenzen) gekommen ist. Für die Ab-

grenzung von Agglomerationen und weniger verdichteten Räumen wurde auf die von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung entwickelte Gebietstypisierung zurückgegriffen, wonach alle Kreise und kreisfreien Städte gemäß ihrer jeweiligen raumstrukturellen Merkmale den Kategorien der Agglomerationsräume, verstädterten Räume und ländlichen Räume zugeordnet werden.

Die empirischen Befunde (vgl. Tabelle 1) zeigen, dass im Verhältnis der Agglomerationen zu den weniger verdichteten Räumen zwar ein geringfügiger Ausgleich zu beobachten war, dass jedoch die wirtschaftliche Dominanz der Agglomerationen generell fortbesteht. Die bislang betriebene ausgleichsorientierte regionale Strukturpolitik war also allenfalls in dem Sinne erfolgreich, dass sie eine noch stärkere räumliche Konzentration verhindert hat. Bei einigen Indikatoren zeigt sich eine Tendenz zur weiteren räumlichen Konzentration, bei anderen eine Dekonzentrationstendenz. Erstere kann als Ergebnis von „Entzugseffekten“ zu Lasten weniger verdichteter Räume, Letztere als Resultat von „Ausbreitungseffekten“ zu Gunsten der weniger verdichteten Räume interpretiert werden.

Die Dominanz der Agglomerationsräume zeigt sich bei nahezu allen Indikatoren – sowohl beim BIP je Einwohner, das für das wirtschaftliche Ergebnis steht, als auch bei den meisten anderen Indikatoren, die wichtige Determinanten von regionalen Wachstumsprozessen abbilden. Eine besonders herausragende Position der Agglomerationsräume zeigt sich bei der Ausstattung mit wichtigen beruflichen Schlüsselqualifikationen (Datenverarbeitungsfachleute und Ingenieure), beim Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor sowie beim Unternehmensanteil (Anteil aller Gebietskörperschaften eines Raumtyps an der Unternehmenszahl in Deutschland insgesamt). Die Dominanz der Agglomerationsräume lässt sich sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland erkennen. Bei wichtigen Indikatoren, die sich auf die regionale Bedeutung der Industrie beziehen, sind dagegen nicht die Agglomerationsräume, sondern die verstädterten Räume dominant, in denen traditionell viele Industriestandorte existieren.

Entzugseffekte zugunsten der Agglomerationen sind nur in geringem Umfang festzustellen. Ein gewisser Ausbreitungseffekt zugunsten weniger verdichteter Räume kann beim BIP je Einwohner konstatiert werden (zugunsten der ländlichen Räume). Bei den ländlichen Räumen verringerte sich die (negative) Abweichung vom Bundesdurchschnitt um 3,7 Prozentpunkte, wobei diese Entwicklung ausschließlich auf entsprechende Ausbreitungseffekte in Ostdeutschland zurückzuführen war.

Tabelle 1:
Niveaurelationen wichtiger Indikatoren für Wohlstandsgrößen und Wohlstandsdeterminanten im Vergleich zwischen Agglomerationsräumen und anderen Regionstypen^a
- in % (Werte für Deutschland insgesamt = 100) -

Indikator	Zeitraum/ Zeitpunkt	Deutschland insgesamt		
		Agglomerationsräume	verstädterte Räume	ländliche Räume
BIP je Einwohner	1992	112,3	89,8	77,7
	1995	111,7	89,5	81,3
	2000	111,1	90,3	81,4
Datenverarbeitungsfachleute-Anteil	1995 ^c	136,2	63,3	38,0
	2000 ^c	136,2	62,5	37,3
Ingenieurs-Anteil	1995 ^c	119,5	81,9	61,8
	2000 ^c	119,4	82,6	58,6
Industrieinvestitionen ^b	1995	96,1	105,1	101,8
	2000	98,2	104,6	94,8
Industriebeschäftigten-Anteil	1995 ^c	93,7	111,1	98,9
	2000 ^c	90,6	114,0	104,4
Dienstleistungsbeschäftigten-Anteil	1995 ^c	105,6	92,7	94,1
	2000 ^c	106,1	91,9	92,6
Anteil der Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen	1995 ^c	112,5	86,6	81,7
	2000 ^c	113,2	85,5	79,7
Unternehmensanteil ^d	2000	54,8	32,7	12,6

^a Zuordnung der Kreise zu den siedlungsstrukturellen Regionsgrundtypen entsprechend der Zuordnung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR, jetzt BBR). – ^b In die Berechnung dieses Indikators wurden 422 Landkreise und kreisfreie Städte einbezogen, bei denen in sämtlichen Jahren von 1995 bis 2000 Investitionsdaten ausgewiesen waren und keine Datenlücken wegen unbekannter Zahlenwerte oder aus Geheimhaltungsgründen auftraten. – ^c Daten aus der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Stand 30.06. – ^d Es handelt sich um den Anteil der Unternehmen im jeweiligen Regionstyp an der Gesamtzahl der Unternehmen in Deutschland.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; BfLR; Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

In der öffentlichen Diskussion über den Konvergenzprozess zwischen den neuen und den alten Ländern wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob es mittlerweile ostdeutsche Regionen gibt, die eine gleichartige Ausstattung mit Wachstumsfaktoren wie westdeutsche Regionen aufweisen. Zur Beantwortung dieser Frage wurde eine Analyse auf der Ebene der Raumordnungsregionen durchgeführt. Als Verfahren wurde die Clusteranalyse gewählt, die es ermöglicht, Regionen mit einer ähnlichen Ausstattung von Wachstumsfaktoren zu identifizieren und in „Clustern“ zusammen zu fassen.

**Stand der Konvergenz
zwischen ost- und
westdeutschen Raum-
ordnungsregionen**

Es konnte gezeigt werden, dass deutschlandweit zehn Cluster mit einer jeweils ähnlichen Ausstattung an Wachstumsfaktoren abgegrenzt werden können (vgl. Karte 1). Dabei tritt kein Cluster auf, in dem sich sowohl west- als auch ostdeutsche Regionen befinden. Dies verdeutlicht, dass es zumindest auf der Ebene der Raumordnungsregionen noch immer keine ostdeutsche Region gibt, die eine ähnliche Ausstattung mit Wachstumsfaktoren wie die Regionen im Westen vorweisen kann. Gleichzeitig zeigt sich auch, dass auf der gewählten Untersuchungsebene innerhalb Westdeutschlands eine große Heterogenität besteht. Die westdeutschen Raumordnungsregionen formen insgesamt acht Cluster, während Ostdeutschland mit nur zwei Clustern relativ homogen erscheint. Dies bedeutet nicht, dass innerhalb Ostdeutschlands keine Unterschiede in der Ausstattung mit Wachstumsfaktoren bestehen würden, allerdings kommen diese im gesamtdeutschen Vergleich auf der Ebene der Raumordnungsregionen nicht zum Tragen.

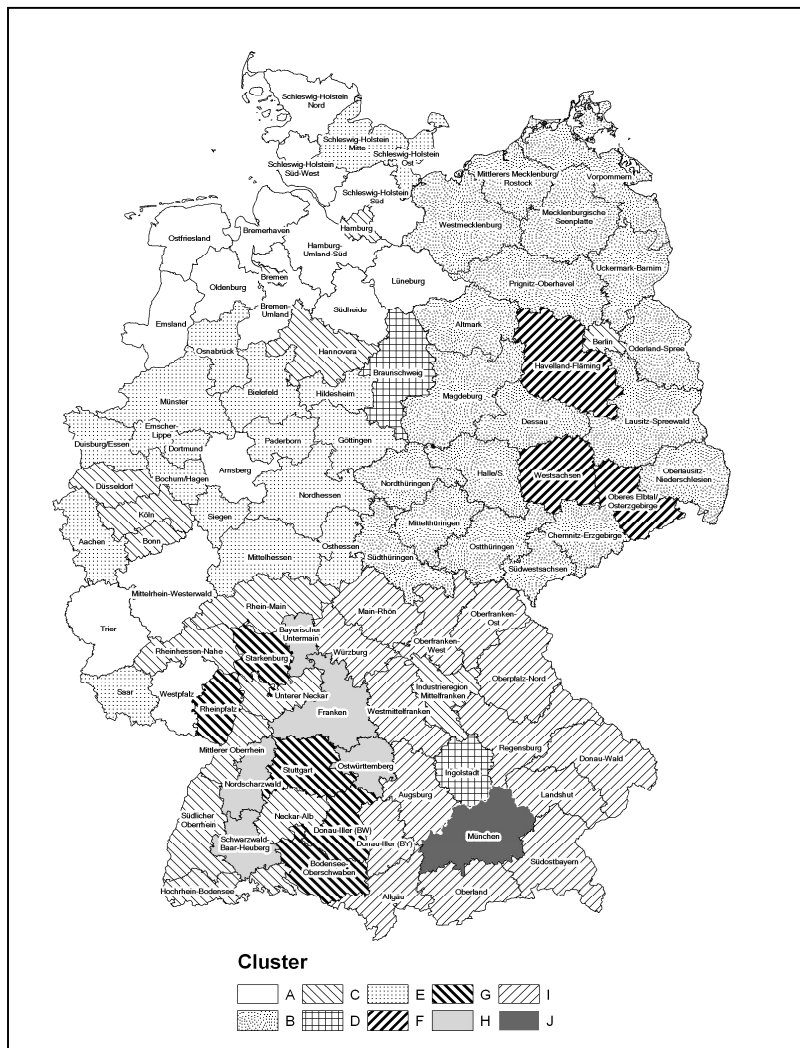
Nicht nur ostdeutsche Raumordnungsregionen sind von einer unterdurchschnittlichen Ausstattung mit relevanten Wachstumsfaktoren betroffen, sondern dies ist auch für zahlreiche nord- und westdeutsche Raumordnungsregionen der Fall ist (Cluster A und E). Demgegenüber verfügt eine kleine Gruppe von ostdeutschen Raumordnungsregionen, insbesondere diejenigen mit den wichtigsten ostdeutschen Agglomerationen (Cluster F), bereits über eine relativ günstige Ausstattung.

Welche Unterschiede im Wohlfahrtsniveau und bei regionalen Wachstumsfaktoren bestehen heute noch zwischen ost- und westdeutschen Großstädten? Zur Beantwortung dieser Frage wurden die 13 größten Städte der neuen Länder (ohne Berlin) mit ähnlich großen Städten in drei Regionen der alten Länder (Süd-, Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen) verglichen. Die Städte in

**Stand der Konvergenz
zwischen ost- und west-
deutschen Großstädten**

Nordrhein-Westfalen wurden zusätzlich noch in Städte inner- und außerhalb des Ruhrgebiets unterteilt.

Karte 1:
Räumliche Verteilung von Clustern mit Raumordnungsregionen, die jeweils eine einander ähnliche Ausstattung mit Wachstumsfaktoren aufweisen



Quelle: Darstellung des IWH.

Für die in den Vergleich einbezogenen Indikatoren für die Abbildung des Wohlfahrtsniveaus (vgl. Tabelle 2) ergibt sich, dass das in den ostdeutschen Städten erwirtschaftete durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Untersuchungszeitraum leicht über dem der Ruhrgebietsstädte lag, jedoch noch weit unter dem der süddeutschen Städte. Die Arbeitslosenquoten und die Wanderungsverluste waren aber in den ostdeutschen Städten am höchsten.

Tabelle 2:
Wohlfahrtsindikatorwerte der großen deutschen kreisfreien Städte, nach Regionen

	Ost- deutsche Städte	Nord- deutsche Städte	Süd- deutsche Städte	Nordrhein-westfälische Städte	
				Städte ohne Ruhrgebiet	Ruhr- gebietsstädte
<i>Pro-Kopf-Einkommen (Euro, 2000)</i>	23 411	33 903	43 112	32 044	22 152
- Höchster Wert	Erfurt 26 461	Wolfsburg 69 152	Regensburg 63 058	Düsseldorf 64 312	Essen 30 297
- Niedrigster Wert	Gera 18 715	Delmen- horst 17 552	Pforzheim 31 499	Solingen 20 536	Bottrop 14 533
<i>Arbeitslosenquote (%, 2001)</i>	17,4	12,4	8,7	9,8	12,9
- Höchster Wert	Halle (Saale) 20,7	Hannover 14,7	Kassel 15,6	Bielefeld 11,9	Gelsen- kirchen 16,4
- Niedrigster Wert	Potsdam 12,1	Wolfsburg 9,3	Ulm 6,4	Bonn 7,3	Mülheim/R. 9,3
<i>Gesamt- Wanderungssaldo^a</i>	-86,8	-20,0	2,1	-9,1	-8,5
- Höchster Wert	Jena -9,1	Oldenburg 33,2	Ingolstadt 33,5	Bonn 25,1	Mülheim/R. 4,4
- Niedrigster Wert	Schwerin -141,1	Kiel -48,6	Ludwigs- hafen -30,0	Hagen -40,2	Gelsen- kirchen -31,6

^a 1995 bis 2000 kumuliert, je 1 000 Einwohner.

Quellen: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Im Hinblick auf regionale Wachstumsfaktoren zeigten die hierfür betrachteten Indikatoren, dass die ostdeutschen Städte mit wichtigen regionalen Wachstumsfaktoren durchaus günstig ausgestattet sind. Dies gilt für die Qualifikation der Beschäftigten, für die Präsenz öffentlicher Forschung und für die Verfügbarkeit unternehmensnaher Dienstleistungen. Dagegen

kommt der Aufbau der Unternehmensbasis nur zögerlich voran. Ein weiterer wichtiger Befund der Analyse ist, dass sich neben den ostdeutschen Städten mit den Ruhrgebietsstädten eine weitere „Problemgruppe“ abzeichnet. Die Ruhrgebietsstädte schneiden zwar derzeit noch bei einigen Indikatoren zur Abbildung des erreichten Wohlstandsniveaus günstiger als die ostdeutschen Städte ab, doch signalisieren verschiedene Indikatoren für wichtige regionale Wachstumsfaktoren, dass in Zukunft mit ungünstigeren Ergebnissen zu rechnen sein dürfte.

Strukturschwache Räume werden häufig mit Regionen gleichgesetzt, in denen wesentliche Bedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich der modernen Hochtechnologie, der vielfach sog. „New Economy“, nicht gegeben sind. Am Beispiel von Sachsen-Anhalt und der Bereiche der modernen Informations- und Kommunikationsbranche („JuK-Branche“) sowie der modernen Biotechnologie konnte auf der Grundlage einer schriftlichen Unternehmensbefragung gezeigt werden, dass entgegen dieser Erwartung auch strukturschwache Regionen über Standortfaktoren verfügen, die für Unternehmen aus diesen Branchen attraktiv sind. Hier dürfte u. a. mit ausschlaggebend sein, dass Sachsen-Anhalt bei der Verfügbarkeit und beim Preis von Gewerbeflächen günstige Bedingungen aufweist.

Chancen strukturschwacher Regionen als Standorte für Hochtechnologie-Unternehmen

Zum Vergleich wurden auch Unternehmen in der Raumordnungsregion München befragt, die in Bezug auf beide genannten Branchen als der bestentwickelte Raum in Deutschland gilt. Hinsichtlich der für ihre Standortentscheidungen wichtigsten Faktoren konnte dabei für die Unternehmen in Sachsen-Anhalt und in München ein im Wesentlichen sehr ähnliches Bild ermittelt werden. Sowohl für die JuK-Branche als auch für die Biotechnologie hat die Verfügbarkeit von Hochschulabsolventen und sonstigen Fachkräften eine hohe Bedeutung. Zudem ist das jeweilige Ausbildungsniveau für die Firmen wichtig, und die Anbindung an Autobahnen spielt eine wesentliche Rolle. Auch das Image der Standortregion hat eine herausgehobene Bedeutung für die Unternehmen. Hinsichtlich der Frage, wie die Firmen die tatsächlich gegebene Ausprägung der Standortbedingungen in ihrer Region sehen, ergaben sich – erwartungsgemäß – größere Unterschiede zwischen Sachsen-Anhalt und der Raumordnungsregion München, da in München, wie erwähnt, eine besonders hohe Konzentration von „New-Economy“-Unternehmen gegeben ist. Während nur die Hälfte der befragten sachsen-anhaltischen New-Economy-Firmen die Verfügbarkeit von Hochschulabsolventen als sehr gut oder gut bezeichnete, lag der An-

teil der Münchner Unternehmen bei ungefähr 80%. In Sachsen-Anhalt bezeichneten nur zwei Drittel der befragten Firmen das Ausbildungsniveau der Hochschulabsolventen als gut, in München waren es 74% bis 84% der Firmen (je nach Branche). In Sachsen-Anhalt bezeichneten 70% der befragten Firmen die Anbindung an die Autobahnen als sehr gut oder gut, in München lag der Vergleichswert bei 90%. Hinsichtlich des Images ihres Standortes war nur ungefähr ein Fünftel der Unternehmen in Sachsen-Anhalt zufrieden (aber mehr als 90% der Firmen in München).

**Wirtschaftsentwicklung
an der ehemaligen
innerdeutschen Grenze**

Die Öffnung von Grenzen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Entwicklung der unmittelbar an den Grenzen liegenden Regionen sind wegen der EU-Osterweiterung ein aktuelles Thema. Für die Regionen entlang einer Grenze gilt, dass sie im Gegensatz zu den Räumen im Landesinneren die Unterschiede zwischen den Gegebenheiten diesseits und jenseits der Grenze und damit die Auswirkungen der Grenzöffnung wesentlich direkter erfahren. Sowohl die Chancen als auch die Risiken der Grenzöffnung für die grenznahen Regionen werden kontrovers diskutiert. Die Chancen sind in erster Linie darin zu sehen, dass die Grenzregionen aus ihrer peripheren Lage in das Zentrum eines sich neu herausbildenden, integrierten Wirtschaftsgebiets gerückt werden.

Die deutsche Wiedervereinigung kann als ein gutes Beispiel für eine Grenzöffnung zwischen wirtschaftlich sehr unterschiedlich entwickelten Regionen gelten. Eine IWH-Untersuchung konzentrierte sich auf die auf der östlichen Seite der ehemaligen innerdeutschen Grenze liegenden Kreise, und zwar exemplarisch auf jene in Sachsen-Anhalt. Die sachsen-anhaltischen „Grenzkreise“ (an der ehemaligen innerdeutschen Grenze) lassen sich – bezogen auf den Zeitpunkt der Grenzöffnung – eindeutig als das im Vergleich zu den westdeutschen „Grenzkreisen“ wirtschaftlich schwächere Gebiet charakterisieren. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass es zu Ausbreitungseffekten von der westdeutschen Seite der Grenze zugunsten der sachsen-anhaltischen „Grenzkreise“ gekommen ist. Dies zeigt sich bei der Auswertung von regionalökonomischen Indikatoren, die das wirtschaftliche Ergebnis abbilden: Im Vergleich zu den anderen Landkreisen in Sachsen-Anhalt wird in den „Grenzkreisen“ u. a. ein höheres BIP pro Einwohner erwirtschaftet, die Beschäftigtenquote und der Exportanteil in der Industrie sind höher, und es dominiert die Zuwanderung. Diese positive Bilanz kommt trotz einer Strukturschwäche zustande, die sich in weniger günstigen oder allenfalls dem Landesdurchschnitt entsprechenden Ausprägungen bei den Indikatoren für verschiedene Wachstumsdeterminan-

Karte 2:
Pendlerverflechtungen zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

ten zeigt. Durch die Möglichkeit des Pendelns über kurze Distanzen sinkt die Arbeitslosenquote in den sachsen-anhaltischen „Grenzkreisen“ unter den Landesdurchschnitt, und die Bewohner der „Grenzkreise“ können durch ein Arbeitsverhältnis in den westdeutschen Nachbarregionen Arbeitslöhne nach dortigem Tarifrecht beziehen. Wie die Karte zeigt, ist die Zahl derer, die in den sachsen-anhaltischen Grenzkreisen wohnen, aber im ehemaligen niedersächsischen Zonenrandgebiet arbeiten, relativ hoch. Zudem wurde in den sachsen-anhaltischen Grenzkreisen häufiger von niedersächsischen Unternehmen investiert als in den anderen Regionen des ostdeutschen Bundeslandes.

**Die wirtschaftliche
Situation in den
deutschen Regionen an
der Grenze zu Polen**

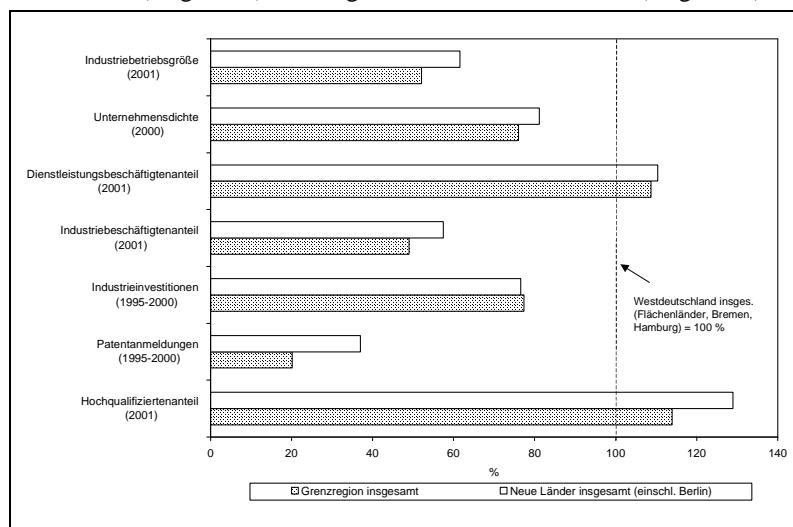
Es kann erwartet werden, dass die Auswirkungen einer Grenzöffnung in den Grenzregionen nicht gleichmäßig auftreten. Vielmehr spielen hierbei auch die in den jeweiligen Grenzregionen vorzufindenden Standort- und Wachstumsfaktoren eine wichtige Rolle, denn sie beeinflussen die Auswirkungen der Grenzöffnung auf die regionale Wirtschaftsentwicklung. Aufgrund dieser Überlegung wurde für die deutschen Regionen an der Grenze zu Polen untersucht, welche Standortbedingungen dort im Vorfeld des EU-Beitritts Polens gegeben sind. In die Untersuchung einbezogen wurden die 11 ostdeutschen Kreise und kreisfreien Städte, die direkt an der Grenze zu Polen gelegen sind, sowie die Städte Greifswald und Cottbus. Im Ergebnis zeigt sich:

Erstens ist der Raum entlang der Grenze zu Polen nicht homogen. U. a. weisen einzelne Teilräume Stärken bei der Ausstattung mit Humankapital und beim Dienstleistungsbesatz auf. Dies trifft auf die Städte zu, die Standorte von Hochschulen sind. Andere Teilräume sind durch einen hohen Industriebeschäftigtenanteil (Spree-Neiße, Oder-Spree, Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Löbau-Zittau, Görlitz) und durch überdurchschnittliche Industrieinvestitionen (Oder-Spree, Spree-Neiße, Uckermark) gekennzeichnet.

Zweitens zeigt sich zwar im Durchschnitt in den Grenzregionen bei wichtigen Wachstumsdeterminanten eine ungünstigere Ausstattung als in Ostdeutschland insgesamt. Dies ist aber auch in anderen wirtschaftlich schwachen Regionen in Ostdeutschland der Fall. Deutlicher als die Abweichungen der Grenzregionen von den durchschnittlichen Verhältnissen in Ostdeutschland fallen die Unterschiede im Vergleich zu Westdeutschland aus (vgl. Abbildung).

Dieser Befund deutet darauf hin, dass eine Reihe von Schwächen der untersuchten Regionen weniger mit der Grenzlage zu tun hat, sondern typisch für Probleme ist, von denen auch andere Regionen in Ostdeutschland betroffen sind. Vielfach ist in der Vergangenheit gefordert worden, für die Grenzregionen eine spezielle regionalpolitische Förderung vorzusehen. In Anbetracht der geschilderten Ergebnisse erscheint es angebracht, eher solche Maßnahmen durchzuführen, die auch für andere besonders strukturschwache Regionen in den neuen Bundesländern in Frage kommen. Hierzu gehört z. B. der Vorschlag, die Mittel dort zu konzentrieren, wo deren Einsatz die höchsten Wirkungen erwarten lässt, etwa in den Stadtregionen entlang der Grenze.

Abbildung:
Indikatoren für die Ausstattung mit wichtigen Wachstumsfaktoren in den deutschen Regionen entlang der Grenze zu Polen (insgesamt) und in Ostdeutschland (insgesamt) im Vergleich zu Westdeutschland (insgesamt)



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Greif, S. und Schmiedl, D. (2002): Patentatlas Deutschland – Ausgabe 2002, Dynamik und Strukturen der Erfindertätigkeit. München, Deutsches Patent- und Markenamt; Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Evaluation von wirtschaftspolitischen Maßnahmen

Die staatliche Wirtschaftspolitik versucht, Konvergenzprozesse mit einer Vielzahl von Maßnahmen zu beschleunigen. Ob diese immer auch erfolgreich sind, ist hingegen ungewiss. Das IWH führt aus diesem Grund zunehmend Wirkungsanalysen solcher Maßnahmen durch.

Evaluation der GA- Investitionsförderung

Zu einem der Kernelemente der Politik des „Aufbau Ost“ zählt die Investitionsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA). Um zu prüfen, inwieweit die damit intendierten Ziele tatsächlich erreicht werden, wurde auf Basis des IAB-Betriebspanels (Befragungswellen der Jahre 2000, 2001 und 2002) untersucht, inwieweit sich ein investitionssteigernder Effekt der GA-Förderung auf der Ebene einzelner Betriebe feststellen lässt.

Geschätzt wurde ein Regressionsmodell, bei dem die (Erweiterungs-) Investitionen der Betriebe, jeweils in Relation zu Beschäftigten und Umsatz, durch eine Reihe investitionsrelevanter Variablen erklärt werden, wobei aus methodischen Gründen ein zweistufiges Selektionsmodell verwendet wurde. Wirksamkeit der Förderung mit Bezug auf die Investitionshöhe würde sich dann in einem signifikant positiven Koeffizienten der Förderdummyvariable zeigen. Die absolute Höhe des GA-Fördereffekts wurde ermittelt, indem die Investitionen GA-geförderter und nicht GA-geförderter Betriebe bei gleichen Ausprägungen aller anderen Variablen miteinander verglichen wurden.

Die Schätzung für die Jahre 1999 bis 2001 zeigte, dass die GA-Förderung zu erheblichen Investitionseffekten geführt hat (vgl. Tabelle). In einem „durchschnittlichen“ Betrieb führt die Teilnahme an der GA-Förderung zu dreimal so hohen Investitionen je Beschäftigten wie in einer Situation ohne GA-Förderung. Allerdings zeigte sich, dass die Förderung nicht in allen Wirtschaftszweigen wirksam war. Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich, wenn man die Investitionen je Umsatzeinheit betrachtet.

Die Höhe der Förderwirkungen (bzw. im Umkehrschluss: die geringe Bedeutung von Mitnahmeeffekten) scheint auf den ersten Blick überraschend. Zu berücksichtigen ist aber, dass Investitionen in den neuen Ländern sehr massiv unterstützt worden sind, denn die Kapitalnutzungspreise konnten durch Ausnutzung aller Förderangebote um bis zu 50% reduziert werden.

Die Analyse lässt allerdings keine Aussagen darüber zu, inwieweit die geförderten Investitionen auch eine langfristig wettbewerbsfähige Produktion ermöglichen. Erste Analysen zu dieser Frage kamen zu dem Ergebnis,

dass die Rentabilität von Investitionen in Ostdeutschland deutlich niedriger liegt als in Westdeutschland. Dementsprechend sollte die Politik sich vor allem auf die Verbesserung produktivitätsrelevanter Standortbedingungen konzentrieren, um auf diese Weise Unternehmen in Ostdeutschland in die Lage zu versetzen, dauerhaft ohne Förderung auszukommen.

Tabelle:

Investitionen je Beschäftigten und je Umsatzeinheit bei Förderung durch die GA bzw. ohne Förderung durch die GA
- hochgerechnete Werte, gepoolte Daten 1999 bis 2001 -

Investitionen (in Euro)	je Beschäftigten	je 10 000 Euro Umsatz
bei GA-Förderung	14 365,2	1 673,4
ohne GA-Förderung	5 109,4	460,2
Fördereffekt	9 255,8	1 212,8

Quellen: IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Brautzsch, Hans-Ulrich; Ludwig, Udo: Streikabbruch in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie – später Sieg der ökonomischen Vernunft, in: Deutschland Archiv, 6/2003, S. 944-949.

Loose, Brigitte; Ludwig, Udo: Entwicklungsrückstände der KMU des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes im Exportgeschäft, in: Irsch, N.; Lageman, B. (Hrsg.), Band III: Die europäische Herausforderung des Mittelstandes. Duncker & Humblot, Berlin 2004.

Stephan, Johannes: Merger Control and Competition Policy in Central East Europe in View of EU Accession. ICFAI Journal of International Business Law, Vol. II, No 2 (2003), S. 55-72.

Stephan, Johannes: Evolving Structural Patterns in the Enlarging European Division of Labour: Sectoral and Branch Specialisation and the Potentials for Closing the Productivity Gap. IWH-Sonderheft 5/2003.

DIW Berlin; IAB; IfW; IWH; ZEW: Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 7/2003.

Franz, Peter: Wie schneiden die großen ostdeutschen Städte im gesamtdeutschen Vergleich ab? Daten zu ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Lage, in: Raumforschung und Raumordnung, H. 3, 2003, S. 160-169.

Heimpold, Gerhard: Zur Ausstattung der deutschen Regionen entlang der Grenze zu Polen mit wichtigen Wachstumsfaktoren, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2003, S. 215-221.

Kawka, Rupert; Komar, Walter; Ragnitz, Joachim; Rosenfeld, Martin T. W.: Stellung und Perspektiven Sachsens-Anhalts in der New Economy. IWH-Sonderheft 6/2003.

Komar, Walter; Kawka, Rupert: Standortbedingungen für die New Economy in strukturschwachen Regionen: Das Beispiel Sachsen-Anhalt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9-10/2003, S. 289-293 .

Kronthaler, Franz: Unterschiede in der Ausstattung deutscher Regionen mit Wachstumsfaktoren: Ein Vergleich auf Basis einer Clusteranalyse, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/2003, S. 355-362.

Rosenfeld, Martin T. W.; Heimpold, Gerhard: Stand und Tendenzen regionaler Disparitäten im wiedervereinigten Deutschland, in: Gerlach, F.; Ziegler A. (Hrsg.), Neuere Herausforderungen der Strukturpolitik. Schüren-Verlag, Marburg 2004, S. 73-95.

Rosenfeld, Martin T. W.; Kawka, Rupert: Regionale Differenzierungen in Ostdeutschland: Die Wirtschaftslage ostdeutscher Kreise an der Grenze zu Niedersachsen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2003, S. 27-33.

Gabrisch, Hubert; Segnana, M. Luigia: Vertical and Horizontal Patterns of Intra-industry Trade between EU and Candidate Countries. IWH-Sonderheft 2/2003.

II. Arbeitsmärkte im Umbruch

Koordinator: Dr. Herbert S. Buscher

Auch im Jahr 2003 kam dem Arbeitsmarkt eine zentrale Bedeutung in der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Situation Deutschlands zu. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 4,4 Millionen (registrierte Arbeitslose) besteht nach wie vor ein hoher Handlungs- und Reformbedarf auf dem Arbeitsmarkt, um zu deutlich niedrigeren Arbeitslosenzahlen und zu einer höheren Beschäftigung zu gelangen. Mit den 2003 begonnenen Reformen auf dem Arbeitsmarkt, den so genannten Hartz I - IV Gesetzen, werden die ersten erforderlichen Schritte vollzogen. Die geplanten und bereits teilweise umgesetzten Reformmaßnahmen waren ganzjährig ein Themenschwerpunkt sowohl in der angewandten Forschung des IWH als auch in der wirtschaftspolitischen Beratung.

Neben der Reform des Arbeitsmarktes nehmen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einen erheblichen Raum ein, um zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes beizutragen. Von den vielfältigen Maßnahmen weisen insbesondere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und die Fort- und Weiterbildung (FbW) zusammengenommen den größten Ausgabenanteil auf. Gegenstand der Evaluation von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist die Überprüfung auf ihre Wirksamkeit hin, d. h. insbesondere ihre Eignung, eine bessere Eingliederungschance für die Teilnehmer zu gewähren als sie ohne diese Maßnahmen hätten. Dieses zentrale Thema war auch 2003 Gegenstand intensiver Forschung in der Arbeitsmarkt-Abteilung.

Ein weiterer Aspekt für die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes zielt auf die Wanderungsbewegungen insbesondere von Ost- nach Westdeutschland und auf die Folgen des demographischen Wandels ab, die sich unterschiedlich auf die beiden Gebietsstände auswirken werden. Um auch quantitative Vorstellungen über die Entwicklung des Arbeitsangebots und der Bevölkerung zu erhalten, erstellte die Abteilung ein formales Modell, das entsprechende Fortschreibungen auf Kreisebene bis zum Jahre 2050 ermöglicht. Um den negativen Auswirkungen des demographischen Wandels zu begegnen, stellt u. a. die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen ein geeignetes Instrument dar. Hierzu wurde das unterschiedliche Erwerbsverhalten von ost- und westdeutschen Frauen untersucht.

Einer der einschneidendsten Reformschritte auf dem Arbeitsmarkt besteht in der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zum so genannten Arbeitslosengeld II (ALG II). Betroffen hiervon sind – von wenigen Ausnahmen und Übergangszeiten abgesehen – Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger arbeitslos) sowie die als arbeitsfähig eingestuftten Empfänger von Hilfen zum laufenden Lebensunterhalt (kurz: Sozialhilfe). Mit dieser Reform sind im Wesentlichen drei Aspekte verbunden: eine Erhöhung des Anreizes zur Arbeitsaufnahme, eine klare Kompetenzregelung für steuerfinanzierte Lohnersatzleistungen in einer Hand und im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzreform eine Entlastung der kommunalen Haushalte. Da zurzeit noch keine konkreten Zahlen darüber vorliegen, wie viele Personen zukünftig Bezieher von ALG II sein werden, sind nur grobe Abschätzungen möglich, sowohl bezüglich der Einsparpotenziale bei den öffentlichen Haushalten als auch bei der Zahl der Betroffenen. Zu bedenken ist zudem, dass sich die Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nicht ausschließen müssen, sodass es zu Doppelzahlungen kommen kann. Trägt man dieser Unsicherheit Rechnung, dann müssten ab 2004/2005 etwa 2,7 Millionen Personen dem ALG II zugerechnet werden. Unter bestimmten Annahmen ergibt sich hieraus nach Einschätzung des IWH für die Kommunen eine Einsparung an Ausgaben von knapp drei Milliarden Euro pro Jahr. Etwa doppelt so hoch dürften die Einsparungen beim Bund (einschließlich der Bundesagentur für Arbeit) liegen. Da in den neuen Bundesländern im Jahr 2003 der Anteil der Bezieher von Arbeitslosenhilfe mit etwa 56% aller Leistungsbezieher deutlich über dem Anteil in Westdeutschland lag, werden die Arbeitslosen in Ostdeutschland von der Zusammenlegung stärker betroffen sein als in Westdeutschland. Nach Berechnungen des IWH wird die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe von etwas über 500 Euro pro Monat für eine alleinstehende Person dann auf etwa 300 Euro pro Monat als Arbeitslosengeld II sinken.

Eine weitere Tätigkeit besteht in der laufenden Berichterstattung über die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, indem in regelmäßigen Abständen die „Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland“ publiziert wird. Diese Arbeitsmarktbilanz stellt detailliert sowohl die Beschäftigung als auch die Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern dar und liefert eine Prognose für die zu erwartende Entwicklung in den kommenden Monaten. Mit den Arbeitsmarktbilanzen wird eine Informationslücke geschlossen, indem die offiziellen Statistiken zum Arbeitsmarkt um zusätzliche Aspekte ergänzt

werden, die in dieser Form nicht direkt aus den offiziellen Statistiken ablesbar sind.

Bei der Erwerbstätigkeit wird neben der Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt auch die Entwicklung des Pendlersaldos berücksichtigt. Durch die Berücksichtigung des Pendlersaldos wird den unterschiedlichen Inländer- und Inlandskonzepten Rechnung getragen, sodass hieraus ersichtlich wird, in welcher Größenordnung der ostdeutsche Arbeitsmarkt durch Pendlerströme faktisch entlastet wird. Bei der Unterbeschäftigung wird zwischen arbeitslosen Personen und Personen, die sich zurzeit in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik oder im Vorruhestand befinden, unterschieden. Diese detaillierte Beschreibung der Situation erlaubt es somit, sich ein angemessenes Bild über den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland zu machen, indem nicht nur auf Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit geachtet wird, sondern durch die tiefe Gliederung die Vielschichtigkeit des Arbeitsmarktes transparent wird und eine Abschätzung über das Ausmaß der Unterbeschäftigung geliefert werden kann.

Die Evaluation von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist, wie schon in den vorangegangenen Jahren, ein wesentlicher Forschungsschwerpunkt der Abteilung. Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind ein kostspieliges Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Allein im Jahr 2003 wurden von der Bundesanstalt für Arbeit fast 20 Mrd. Euro dafür ausgegeben. Angesichts der angespannten Haushaltslage öffentlicher Kassen ist es daher unerlässlich, ihre Wirkung auf die Beschäftigungschancen der geförderten Arbeitslosen zu überprüfen.

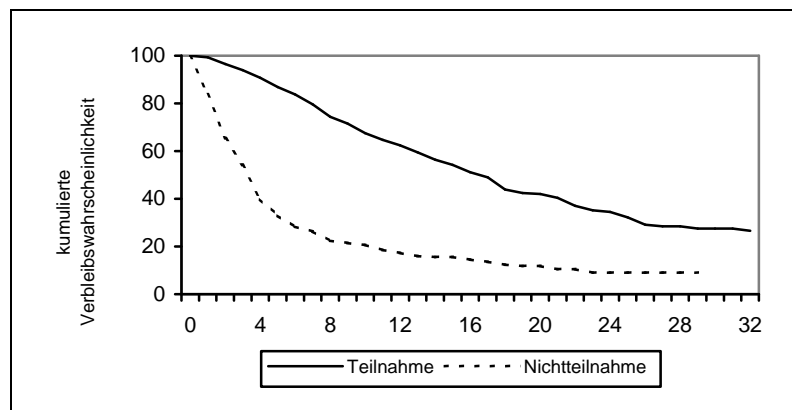
Evaluation von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Der Erfolg solcher Maßnahmen wird oft vorschnell anhand einzelner statistischer Daten beurteilt, die für sich genommen allerdings wenig aussagefähig sind. So ist beispielsweise eine hohe Übergangsquote von Teilnehmern an einer Weiterbildungsmaßnahme in Erwerbstätigkeit während oder nach Beendigung dieser Maßnahme per se noch kein Erfolg. Vielmehr ist es möglich, dass sie auch ohne Maßnahme eine Beschäftigung gefunden hätten. Die Frage ist demnach, womit die Übergangsrate verglichen werden kann, um tatsächliche Erfolge festzustellen.

Der Lösung dieses Problems wird bei der wissenschaftlichen Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ein hoher Stellenwert eingeräumt. In Abhängigkeit von unterschiedlichen Datenstrukturen und Fragestellungen können alternative Lösungswege beschritten werden.

Von der Arbeitsmarktabteilung werden aus diesem Grund verschiedene Methoden zur Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen angewendet. Dabei liegt der Schwerpunkt neben der Implementation der Standardmethoden insbesondere auf der Anwendung eines in der empirischen Arbeitsmarktevaluation bisher nicht eingesetzten Optimal-Full-Matching-Algorithmus'. Durch den Einsatz dieses Verfahrens soll die Aussagefähigkeit der Evaluationsergebnisse im Vergleich zu den Standardmethoden verbessert werden. Die bereits 2002 begonnene Entwicklung dieses neuen Ansatzes wurde 2003 fortgeführt und angewendet.

Abbildung 1:
Verlauf der Verbleibswahrscheinlichkeit in Arbeitslosigkeit (inklusive Maßnahmendauer) bei Teilnahme und Nichtteilnahme an ABM/SAM

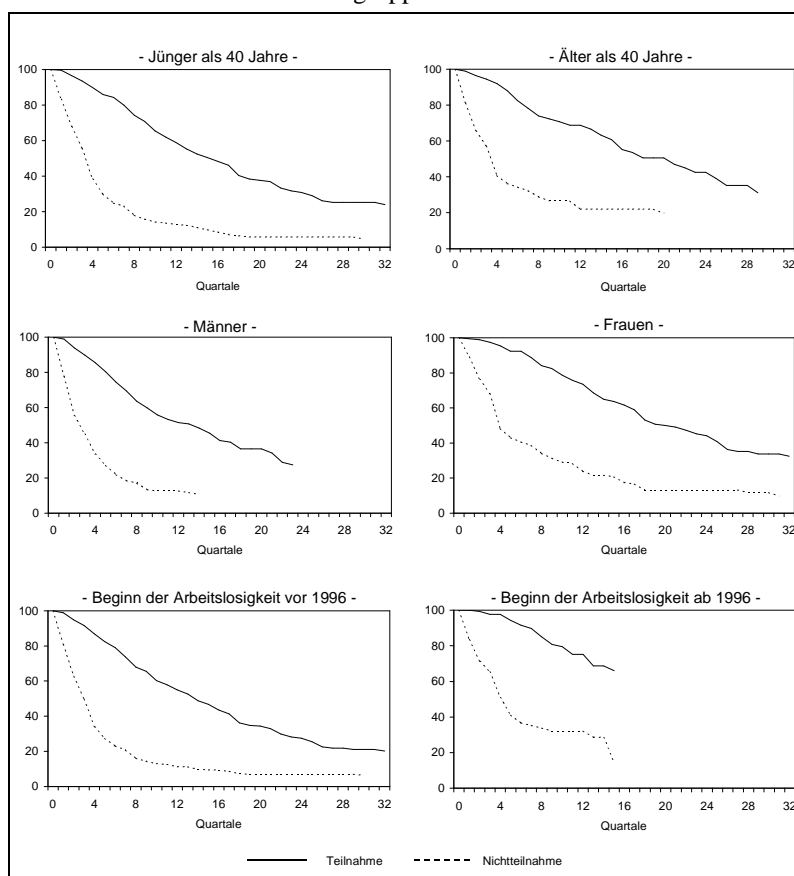


Quellen: Unterjähriger Mikrozensus Sachsen; Berechnungen des IWH.

Mit diesem Algorithmus werden Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen mit Daten des unterjährigen Mikrozensus Sachsen evaluiert. Dazu wird eine differenzierte Analyse der Maßnahmeeffekte auf die Arbeitslosigkeitsdauer der Teilnehmer durchgeführt. Die Effekte werden für die gesamte Teilnehmergruppe und ausgewählte Untergruppen, die anhand persönlicher Merkmale gebildet worden sind, untersucht.

Wenngleich für die einzelnen Gruppen graduell unterschiedliche Ergebnisse festzustellen sind, kann für keine ein positiver Maßnahmeneffekt ermittelt werden.

Abbildung 2:
 Verlauf der kumulierten Verbleibswahrscheinlichkeit in Arbeitslosigkeit
 (inklusive Maßnahmendauer) bei Teilnahme und Nichtteilnahme an
 ABM/SAM verschiedener Untergruppen



Quellen: Unterjähriger Mikrozensus Sachsen; Berechnungen des IWH.

Die Reform des sozialen Sicherungssystems, obwohl in weiten Teilen noch ausstehend, ist einer der erforderlichen Schritte, um auch in den kommenden Jahrzehnten die deutsche Volkswirtschaft international wettbewerbsfähig zu halten. Und mit den sich abzeichnenden Konsequenzen des demographischen Wandels – geringere Ge-

**Dem demographischen
 Wandel Rechnung tragen**

burtenzahlen, längere Lebenserwartung, schrumpfende (Erwerbs-)Bevölkerung – ergibt sich eine weitere Herausforderung an die Wirtschaftspolitik.

Um so viele Szenarien wie möglich erfassen zu können, wird zurzeit in der Abteilung an einem Modell zu Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung gearbeitet. Neben Berechnungen für West- und Ostdeutschland kann auch die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung sowohl auf der Ebene der einzelnen Bundesländer als auch auf Kreisebene ermittelt werden. Zudem erlaubt das Bevölkerungsmodell nach Altersgruppen und nach Geschlecht zu unterscheiden. Dementsprechend können verschiedene „Stellschrauben“ des Systems unter plausiblen Annahmen variiert werden. Hierzu zählen die Lebenserwartung, die Lebensarbeitszeit, die Geburtenrate sowie die Wanderungssalden. Alle Parameter können einzeln oder kombiniert variiert werden, sodass die Auswirkungen sowohl getrennt als auch im Gesamtergebnis untersucht werden können. Zurzeit erlaubt das Modell eine Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2050. Bislang wurden die Ergebnisse dieses Bevölkerungsmodells zur wirtschaftspolitischen Beratung von Ministerien eingesetzt. Geplant ist, die Datenbasis weiter zu vervollständigen und mit den offiziellen Statistiken abzugleichen, sodass weitere Untersuchungen durchgeführt werden können.

Im Zusammenhang mit der Individualisierung der Lebenslagen und Pluralisierung der Lebensformen hat sich auch die Rolle der Frauen in Familie und Erwerbsleben verändert. Neben dem lange Zeit zentralen Hausfrauen-

Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ost- und Westdeutschland

modell der Versorgerehe haben sich weitere Familienmuster etabliert, die vor allem als verschiedene Formen von Doppelversorger-Modellen einem gestiegenen Anteil erwerbstätiger Frauen bzw. Müttern Rechnung tragen. Diese Entwick-

lung ist auch für die frühere Bundesrepublik kennzeichnend. Die Ausgangssituation in der DDR war eine andere. Die Frauenerwerbsquote war hier immer hoch. Das Modell des männlichen Familienernährers war dementsprechend in der DDR nur schwach ausgeprägt. Im Unterschied zur früheren Bundesrepublik, wo den Frauen bzw. Müttern das Leitbild der Hausfrau bis ca. Ende der 1960er Jahre vermittelt wurde und sich eine Erweiterung um die Berufstätigkeit im Zuge von weiblichen Emanzipationsbestrebungen durchsetzte, gab es in der DDR eine Art „Emanzipation von oben“. Sie führte dazu, dass Frauen dort über ihre Berufstätigkeit in die Gesellschaft eingebunden und sozial abgesichert waren, während dies in Westdeutschland hauptsächlich durch die Einbindung in die Familie gewährleistet wurde.

Ausgehend von diesen unterschiedlichen Situationen wurde in einer Studie untersucht, wie sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung entwickelt hat. Dazu wurden Daten von 1994 und 2002 (Mikrozensus und ALLBUS) herangezogen. Neben einer deskriptiven Beschreibung des Datensatzes wurde ein multinominales logistisches Regressionsmodell spezifiziert, das die unterschiedlichen Einflussfaktoren auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ost- und Westdeutschland quantifiziert.

Tabelle:

Exponenzierte Koeffizienten und Standardfehler der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Erwerbstätigkeit von Frauen nach Regionen 2002

N (West)=710 N (Ost) =288	Westdeutschland	Ostdeutschland
Vollzeiterwerbstätigkeit		
Berufsabschluss ^a	1,77*** (0,16)	1,69*** (0,24)
Familienstand: Ehe ^b	0,21*** (0,05)	1,15 (0,34)
Anzahl der Kinder unter 16 Jahren	0,39*** (0,05)	0,56*** (0,09)
Alter ^c	0,49*** (0,06)	0,54*** (0,11)
Teilzeiterwerbstätigkeit		
Berufsabschluss ^a	1,60*** (0,16)	1,02 (0,26)
Familienstand: Ehe ^b	0,55** (0,15)	3,21 (2,11)
Anzahl der Kinder unter 16 Jahren	0,89 (0,11)	0,92 (0,22)
Alter ^c	0,80 (0,12)	0,50 (0,21)
Nichterwerbstätigkeit	Basiskategorie	

, * kennzeichnen Signifikanz auf dem 5%- bzw. 1%-Niveau. Die Werte in Klammern bezeichnen die Standardfehler.

^a 1 = niedrigster Abschluss, 5 = höchster Abschluss. – ^b 1 = Ehe, 0 = andere Form. – ^c 1 = 18 bis 29 Jahre, 2 = 30 bis 44 Jahre, 3 = 45 bis 59, 4 = 60 und älter.

Quellen: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2002; Berechnungen des IWH.

Das Modell zeigt für Westdeutschland, dass ein höherer Berufsabschluss die Wahrscheinlichkeit einer *Vollzeiterwerbstätigkeit* signifikant erhöht. Die Tatsache verheiratet zu sein und/oder Kinder unter 16 Jahren zu haben, verringert diese hingegen signifikant. In die gleiche Richtung wirkt ein höheres Lebensalter. Die Befunde stützen die Vermutung, dass das Alleinversorgermodell in Westdeutschland weiterhin verankert ist. Für die Wahrscheinlichkeit der Ausübung einer *Teilzeiterwerbstätigkeit* haben in Westdeutschland nur der Berufsabschluss und der Familienstand einen signifikanten Einfluss; ein höherer Berufsabschluss – wie oben – einen positiven, der Ehestand einen negativen. Die Anzahl der Kinder unter 16 Jahren hat keinen negativen Einfluss auf die Aufnahme einer Teilzeiterwerbstätigkeit. Der Grund dafür könnte sein, dass bei einer Teilzeitbeschäftigung der Frau die Versorgung der Kinder und der Beruf meist besser miteinander vereinbar sind als bei einer Vollzeitbeschäftigung.

Anders fallen die Ergebnisse für den Osten der Republik aus: Die Frage, ob eine Frau verheiratet ist oder nicht, hat keinen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der *Vollzeiterwerbstätigkeit*. Dieses Resultat untermauert die Annahme, dass die Erwerbsneigung von verheirateten Frauen in den neuen Bundesländern immer noch stärker ist als die in den alten. Für alle anderen untersuchten Faktoren entsprechen die Ergebnisse denen der westdeutschen Länder. Hinsichtlich der *Teilzeiterwerbstätigkeit* der ostdeutschen Frauen zeigt sich, dass hier keiner der Faktoren einen signifikanten Einfluss hat. Für eine unfreiwillige, alle Qualifikationsabschlüsse betreffende Teilzeitarbeit spricht, dass der Berufsabschluss auf die Teilzeiterwerbsneigung der Ostdeutschen keinen Einfluss hat.

Untersucht man die Daten der ALLBUS-Erhebung von 1994 mit der gleichen Methode, so zeigt sich eine erwähnenswerte Veränderung lediglich für Ostdeutschland. Die Anzahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt hatte damals keinen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass die Mutter Vollzeit arbeitet. In dem Modell mit den aktuellen Daten ist der Faktor hingegen signifikant und übt einen negativen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der *Vollzeiterwerbstätigkeit* von Frauen aus. Dies könnte im Zusammenhang stehen mit der Ausdifferenzierung der Einkommensverteilung in Ostdeutschland, einer inzwischen veränderten Situation bei der Kleinkindbetreuung geschuldet sein, aber auch einem im Vergleich zu DDR-Zeiten veränderten Verständnis von der Rolle der Frau in Beruf und Familie.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Buscher, Herbert S.: Arbeitslosengeld II – Anmerkungen zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2003, S. 179-184.

Brautzsch, Hans-Ulrich: Ostdeutscher Arbeitsmarkt: Noch keine Besserung in Sicht, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2003, S. 311-313.

Besenthal, Andrea; Lang, Cornelia: Erwerbsorientierungen von Frauen und Einstellungen zu Erwerbstätigkeit und Familie, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2004, S. 21-27.

Reinowski, Eva; Schultz, Birgit; Wiemers, Jürgen: Verschlechterung der Beschäftigungschancen durch Teilnahme an Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen – Oder gibt es Ausnahmen?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2003, S. 184-190.

III. Kommunale Wirtschaft

Koordinator: Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen steht – nicht nur in Deutschland – seit längerem in der Diskussion. Insbesondere die weiterhin aktuelle Debatte innerhalb der Europäischen Union um eventuelle Ausnahmen für „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“, in Deutschland meistens mit „Daseinsvorsorge“ gleichgesetzt, von den EU-Wettbewerbsregeln (2003: Grünbuch der Kommission), sowie die generelle Zulässigkeit staatlicher Beihilfen an öffentliche Unternehmen („Altmark-Urteil“ des EuGH vom Juli 2003) belegt die Dringlichkeit dieses Problems. Die verschiedenen dabei vertretenen Standpunkte könnten kaum polarer sein: Auf der einen Seite wird von manchen Ökonomen eine wissenschaftliche Beschäftigung mit der Frage der Berechtigung kommunaler – also staatlicher – Wirtschaftstätigkeit in einer Marktwirtschaft als überflüssig angesehen, weil es sich bei den angebotenen Gütern und Dienstleistungen (primär Versorgungsleistungen, Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Bankdienstleistungen) um Güter handle, die in gleichem Umfang auch auf (regulierten) Märkten von privaten Unternehmen angeboten werden könnten. Auf der anderen Seite betonen Vertreter anderer akademischer Fachrichtungen sowie die Interessensvertreter der Kommunen und die Umweltschutzverbände häufig, dass die fraglichen Güter „etwas Besonderes“ bzw. „anders als andere Güter und Leistungen“ seien, was sie einer marktlichen Bereitstellung grundsätzlich entziehen würde. Außerdem wird wiederholt auf das Subsidiaritätsprinzip innerhalb der EU verwiesen, woraus abzuleiten wäre, den Kommunen die Entscheidung über die Art der Bereitstellung kommunaler Leistungen grundsätzlich selbst zu überlassen. Die zum Teil negativen Privatisierungserfahrungen in Großbritannien werden dabei stereotyp in der Diskussion angeführt, um mögliche Liberalisierungsbestrebungen in vielen Feldern der kommunalen Wirtschaftstätigkeit von vornherein als „neoliberalistische Ideologie“ abzuqualifizieren.

Eine Versachlichung der oben skizzierten wissenschaftlich-politischen Diskussion wird durch die mangelhafte empirische Basis alles andere als erleichtert. Aus diesem Grund werden am IWH in Anknüpfung an bisherige Forschungsarbeiten zum kommunalen Sparkassensektor verschiedene Untersuchungen zur Effizienz und Effektivität kommunaler Wirtschaftstätigkeit und zur Beantwortung der Frage durchgeführt, mit welchen institutionellen Vorkehrungen die Vorteile der Privatwirtschaft für die bisher von den Kommunen produzierten Güter und Leistungen genutzt werden können,

ohne dass es zu Qualitätsverlusten und zur vollständigen Aufgabe des kommunalen Einflusses auf Qualität und Umfang der Güterproduktion kommt. Eine Vorbedingung für solche Untersuchungen besteht darin, zunächst einen Überblick über den tatsächlichen Umfang und die Struktur der kommunalen Wirtschaft in Deutschland herzustellen. Zwei im Jahr 2003 abgeschlossene Forschungsarbeiten haben hierzu wichtige Beiträge geliefert, die im Folgenden vorgestellt werden.

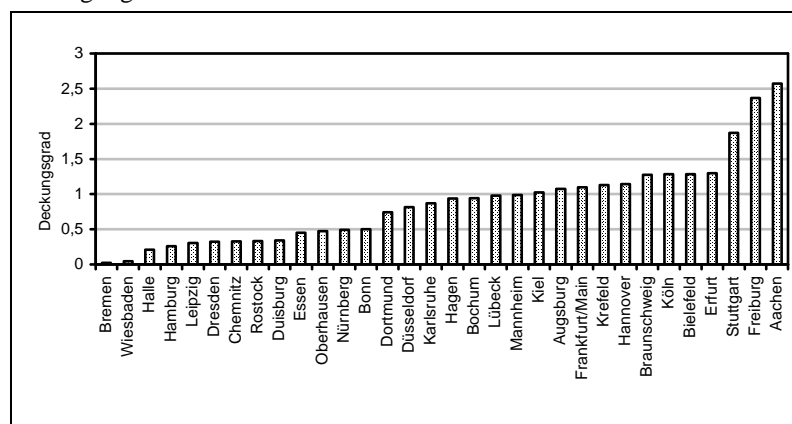
Ein häufig von Kommunalvertretern angeführter Grund für das Festhalten an der kommunalwirtschaftlichen Tätigkeit sind Finanzierungsaspekte, z. B. die Notwendigkeit der Quersubventionierung von Bädern oder ÖPNV-Leistungen aus den Gewinnen der kommunalen Versorgungsbetriebe (Stadtwerke). Bislang gab es aber keine Übersicht über den tatsächlichen Umfang der kommunalen Quersubventionierung. Eine solche Übersicht erscheint als notwendig, um die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Quersubventionierung und damit auch die Relevanz der an ihr vielfach geübten Kritik beurteilen zu können. Vor diesem Hintergrund wurde vom IWH eine Auswertung der Beteiligungsberichte bzw. der Geschäftsberichte der entsprechenden kommunalen Unternehmen für 32 der 39 größten deutschen Städte vorgenommen. Die Abbildung 1 zeigt den Grad der Deckung der Verluste der kommunalen ÖPNV-Betriebe durch die (für die Kommunen verfügbaren) Gewinne der Versorgungsbetriebe. Es wird deutlich, dass der kommunalen Quersubventionierung eine erhebliche Bedeutung für die finanzielle Situation der Kommunen zukommt.

Quersubventionierung in kommunalen Unternehmen

Die Gesamtverluste der ÖPNV-Sparte in den untersuchten Städten beliefen sich auf ca. 1,3 Mrd. Euro gegenüber einer Summe von etwa 940 Mio. Euro an abgeführten Gewinnen und Ausschüttungen der Versorgungsbetriebe, was einen durchschnittlichen Verlustdeckungsgrad von 72% ergibt. Eine regionale Aufgliederung zeigt Folgendes: Auf die aggregierten ÖPNV-Verluste der enthaltenen ostdeutschen Städte entfielen 224 Mio. Euro, die abgeführten oder ausgeschütteten Gewinne der Versorgungsbetriebe betragen im gleichen Zeitraum 75 Mio. Euro. Der durchschnittliche Verlustdeckungsgrad in Ostdeutschland lag folglich für den fraglichen Zeitraum mit etwa 33% deutlich unter dem West-Wert (80%). Das bestätigt auch ein Vergleich der einzelnen Städte: Mit Ausnahme von Erfurt wiesen alle ostdeutschen Städte einen niedrigeren Deckungsgrad auf als die westdeutschen Kommunen. Die beiden niedrigsten Deckungsgrade sind einerseits auf eine weitgehende Privatisierung bei gleichzeitig ungewöhnlich schlechter Ertragslage der Versorgungsbetriebe (Bremen) oder

auf einen außergewöhnlich hohen Verlustvortrag der Versorgungsbetriebe aus dem Vorjahr zurückzuführen (Wiesbaden) und somit beide als eher nicht repräsentativ zu bezeichnen.

Abbildung 1:
Deckungsgrad der Verluste im ÖPNV durch Gewinne der kommunalen Versorgungsbetriebe in deutschen Großstädten 2000/2001



Deckungsgrad = abgeführte Gewinne nach Steuern bzw. Ausschüttungen des Bilanzgewinns der Versorgungsbetriebe geteilt durch den Jahresfehlbetrag ÖPNV-Betriebe nach Steuern.

Versorgungsbetriebe: Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Wasser, Gas und Fernwärme ohne Abfallwirtschaft, Parkhausbetrieb, Telekommunikationsleistungen, öffentliche Bäder und sonstige Dienstleistungen, sofern sie nicht zur Erbringung der o. g. Versorgungsleistungen erforderlich sind; inklusive Erträge aus kommunalen Beteiligungen an privaten Energieversorgungsunternehmen.

ÖPNV: Personenbeförderung auf Straße, Schiene und Wasser innerhalb des Stadtgebiets und der näheren Umgebung.

Zeitraum: Je nach Datenverfügbarkeit Geschäftsjahre 2000 oder 2001.

Quellen: Beteiligungsberichte der Städte sowie Geschäftsberichte der lokalen Versorgungs- und ÖPNV-Betriebe; Berechnungen des IWH.

Die beschriebene Praxis muss sowohl unter Effizienz- als auch unter Verteilungsgesichtspunkten als problematisch beurteilt werden. Dies betrifft sowohl grundsätzliche Bedenken gegen eine Subventionierung des öffentlichen Nahverkehrs (keine zielgenaue Internalisierung negativer externer Effekte des Individualverkehrs; grundsätzliche Zweifel, ob der ÖPNV vor allem von Einkommensschwachen genutzt wird), als auch die Art der Subventionierung. So ermöglicht beispielsweise die mit dieser Subventionierung verbundene Minderung des ertragsteuerpflichtigen (Körperschaftsteuer, Gewerbeertragsteuer) Gewinns einen ungerechtfertigten Wettbe-

werbsvorteil für die kommunalen Versorgungsbetriebe gegenüber privaten Konkurrenten, da sich private Unternehmen – zumindest dauerhaft – keine Betriebe mit Verlusten wie im ÖPNV leisten können.

Ein wesentliches Charakteristikum der heutigen kommunalen Stadtwerke ist, dass es sich bei ihnen häufig um Großunternehmen handelt, die zunehmend interregional und vor allem international agieren, und zwar von einem (faktisch immer noch) geschützten lokalen Angebotsmonopol aus. Die Stadtwerke Leipzig GmbH weisen z. B. in ihrem aktuellen Prospekt zum „Geschäftsbereich Ausland“ ca. 30 internationale Projekte in rund 15 Ländern aus, wozu neben Consulting-Aktivitäten auch der Erwerb von Anteilen an Versorgungsunternehmen in Bulgarien, Litauen, Polen und Tschechien gehört. Dies mag mit ein Grund dafür sein, dass trotz der anhaltenden politischen und wissenschaftlichen Diskussionen über Berechtigung und Umfang kommunaler Wirtschaftstätigkeit weder in der amtlichen Statistik noch in den Erhebungen von Verbänden oder Forschungsinstitutionen konkrete Zahlen zur wirtschaftlichen Bedeutung oder zur Struktur kommunaler Unternehmen vorliegen. Eine vom IWH durchgeführte Auswertung verschiedener statistischer Quellen versuchte, diese Lücke zu schließen.

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung kommunaler Unternehmen

Es konnte gezeigt werden, dass das wirtschaftliche Gewicht der (Groß-) Unternehmen mit kommunaler Beteiligung hinsichtlich Beschäftigung und Umsatz bezogen auf Gesamtdeutschland relativ gering ist. Der Anteil von Umsatz und Beschäftigung an den Umsätzen bzw. der Gesamtbeschäftigung der umsatz- und beschäftigungsstärksten Unternehmen mit Sitz in Deutschland (unter Vernachlässigung des Banken- und Versicherungssektors) betrug 2001 jeweils rund 3%. Werden nur die Unternehmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung betrachtet, so reduzieren sich die entsprechenden Anteile auf etwa 0,5%. Das größte deutsche Unternehmen mit kommunaler Minderheitsbeteiligung ist der RWE-Konzern, worauf mit deutlichem Abstand Unternehmen wie die EnBW Energie Baden-Württemberg AG, die Verbundnetz Gas AG (VNG) Leipzig, die Enviam AG Chemnitz, die Fraport AG (Flughafenbetriebsgesellschaft Frankfurt) oder diverse E.ON-Töchter wie die E.DIS AG in Fürstenwalde und die vormalige Schleswig AG in Rendsburg folgen. Zu den umsatzstärksten Unternehmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung gehören u. a. die Energieversorgung Weser-Ems EWE AG Oldenburg, die Stadtwerke in München, Köln und Düsseldorf sowie die Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsbetriebe MVV AG.

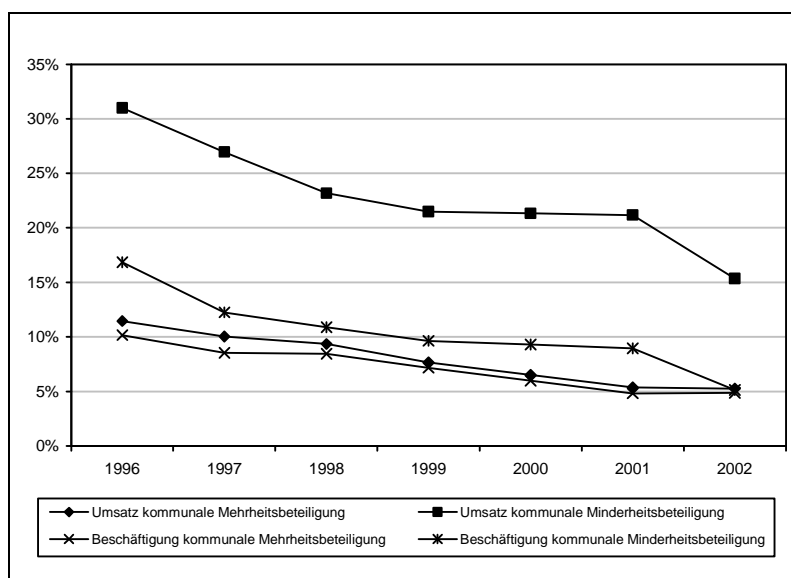
Wie aus der obigen Aufzählung deutlich geworden sein dürfte, handelt es sich bei den Großunternehmen in privater Rechtsform mit kommunaler Beteiligung primär um Energieversorger. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Bereiche wie der Wohnungssektor mit seiner Vielzahl an kommunalen Gesellschaften aufgrund der geringeren Unternehmensgrößen nicht in die Berechnung eingehen konnten. Ebenso wenig konnten mangels geeigneter Daten kommunale Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (z. B. Eigenbetrieb, Regiebetrieb, Anstalt bzw. Körperschaft des öffentlichen Rechts) berücksichtigt werden.

Maßgebliche Unterschiede bestehen in der regionalwirtschaftlichen Bedeutung kommunaler Unternehmen vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland. Abbildung 2 illustriert die zeitliche Entwicklung des Anteils der Unternehmen mit kommunaler Beteiligung an den 100 umsatzstärksten Unternehmen bzw. Tochtergesellschaften großer Konzerne mit Sitz in Ostdeutschland seit 1996. Die vergleichsweise hohe Beteiligung der Kommunen an regionalen Energieversorgern resultiert noch aus den Zeiten der DDR-Kommunalverfassung zur Wendezeit bzw. aus den entsprechenden Passagen des Einigungsvertrages, worin den Kommunen, die auf die Versorgung mit leitungsgebundenen Energien durch einen Rechtsnachfolger der früheren Kombinate im Rahmen eines Konzessionsvertrages angewiesen waren, ermöglicht wurde, ursprünglich bis zu 49% der Kapitalanteile zu erwerben, um den kommunalen Einfluss sicherzustellen. Später reduzierte sich der Anteil der Kommunen deutlich, weil die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) nach dem Ausscheiden der Kommunen, die eigene Stadtwerke gründeten und die dazu notwendigen Versorgungsanlagen dem entsprechenden regionalen Versorger mit ihren Aktien „abkauften“, die frei gewordenen Aktien den verbleibenden Kommunen nur noch anteilig zu deren Restbeteiligungsquote nach Ausgliederung der Stadtwerkskommunen angeboten hatte.

Insgesamt zeigt sich eine nach wie vor problematische Abhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft vom Energieversorgungssektor im Allgemeinen und vom kommunalen Sektor im Besonderen, da – unter den dortigen 100 umsatzstärksten Unternehmen im Jahr 2002 – für elf Unternehmen eine kommunale Mehrheits- und für zehn eine kommunale Minderheitsbeteiligung bestand.

Da sich die Analyse aus Gründen der Datenverfügbarkeit auf Großunternehmen in privater Rechtsform beschränken musste, besteht noch weiterer Forschungsbedarf zu Ausmaß und Struktur der Kommunalwirtschaft. Das IWH wird hierzu weitere Analysen durchführen.

Abbildung 2:
 Zeitliche Entwicklung des Umsatz- und Beschäftigungsanteils kommunaler Unternehmen an den umsatzstärksten Unternehmen Ostdeutschlands 1996 bis 2002



Da die Rangliste der 100 umsatzstärksten Unternehmen in Ostdeutschland für 2000 nicht erhältlich ist, wurde für 2000 ein ungewichteter Mittelwert der Anteile von 1999 und 2001 verwendet.

Quellen: DIE WELT (verschiedene Ausgaben 1997 bis 2003); Berechnungen des IWH.

Ausgewählte Publikationen:

Haug, Peter: Quersubventionierung in kommunalen Unternehmen: Praxis und theoretische Wertung?, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Band 29 (2003), Heft 3, S. 197-215.

Haug, Peter: Kommunale Unternehmen in Deutschland: Umsatz, Beschäftigung, Tätigkeitsfelder, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/2003, S. 362-368.

IV. Konjunktur und Wachstum

Koordinator: Dr. Udo Ludwig

Die Weltwirtschaft stand in den ersten Monaten des Jahres 2003 im Zeichen der Eskalation des Irak-Konfliktes. Mit dem Nachlassen der weltpolitischen Spannungen nach dem Krieg löste sie sich aus der fast dreijährigen Schwächephase. Allerdings setzte sich die konjunkturelle Wende nicht simultan in den großen Weltregionen durch. Während die USA und Ostasien wirtschaftlich rasch Tritt fassten, breitete sich im Euroraum die Stagnation insbesondere in den großen Ländern noch aus. Die Entwicklung in Mitteleuropa wurde dadurch zwar gedämpft, blieb aber deutlich aufwärts gerichtet. In Deutschland dagegen kam die wirtschaftliche Aktivität das dritte Jahr in Folge nicht vom Fleck. In der Wirtschaftspolitik wurde intensiv über Steueranreize zur Stimulierung der wirtschaftlichen Aktivität, aber auch des Konsums, über Reformen am Arbeitsmarkt und Wege aus den Finanzierungsengpässen der sozialen Sicherungssysteme diskutiert. Eine Gesundheitsreform wurde beschlossen und gerade noch vor Jahresende ein Steuerkompromiss ausgehandelt.

Vor diesem wechselvollen Hintergrund wurden 2003 die am Vorabend des Jahres abgegebenen Konjunkturprognosen des Instituts für die USA, den Euroraum, Mitteleuropa und Deutschland überprüft und mehrfach an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst. Darüber hinaus wurde das methodische Instrumentarium der Prognosen für den Euroraum und für Deutschland weiter verfeinert und für die Berechnung der Effekte alternativer wirtschaftspolitischer Maßnahmen, beispielsweise der Produktions- und Beschäftigungseffekte der „Agenda 2010“, eingesetzt. Schließlich wurden im monetären Bereich die Untersuchungen zur Wirkung geldpolitischer Impulse auf die Konjunktur sowie zur Eindeutigkeit des Gleichgewichts auf Währungsmärkten fortgeführt.

Prognosen der Wirtschaftsentwicklung

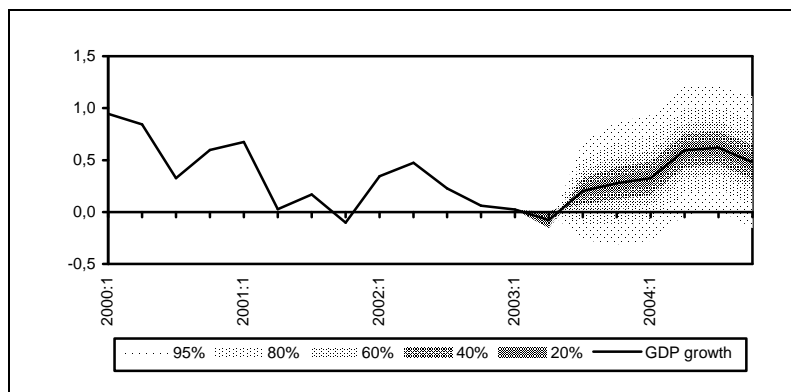
Im Rahmen des European Forecasting Network (EFN) erstellt das IWH im Auftrag der Europäischen Kommission ökonometrische Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung im Euroraum. Im EFN kooperiert das IWH mit Universitäten aus Mailand, Florenz, Madrid, Barcelona und Cambridge sowie mit dem CEPII Institut (Paris) und

**European Forecasting
Network**

Global Insight (London). Die halbjährlichen Berichte sind unter www.efn.uni-bocconi.it verfügbar.

Im letzten Bericht vom Herbst 2003 hat das EFN unter anderem ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Euroraum von 0,5% für 2003 und 1,5% für 2004 vorhergesagt. Zusätzlich zu den Punktprognosen werden Intervallprognosen generiert, um die Unsicherheit bei der Vorhersage zu quantifizieren. In Abbildung 1 sind zum Beispiel die Quartalswachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zusammen mit Konfidenzintervallen dargestellt, die den Prognosebereich für ein vorgegebenes Sicherheitsniveau festlegen. So zeigt der Fan Chart positive Wachstumsraten für die zweite Jahreshälfte von 2003. Dabei war allerdings das Risiko einer milden Rezession im Euroraum bei einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 80% nicht auszuschließen.

Abbildung 1:
Laufende Jahreswachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts
- in % -

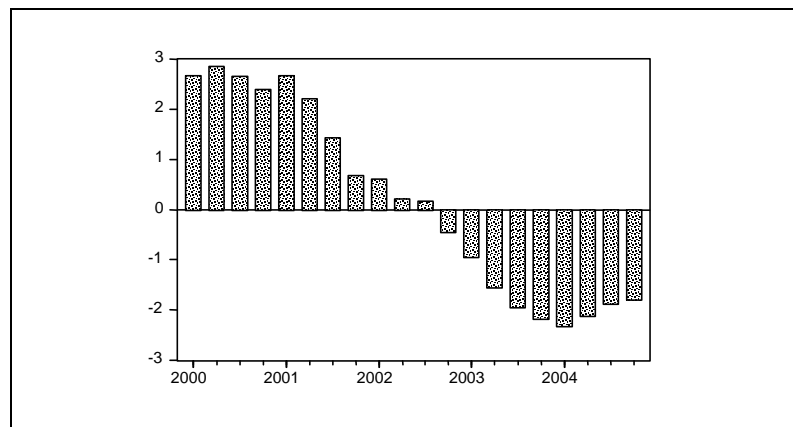


Quelle: EFN-Report.

Die Prognose deutet auf eine wirtschaftliche Erholung hin, die 2004 zunehmend von den Komponenten der Inlandsnachfrage – vorwiegend den privaten Konsumausgaben – unterstützt wird. Die realwirtschaftliche Entwicklung wird summarisch in der Produktionslücke gespiegelt, die die prozentuale Differenz zwischen dem tatsächlichen und potenziellen Output angibt. Diese Lücke ist im Prognosezeitraum stets negativ, sodass die aktuelle hinter der potenziellen Produktion zurückbleibt. Allerdings ist ab 2004 eine zunehmende Rückbildung der Lücke auszumachen, ohne dass diese am Ende des Prognosezeitraums geschlossen ist. Da die Produk-

tionslücke negativ bleibt, werden von der realwirtschaftlichen Seite her keine inflatorischen Spannungen erwartet.

Abbildung 2:
Produktionslücke in % des potenziellen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: EFN Prognose Herbst 2003.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der mittel- und osteuropäischen Region hat sich im Jahr 2003 weiter deutlich belebt. Wichtigste Wachstumsstütze in den Ländern bildete die Binnennachfrage, die insbesondere vom privaten, teils vom öffentlichen Konsum, getragen wurde. Im Jahresverlauf zeichnete sich in einigen Ländern auch wieder eine Belebung der Investitionstätigkeit ab. Vom Außenhandel kamen hingegen wegen der schwachen Nachfrage in den EU-Ländern nur geringe Impulse.

Mittelosteuropa

Unter den Beitrittsländern zur Europäischen Union hat die wirtschaftliche Aktivität insbesondere in Polen wieder an Dynamik gewonnen, in Lettland und Litauen hat sich die außerordentlich hohe Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in den Vorjahren nochmals leicht verstärkt. In den übrigen Beitrittsländern verlief die wirtschaftliche Expansion ohne bemerkenswerte Beschleunigung. Die Teuerung ging in den meisten Ländern weiter zurück, vereinzelt ist das Preisniveau sogar gesunken. Nur in einigen Ländern verharrte die Inflationsrate auf relativ hohem Niveau, wofür fiskalpolitische Konsolidierungsmaßnahmen, Anhebungen administrativer Preise sowie die Anpassung der Verbrauchssteuern an die EU-Normen maßgeblich waren. In Russland hat sich die wirtschaftliche Dynamik 2003 wieder deutlich beschleunigt. Die günstige Entwicklung der Weltmarktpreise für

Energieträger und Metalle führte zu einem kräftigen Anstieg der russischen Exporterlöse und damit zu einer Belebung der Wirtschaftsaktivität. Auch die Investitionen haben im vergangenen Jahr in den exportorientierten Industrien deutlich zugenommen.

Die Konjunkturaussichten der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer für das Jahr 2004 bleiben angesichts der erwarteten Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds günstig. Die Nachfrage nach Gütern aus Mitteleuropa und dem Baltikum wird kräftig zunehmen und die wirtschaftliche Entwicklung dürfte dann noch dynamischer ausfallen als 2003. Anzeichen einer nachlassenden Binnennachfrage in den Ländern, insbesondere des privaten Konsums infolge geringerer Nominallohnsteigerungen, dürften durch die Impulse vom Außenhandel kompensiert werden. Die Investitionen werden 2003 und 2004 ausgeweitet werden, insbesondere durch rege private Investitionsaktivitäten im Zusammenhang mit den geplanten EU-Beitritten, aber auch durch öffentlich finanzierte und von der EU geförderte Investitionsprogramme.

Die Ende 2003 abgegebene Konjunkturprognose für die Welt und Deutschland diagnostiziert für 2004 eine weltweite wirtschaftliche Erholung. Sie beruht vor allem auf der starken wirtschaftlichen Dynamik in den USA. Das grundsätzliche Vertrauen in die Wachstumspotenziale des Landes ist so groß, dass die äußerst expansive Wirtschaftspolitik kräftige Wirkungen entfalten kann. Historisch niedrige Zinsen und vorgezogene Steuerensenkungen stimulieren das Ausgabeverhalten der privaten Haushalte und der Unternehmen. Der Aufschwung kommt aus der Binnenwirtschaft, auch wenn die Exporte eine Zeitlang von der Dollarschwäche profitieren können. Die konjunkturelle Wende im Euroraum geht dagegen von der Außenwirtschaft aus. Die Exporte werden zwar durch die jüngste Aufwertung des Euro belastet, im Verlauf des Jahres 2004 werden sie jedoch zunehmend von der Belebung der Nachfrage auf den Auslandsmärkten geprägt.

Ausblick auf die Konjunktur 2004 in Deutschland

Auch in Deutschland wird sich 2004 die gesamtwirtschaftliche Produktion dank der anziehenden Nachfrage auf den Außenmärkten beleben. Die Investitionsbereitschaft bleibt aber wegen der Ungewissheit über die Auswirkungen des finanzpolitischen Kurses vorerst noch gedämpft. Zwar regen die niedrigen Kapitalmarktzinsen und die gestiegenen Aktienkurse den Kauf von Maschinen und Anlagen an, der Nachfragezuwachs aus dem Ausland kann jedoch nach drei Jahren wirtschaftlicher Stagnation zunächst weitgehend mit den vorhandenen Kapazitäten bedient werden. Die Bau-

investitionen entwickeln sich noch schwächer als die Anschaffung neuer Ausrüstungsgüter, da Vorzieheffekte von der Kürzung der Eigenheimzulage und Aktivitäten zur Beseitigung der Flutschäden aus dem Jahr 2002 künftig wegfallen. Mit den Steuersenkungen der zweiten Stufe der Steuerreform und der teilweise vorgezogenen dritten Stufe werden die privaten Haushalte 2004 ihre Konsumzurückhaltung allmählich aufgeben. Der eine Zeit lang noch anhaltende Beschäftigungsabbau und die erwarteten Kürzungen von Leistungen wegen der zunehmenden Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme lassen jedoch keine große Konsumdynamik erwarten.

Vor diesem Hintergrund wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Grundtendenz im Verlauf des Jahres 2004 kontinuierlich zunehmen. Mit dem Nachlassen des steuerinduzierten Impulses werden die Auftriebskräfte vom Export und später auch von der Investitionstätigkeit Oberhand gewinnen. Im Jahresdurchschnitt steigt das Bruttoinlandsprodukt konjunkturell bedingt um 1,0%. Dank der zusätzlichen Arbeitstage wird es sich aber um 1,6% erhöhen. Bei diesem Zuwachs verringert sich die Produktionslücke zwar, sie schließt sich jedoch nicht, sodass die Preisstabilität von dieser Seite nicht in Gefahr gerät. Das Preisklima bleibt ruhig. Im Jahr 2005 wird sich die konjunkturelle Grundtendenz mit der Verbreiterung der Basis der treibenden Kräfte verstärken.

Erst in der zweiten Hälfte 2004 wird die Beschäftigungsschwelle erreicht, und die Unternehmen werden per saldo zu Neueinstellungen veranlasst. Weder die konjunkturelle Belebung noch die Dämpfung des Kostenanstiegs in den Unternehmen infolge der hier unterstellten moderaten Lohnabschlüsse sowie des reformbedingten leichten Rückgangs der Lohnnebenkosten werden ausreichen, den Beschäftigungsstand vom Vorjahr zu halten. Im Interesse eines merklichen Beschäftigungsaufbaus ist vor allem eine stärkere Wachstums- und Investitionsdynamik nötig.

Die Finanzpolitik in Deutschland steckt in einem tiefgreifenden Zielkonflikt. Auf der einen Seite wird 2004 das dritte Mal in Folge gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen; von daher müssten alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen den haushaltspolitischen Erfordernissen untergeordnet werden. Auf der anderen Seite braucht sie Gestaltungsspielraum, um die konjunkturellen Antriebskräfte nicht bereits im Keim zu ersticken. Trotz der vorgezogenen halben dritten Stufe der Einkommenssteuerreform wird die Finanzpolitik im Jahr 2004 restriktiv ausgerichtet sein.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2004 und 2005

	2003	2004	2005
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,2	1,0	1,5
Staatskonsum	0,3	0,0	-0,5
Anlageinvestitionen	-3,1	0,4	1,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-2,9	1,7	4,6
Bauten	-3,3	-0,7	-0,9
Inländische Verwendung	-0,2	1,1	1,4
Exporte	1,5	6,1	7,0
Importe	1,3	4,7	6,9
Bruttoinlandsprodukt	0,0	1,6	1,8
darunter: Ostdeutschland*	0,3	1,3	1,5
Nachrichtlich: USA	3,1	4,3	3,0
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	-1,4	0,2	-0,2
Tariflöhne je Stunde	2,4	2,2	2,2
Effektivlöhne je Stunde	1,6	1,8	2,1
Lohnstückkosten ^a	0,5	0,0	0,3
Verbraucherpreisindex	1,0	1,3	1,5
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 195	38 095	38 260
Westdeutschland**	32 540	32 475	32 650
Ostdeutschland*	5 655	5 620	5 610
Arbeitslose ^c	4 380	4 405	4 335
Westdeutschland**	3 065	3 090	3 065
Ostdeutschland*	1 315	1 315	1 270
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,3	10,4	10,2
Westdeutschland**	8,6	8,7	8,6
Ostdeutschland*	18,9	19,0	18,5
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-4,1	-3,7	-3,5

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH (Stand: 16. Dezember 2003).

Die Geldpolitik ist dagegen deutlich expansiv ausgerichtet. Der kurzfristige Realzins im Euroraum liegt bei null. Angesichts der hohen Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität könnten sich im späteren Verlauf von 2004 mit dem Anziehen der Konjunktur Inflationsgefahren abzeichnen. Die Produktionslücke im Euroraum wird dann so weit zurückgegangen sein, dass sich die EZB veranlasst sieht, den Expansionsgrad ihrer Politik durch Anhebung der Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt zu verringern.

Die Konjunkturprognose ist mit einigen Risiken verbunden. So gibt es Befürchtungen, dass ein Dollarsturz wegen des hohen Leistungsbilanzdefizits in den USA den Aufschwung in der Weltwirtschaft und damit die Expansion der Außenmärkte gefährden könnte. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, dass der Abbau des Defizits über eine drastische Abwertung des Dollar führen wird, sondern eher mit einem vorsichtigeren Ausgabeverhalten der Privaten und des Staates in den USA zu rechnen ist.

Die Wirtschaft der neuen Bundesländer konnte sich im Jahr 2003 der konjunkturellen Flaute in Deutschland nicht entziehen. Der Rückgang der Bau-
tätigkeit hat sich zwar wegen der Vorzieheffekte im Zusammen-
hang mit der angekündigten Kürzung der Eigenheimzu-
lage und den Sondereffekten durch die Beseitigung der Flut-
schäden nicht so stark fortgesetzt wie in den Jahren zuvor. In

**Prognose
Ostdeutschland**

der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe sind jedoch wegen der allgemein gedrückten Nachfrage der Investoren und der privaten Haushalte nennenswerte Produktionsanstöße ausgeblieben. Erst mit der erwarteten Belebung der Konjunktur im Ausland und deren Ausstrahlung auf das Inland wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2004 wieder etwas stärker anziehen. Dafür spricht die fortgesetzte Verbesserung der Wettbewerbsposition vor allem der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Ihnen ist es in konjunkturell schwierigen Zeiten gelungen, ihre Exportfähigkeit zu erhalten und die Lohnstückkosten weiter unter das Niveau der Wettbewerber nicht zuletzt aus den alten Bundesländern zu senken. Allerdings wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Osten wegen des Wegfalls der Sondereffekte im Baugewerbe und der geringen Exportorientierung wieder langsamer als in Westdeutschland expandieren.

Der gesamtwirtschaftliche Produktionszuwachs wird 2004 vollständig durch die Erschließung von Produktivitätsreserven erwirtschaftet. Eine entscheidende Entlastung am Arbeitsmarkt zeichnet sich für die nächste Zeit nicht ab, auch wenn im Verlauf des Jahres wieder mit einem leichten Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe und bei Dienstleistungsunternehmen zu rechnen ist.

Nach der Stockung in den späten neunziger Jahren hat sich Ostdeutschland in den vergangenen beiden Jahren trotz Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Leistung in der Pro-Kopf-Produktion wieder etwas an das westdeutsche Niveau angenähert. Maßgeblich dafür war die demographische Entwicklung. Während die Bevölkerung im Ostteil sank, hat sie sich im Westteil Deutschlands erhöht.

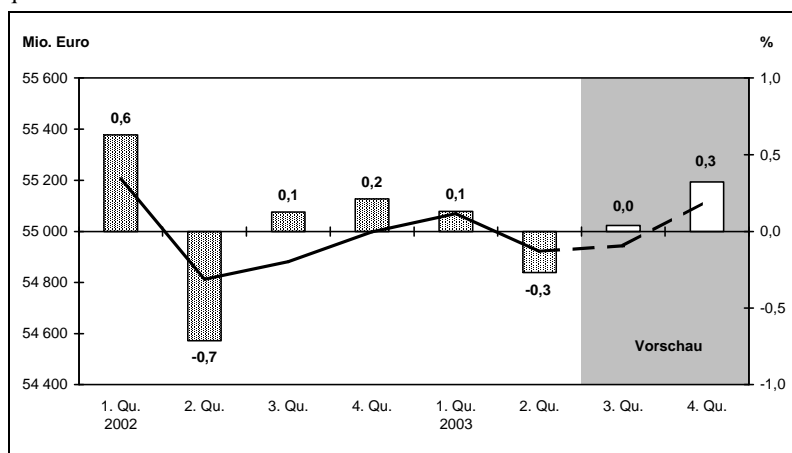
Im Schlussquartal 2003 hat das IWH erstmalig ein Konjunkturbarometer für die ostdeutsche Wirtschaft veröffentlicht. Es zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den abgelaufenen Quartalen und im laufenden Quartal eines Kalenderjahres an. Amtliche Daten stehen für die unterjährige Darstellung der Produktion nur für ausgewählte Wirtschaftsbereiche zur Verfügung. Das Barometer dient vor allem Diagnosezwecken und unterstützt die frühzeitige Urteilsbildung über die aktuelle Lage und Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft.

**Barometer
Ostdeutschland**

Abbildung 3:

IWH-Konjunkturbarometer

- Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % -



Quelle: Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland.

Für das vierte Quartal hat das Konjunkturbarometer nach einem Rückgang im Sommerhalbjahr einen Produktionsanstieg vorausgesagt. Die Wende zum Wachstum kommt vom Aufschwung in der Industrie und reicht aus, um ein insgesamt positives Jahresergebnis für 2003 zu erzielen.

Der Saldo der Auf- und Abwärtsbewegung zwischen dem Verarbeitenden und dem Baugewerbe bestimmt seit Jahren maßgeblich Richtung und Stärke der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. So wurden auch 2003 bei jeweils 300 Unternehmen der Industrie und des Baugewerbes Ostdeutschlands eigenständig aktuelle Konjunkturdaten erhoben und erstmals auch als Datenquelle für die Berechnung des Konjunkturbarometers Ostdeutschland genutzt. Für die Industrie war außerdem von Bedeutung, wie sich die wirtschaftliche Stagnation in Deutschland im Investitionsverhalten der Unternehmen niederschlägt. Für das Baugewerbe war von Interesse, wie sich angesichts der allgemein schwachen Baunachfrage in Deutschland die Bauleistungsströme von Ost- nach Westdeutschland entwickelt haben.

Konjunkturumfragen

Die wirtschaftliche Stagnation und die schwachen Konjunkturaussichten veranlassten auch zahlreiche Unternehmen der ostdeutschen Industrie, ihre Investitionsvorhaben für 2003 einzuschränken. Dazu entschlossen sich mehr Unternehmen als im Vorjahr. Besonders häufig taten dies kleine Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten und vor allem Unternehmen mit ostdeutschen Eigentümern, darunter viele Neugründungen. Trotz dieser Abwärtskorrekturen standen hinter den reduzierten Investitionsplänen für 2003 Größenordnungen, die auf einen leichten Investitionsanstieg gegenüber 2002 schließen lassen. Nach wie vor steht bei der Investitionstätigkeit die Anschaffung neuer Maschinen, Fahrzeuge und Ausrüstungen (Ausrüstungsinvestitionen) im Vordergrund. Nachdem 2002 der laut Planungen errechnete Zuwachs an Bauinvestitionen nicht realisiert wurde, lassen die Investitionsvorhaben der Unternehmen für 2003 eine anteilige Verringerung der Ausrüstungsinvestitionen erwarten. Mit einem Anteil der Bauinvestitionen von fast einem Viertel an den Gesamtinvestitionen treten allerdings keine grundlegenden Veränderungen ein.

In den letzten Jahren haben die in Ostdeutschland ansässigen Bauunternehmen wegen des drastischen Nachfragerückgangs einen Teil ihrer Bauaktivitäten auf den westdeutschen Markt verlagert. Zwar waren die Ausweitungsmöglichkeiten wegen der auch dort schwachen Nachfrage sehr begrenzt, gleichwohl war laut IWH-Umfrage mit zwei Fünfteln ein nicht unbeträchtlicher Teil der ostdeutschen Bauunternehmen in den Jahren 2002 und 2003 auf dem westdeutschen Bauproduktmarkt tätig. Ein Fünftel bis ein Viertel ihres Umsatzes dürfte dort im Durchschnitt realisiert worden sein. Der Anteil der Unternehmen mit mehr als 50% überregionaler Bauleistungen ist von 2002 auf 2003 sogar von 10% auf 13% weiter gestiegen. Diese Ausweitung kommt vor allem aus dem Hoch- und Ausbaubereich. Laut IWH-Umfrage erbringen die Tiefbauunternehmen aber nur knapp ein Zehn-

tel ihres Umsatzes außerhalb der neuen Länder. Im öffentlichen Tiefbau wird der Bauleistungsstrom von Ost nach West auch durch die in einzelnen Bundesländern übliche Praxis eingeschränkt, die Auftragsvergabe an die in dem entsprechenden Land geltenden Tariflöhne zu binden.

Im DFG Projekt *Integration und Kointegration bei Paneldaten* werden aktuelle Zeitreihenverfahren auf Paneldatensätze übertragen. Damit können makroökonomische Beziehungen etwa auf der Ebene von Regionen und Ländern durch vergleichsweise mächtigere Verfahren untersucht werden, die zudem die Heterogenität zwischen den Untersuchungseinheiten in Rechnung stellen. Durch die Einbeziehung der Querschnittsdimension entstehen jedoch auch neue Probleme, die zum Beispiel aus der Abhängigkeitsstruktur zwischen den Individuen resultieren. Für die Analyse sind daher geeignete Strategien festzulegen.

Panelökonometrie

Die Anwendung der Verfahren erfolgt am Beispiel empirischer Standardprobleme. So wurde im Berichtszeitraum die Realzinsparität untersucht, die wesentlicher Bestandteil einer Vielzahl ökonomischer Modelle ist. Darüber hinaus ist die permanente Einkommenshypothese für westdeutsche Bundesländer untersucht worden. Während die Hypothese auf lange Sicht gerechtfertigt werden kann, sind kurzfristig Abweichungen auszumachen, die auf eingeschränkte Kreditmöglichkeiten der privaten Haushalte zurückgeführt werden können. Der Anteil der Einkommen, der auf liquiditätsrestringierte Haushalte entfällt, ist für die einzelnen Bundesländer unterschiedlich. Es zeigt sich eine Spanne, die von Nordrhein-Westfalen (33%) bis zum Saarland (47%) reicht.

Finanzsektor

Treffsichere Vorhersagen der Wirkungen geldpolitischer Impulse der Europäischen Zentralbank erfordern eine möglichst genaue Kenntnis des zugrunde liegenden monetären Transmissionsprozesses, insbesondere der Rolle, die Banken hierin übernehmen. Mit Hilfe eines zweistufigen Delegationsansatzes lässt sich das Zusammenspiel der Wirkungen monetärer Impulse auf die externe Unternehmensfinanzierung einerseits und auf die Intermediationsleistungen von Banken andererseits erfassen, wobei zugleich Heterogenität im Unternehmenssektor berücksichtigt werden kann. Diese Heterogenität resultiert aus unterschiedlichen Ausstattungen der Unternehmen mit internen Finanzmitteln und der Verfügbarkeit an Kreditsicherheiten sowie aus

Monetäre Transmission

unterschiedlichen Intensitäten in der Kreditbeziehung zwischen Unternehmen und Bank. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Finanzierung über Bankkredite als ein Substitut für mangelnde interne Finanzmittel dar, sofern die Kreditbeziehung zwischen Bank und Unternehmen hinreichend eng ist (Hausbankbeziehung). Eine solche Hausbank ist dann auch in der Lage, ihre Kreditnehmer vor einer sich verschärfenden Liquiditätsbeschränkung infolge eines restriktiven monetären Impulses zu bewahren. Unternehmen, deren Kreditbeziehung zu einer Bank weniger eng ist und die über wenig interne Finanzmittel verfügen, müssen hingegen aufgrund der sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen ihre Investitionstätigkeit einschränken. Die so abgeleiteten theoretischen Ergebnisse sind konsistent mit der empirischen Evidenz zum monetären Transmissionsprozess in Deutschland, wenn berücksichtigt wird, dass Sparkassen und Kreditgenossenschaften im Gegensatz zu den privaten Kreditinstituten sehr enge Kreditbeziehungen zu ihrer Klientel unterhalten.

Gleichgewichte auf Währungsmärkten

Auf Märkten für Währungen mit fixem Wechselkurs stellt sich prinzipiell das Problem multipler Gleichgewichte: Die Zentralbank kann den Wechselkurs nur dann verteidigen, wenn nicht zu viele Marktteilnehmer die Währung attackieren. Mit Hilfe der Theorie globaler Spiele ist in jüngerer Zeit gezeigt worden, dass die Multiplizität von Gleichgewichten bei Vorliegen von (relativ zur Präzision öffentlicher Information) ausreichend präziser privater Information verschwinden kann. In diesem Zusammenhang wird der wirtschaftspolitisch interessanten Frage nachgegangen, unter welchen Bedingungen eine erhöhte Transparenz der Zentralbank die Präzision privater Information erhöht und damit die Bedingungen für Eindeutigkeit des Gleichgewichts auf den Währungsmärkten verbessert, oder umgekehrt durch eine Erhöhung der Präzision öffentlicher Information den Fall multipler Gleichgewichte wahrscheinlicher macht.

Risikopotenzial Finanzkrisen

Das IWH beobachtet regelmäßig die Entwicklung von makroökonomischen Indikatoren in den mittel- und osteuropäischen Ländern und setzt zur Bestimmung des Anfälligkeitspotenzials für Finanzkrisen einen für diese Länder entwickelten Risikoindikator ein. Finanzkrisen haben häufig ihre Ursachen in Fehlentwicklungen im Finanzsektor und in den makroökonomischen Fundamentalfaktoren. Diese Zusammenhänge werden bei der Beobachtung zahlreicher Indikatoren aus beiden Bereichen genutzt. Die Überschreitung eines spezifischen Grenzwertes für die einzelnen Indikatoren deutet auf eine Fehlentwicklung hin. Bei einer Häufung solcher Signale

für ein Land wird ein erhöhtes Risikopotenzial für eine Finanzkrise vermutet. Aus den Einzelindikatoren wird ein Gesamtindikator konstruiert. Auf diese Weise können frühzeitig Anzeichen von Fehlentwicklungen erkannt und so drohenden Finanzkrisen durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen begegnet werden. In der zweiten Jahreshälfte 2003 ergab der IWH-Signalansatz für fast alle Länder Mittel- und Osteuropas einen Anstieg des Risikopotenzials für Finanzkrisen. Eine Ausnahme von dieser Tendenz bildete lediglich Bulgarien, dessen stabile makroökonomische Situation weiterhin von der Wechselkursbindung in Form eines Currency boards profitiert. Ein wichtiger Grund für den Anstieg des Risikopotenzials waren sinkende Exporte aufgrund der geringeren Nachfrage vor allem aus den Ländern der Europäischen Union, die auf die anhaltende konjunkturelle Schwäche zurückzuführen war. Daneben spielten auch hausgemachte Gründe eine Rolle. Hierzu zählten neben einem ungewöhnlich starken Kreditwachstum auch steigende Budgetdefizite. Insbesondere auf dem fiskalischen Gebiet besteht für die Mehrzahl der Länder weiterhin wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf auch im Hinblick auf die Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien bei der Aufnahme in die Eurozone.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

European Forecasting Network: EFN Report on the Euro Area Outlook, Spring and Autumn 2003. Internet: www.efn.uni-bocconi.it

Kämpfe, Martina: Konjunktur in Mittel- und Osteuropa gewinnt an Dynamik, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 12/2003, S. 334-337.

Arbeitskreis Konjunktur: Konjunkturausblick des IWH 2004: Das lange Warten auf den Aufschwung geht vorüber, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 1/2004, S. 3-22.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland: Ostdeutsche Wirtschaft: Produktion 2003 wieder im Plus, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 8/2003, S. 227-246.

Christian Dreger, Christian Schumacher: Are Real Interest Rates Cointegrated? Further Evidence Based on Panel Econometric Methods. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 139 (2003), S. 41-53.

Dietrich, Diemo: Monetary Policy Shocks and Heterogeneous Finance Decisions: A Model of Hidden Effort Choice and Financial Intermediation, in: *German Economic Review*, Vol. 4 (2003), S. 365-388.

Lindner, Axel: Does Transparency of Central Banks Produce Multiple Equilibria Currency Markets? IWH-Diskussionspapiere Nr. 178, 2003.

Mile, Ibolya: IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 16/2003, S. 482-487.

Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Gastvorträge

Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops

„Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Sachsen-Anhalt“

Workshop am 26. Februar 2003, Halle

In den letzten Jahren gab es in allen Bundesländern Kontroversen zwischen der Landes- und der kommunalen Ebene über die „richtige“ Aufteilung der finanziellen Lasten und der für ihre Finanzierung benötigten Ressourcen. In besonderem Maße waren derartige Kontroversen in den strukturschwachen Bundesländern (mit einer besonders angespannten finanziellen Situation) zu verzeichnen, so auch und gerade in Sachsen-Anhalt. Der Workshop, dessen Teilnehmer vor allem Praktiker aus der Landes- und Kommunalpolitik sowie Vertreter der Verwaltung waren, hatte das Anliegen, zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen und volkswirtschaftlich zweckmäßige Maßnahmen zur Lösung der gegebenen Probleme zu erarbeiten. Dabei wurde der Reformbedarf auf der Bundesebene ausgeklammert. Betrachtet wurden die Teile des kommunalen Finanzsystems, für welche es auf der Ebene der Länder zu neuen Lösungen kommen kann, sowie die Möglichkeiten der Kommunen, von sich aus zu einer Verbesserung ihrer Finanzsituation beizutragen. Als wichtige Reformmaßnahmen wurden u. a. die Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der Kommunen, mehr Transparenz bei den Schlüsselzuweisungen und die Vergrößerung des kommunalen Gebietszuschnitts empfohlen. Der sog. Gleichmäßigkeitsgrundsatz – für die vertikale Aufteilung der Finanzmittel – wurde eher kritisch diskutiert.

„Hallescher Workshop Geldtheorie und Geldpolitik“

Workshop am 10. und 11. April 2003, Halle

Dieser Workshop wurde gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg am 10. und 11. April 2003 organisiert und soll in Zukunft einmal jährlich stattfinden. Seine Konzeption beinhaltet, dass vor allem jungen Wissenschaftlern ein internationales Forum geboten wird, eigene Forschungsergebnisse mit erfahrenen Wissenschaftlern zu diskutieren. Hierzu werden ausgewiesene Hochschullehrer und habilitierte Wissenschaftler deutscher Hochschulen geladen, die ebenso wie Mitarbeiter des IWH und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg die vorgestellten Beiträge als Korreferenten diskutieren.

Es wurden Arbeiten aus allen Bereichen der modernen theoretischen und empirischen monetären Ökonomik vorgestellt. So wurden beispielsweise Vor- und Nachteile der Koordinierung von Fiskal- und Geldpolitik in einer Währungsunion erörtert. Darüber hinaus war der europäische Transmissionsprozess monetärer Impulse Gegenstand mehrerer Vorträge – angefangen von der Reaktion der Banken auf den Einsatz geldpolitischer Instrumente durch die EZB über die Identifikation monetärer Impulse bis hin zur Untersuchung alternativer Transmissionswege. Des Weiteren wurden währungspolitisch relevante Arbeiten vorgestellt, die sich mit Währungskrisen, den Währungssystemen der Länder Mittel- und Osteuropas sowie mit Ansätzen zur Wechselkursklärung beschäftigten.

Der Workshop wurde von der Stiftung Geld und Währung finanziell unterstützt.

„Determinanten der Produktivitätslücke“

Konferenz im Rahmen des EU-Projekts „Determinanten der Produktivitätslücke“ vom 19. bis 22. Mai 2003, Prag

Wie im letzten Jahr organisierte das IWH einen Workshop zur realwirtschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa. An dem Workshop im Rahmen des gleichnamigen Forschungsprojekts beteiligten sich etwa 45 Forscher aus West- und Osteuropa.

Im Zentrum des Interesses standen wieder die realwirtschaftlichen Determinanten der Produktivität und seiner Entwicklung seit der Systemtransformation und der Integration in die westlichen Märkte. Zwar erreichten die EU-Kandidatenländer spätestens seit Mitte der 1990er Jahre deutlich höhere Entwicklungsgeschwindigkeiten als der Durchschnitt der Europäischen Union, und konnten so das Entwicklungsgefälle reduzieren, doch verbleibt noch immer eine große Lücke. Im Rahmen des Workshops wurden die bisherigen Ergebnisse der Erforschung der Determinanten dieses Entwicklungsgefälles im Rahmen des Projektes vorgestellt.

Im Rahmen einer „*Key-note address*“ resümierte Sir Michael Kaser von der Oxford Universität die bisherigen Einsichten der Wissenschaft in die wachstumsrelevanten Determinanten für die Region. Die das Treffen weiterhin einleitenden Beiträge beschäftigten sich mit dem empirischen Nachweis der Auswirkungen der Handelsliberalisierung und des Auftretens ausländischer Direktinvestoren auf die Produktivitätsentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Im weiteren Verlauf wurden

insbesondere Ergebnisse zweier umfangreicher empirischer Feldstudien vorgestellt: Im Rahmen des Projektes wurden zwei Datenbanken auf Firmenebene generiert, eine über Tochterfirmen ausländischer Direktinvestoren, und eine weitere über vergleichbare Firmen in einer Auswahl von MOE-Ländern und West- und Ostdeutschland. Schließlich beschäftigten sich die Delegierten mit der Frage nach den Determinanten „nationaler Innovationskapazitäten“ und der Wirkung der Implementierung der europäischen Wettbewerbspolitik in einer Auswahl von EU-Kandidatenländern. Die einzelnen Beiträge des Workshops können auf den Projektinternetseiten www.iwh-halle.de/projects/productivity-gap eingesehen werden.

„Vierter Hallescher Makroökonomischer Workshop“

Workshop am 27. und 28. November 2003, Halle.

Das IWH hat am 27. und 28. November 2003 in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg den 4. Makroökonomischen Workshop durchgeführt. Der jährlich stattfindende Workshop bietet vor allem für empirisch arbeitende Forscher ein Forum, ihre anwendungsbezogenen Arbeiten zu diskutieren. Die rund 20 Vorträge haben ein breites Spektrum von Themen abgedeckt und sich unter anderem mit Fragestellungen aus den Bereichen Arbeitsmarkt-, Konjunktur- und Geldpolitik beschäftigt.

Gastvorträge

„Die Zukunft der deutschen Regionalpolitik.“

Dr. Friedemann Tetsch, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit,
Berlin. 8. April 2003.

„Openess, Productivity and Growth. What do We Really Know?“

Prof. Maria Luigia Segnana, University of Trento. 13. Mai 2003.

„Technologie-Boom und Konjunkturabschwung – gibt es einen Zusammenhang?“

Dr. Walter Elberfeld, Universität zu Köln. 10. Juni 2003.

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt im Zielkonflikt zwischen fiskalischer Flexibilität und Glaubwürdigkeit: Ein Reformansatz unter Berücksichtigung konstitutionen- und institutionen-ökonomischer Sicht.“

Prof. Dr. Renate Ohr und Dr. André Schmidt, Georg-August-Universität
Göttingen. 16. September 2003.

„Globalisierungskritik. Kritik am bestehenden Weltwirtschaftssystem, insbesondere an der WTO.“

Christian Paschke, attac-campus. 11. November 2003.

„Gutachten des Sachverständigenrates 2003/2004.“

Dipl.-Volkswirt Jens Ulbrich, Generalsekretär des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. 2. Dezember
2003.

„Dynamische Anpassung oder langfristiges Gleichgewicht? –
Schätzungen für die ostdeutschen Bundesländer.“

Prof. Dr. Werner Smolny, Universität Ulm. 9. Dezember 2003.

Gastaufenthalte

Prof. Maria Luigia Segnana, University of Trento, Italien.
5. bis 17. Mai 2003

Publikations- und Vortragstätigkeit,
Wissenschaftliche Beratung,
Mitarbeit in Organisationen

Publikationen des IWH

Wirtschaft im Wandel

- 1/2003 „Sonderwirtschaftszone Ostdeutschland“ –
nur eine zweitbeste Lösung – ein Kommentar
Joachim Ragnitz
- Konjunkturausblick des IWH für 2003:
Warten auf den Aufschwung in Deutschland –
Warten auf Godot?
Arbeitskreis Konjunktur
- Lohnsteigerung keine „Produktivitätspeitsche“: Eine
Untersuchung für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands
Harald Lehmann
- Regionale Differenzierungen in Ostdeutschland: Die
Wirtschaftslage ostdeutscher Kreise an der Grenze zu
Niedersachsen
Martin T. W. Rosenfeld, Rupert Kawka
- IWH-Bauumfrage im Dezember 2002:
Lage und Aussichten auf niedrigem Niveau stabilisiert
Brigitte Loose
- 2/2003 Aktuelle Trends:
Wechselkurspolitik der ungarischen Nationalbank unter Druck
Thomas Linne, Johannes Stephan
- Deutliche Fortschritte im ostdeutschen Maschinenbau
Siegfried Beer
- Das Inland – „Nährboden“ für Exportgeschäfte
der ostdeutschen Industriebetriebe
Brigitte Loose, Udo Ludwig
- IWH-Bauumfrage zum Jahresauftakt 2003:
Finanzielle Lage der Betriebe weiterhin äußerst kritisch
Brigitte Loose
- IWH-Industrienumfrage im Januar 2003:
Ostdeutsche Industrieunternehmen schöpfen wieder Hoffnung
Bärbel Laschke

- 3/2003 Aktuelle Trends:
 Tourismusintensität in Ostdeutschland zum zweiten Male
 größer als in Westdeutschland
Siegfried Beer
- Absenkung der EU-Regionalförderung für Ostdeutschland:
 Was ist zu tun? – ein Kommentar
Martin T. W. Rosenfeld
- Strukturschwache Räume als Standort der Informations- und
 Kommunikationsbranche – das Beispiel Sachsen-Anhalt
Rupert Kawka
- Das Handelspotenzial der Beitrittsländer in der erweiterten EU
Bogdan Gorokhovskij
- Eine Projektion der Potenziale zukünftigen
 Produktivitätswachstums im Verarbeitenden Gewerbe der
 Kandidatenländer Mittel- und Osteuropas
Johannes Stephan
- Ostdeutschland 2003: Keine Trendwende bei der Beschäftigung
Hans-Ulrich Brautzsch
- IWH-Industrienumfrage zum Jahresauftakt 2003:
 Zurückhaltende Umsatz- und Beschäftigungspläne in der
 ostdeutschen Industrie
Bärbel Laschke
- 4/2003 Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft noch in der Stagnation
Arbeitskreis Konjunktur
- Gesunkenes Risikopotenzial für Finanzkrisen
 und verbesserte wirtschaftliche Perspektiven für 2003/2004
 in Mittel- und Osteuropa
Martina Kämpfe, Ibolya Mile
- Direktinvestitionen in den mittel- und osteuropäischen
 Beitrittsländern: Rückwirkungen auf den deutschen
 Arbeitsmarkt?
Constanze Dey
- Innovationskooperationen in Ost- und Westdeutschland:
 überraschende Unterschiede
Jutta Günther
- IWH-Baumfrage im Februar 2003: Trübe Lage hält an
Brigitte Loose

- 5/2003 Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft
– im Frühjahr 2003 –
Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der
Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher
Forschungsinstitute e.V., Hamburg:
DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, IfW Kiel, IWH
Halle, RWI Essen
- 6/2003 Aktuelle Trends:
Rege Innovationstätigkeit in Ostdeutschland
Jutta Günther
Arbeitslosengeld II – Anmerkungen zur Zusammenlegung von
Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe
Herbert S. Buscher
Verschlechterung der Beschäftigungschancen durch Teilnahme
an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen –
Oder gibt es Ausnahmen?
Eva Reinowski, Birgit Schultz, Jürgen Wiemers
Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen: Fallstricke
und Lösungsansätze
Eva Reinowski, Birgit Schultz, Jürgen Wiemers
IWH-Industrienumfrage im März 2003:
Hoffnung auf Erholung in der ostdeutschen Industrie wieder
geschwunden
Bärbel Laschke
IWH-Bauumfrage im April 2003:
Frühjahrsbelebung mit Sondereffekten
Brigitte Loose
- 7/2003 Aktuelle Trends:
Deflationsgefahren: Deutschland in den Spuren Japans?
Marian Berneburg, Axel Lindner
Olympia als Hoffnungsträger regionaler Entwicklungspolitik:
Wirtschaftliche Effekte der für eine Ausrichtung
der Olympischen Spiele 2012 in Leipzig geplanten
Infrastrukturinvestitionen
Peter Franz, Franz Kronthaler
Economic outlook for the Euro area 2003
Christian Dreger, Axel Lindner, Udo Ludwig, Klaus Weyerstraß

Zur Ausstattung der deutschen Regionen entlang der Grenze zu Polen mit wichtigen Wachstumsfaktoren
Gerhard Heimpold

IWH-Industrienumfrage im Mai 2003:
Stimmung in der ostdeutschen Industrie bleibt gedrückt
Bärbel Laschke

8/2003 Ist die Wiedervereinigung an der Wachstumsschwäche Schuld?
– ein Kommentar
Rüdiger Pohl

Ostdeutsche Wirtschaft: Produktion 2003 wieder im Plus
Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland

IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Risikopotenziale weiterhin gering
Ibolya Mile

9-10/2003 Braucht Deutschland eine Vermögensteuer? – ein Kommentar
Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft 2004: Vorziehen der Steuerreform belebt Konjunktur nur vorübergehend
Arbeitskreis Konjunktur

Standortbedingungen für die New Economy in strukturschwachen Regionen: Das Beispiel Sachsen-Anhalt
Walter Komar, Rupert Kawka

Innovative ostdeutsche Industriebetriebe schneiden im Vergleich mit anderen gut ab – eine empirische Analyse anhand des IAB-Betriebspanels
Bärbel Laschke

Quersubventionierung kommunaler Leistungen in Deutschland: Aktuelle Bedeutung und Beurteilung unter Effizienz- und Verteilungsgesichtspunkten
Peter Haug

IWH-Bauumfrage im Juni 2003:
Urteile zur Geschäftslage erstmals seit 1999 nicht negativ
Brigitte Loose

- 11/2003 Ostdeutscher Arbeitsmarkt: Noch keine Besserung in Sicht
Hans-Ulrich Brautzsch
- Zur Stabilität der Bankensysteme in der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn
Werner Gnoth
- Entwicklungspotenziale und -hemmnisse ehemaliger ostdeutscher Braunkohletagebauregionen – Das Fallbeispiel des Geiseltals in Sachsen-Anhalt
Peter Franz
- IWH-Industrienumfrage im Juli 2003: Trotz Sommerloch steigt die Lagebeurteilung in der ostdeutschen Industrie wieder auf Vorjahresniveau
Bärbel Laschke
- 12/2003 Aktuelle Trends:
Die Unternehmenslücke in Ostdeutschland schließt sich noch nicht
Gerhard Heimpold
- Subventionsabbau:
Wider die Rasenmähermethode – ein Kommentar
Joachim Ragnitz
- Konjunktur aktuell: Aufhellung in Sichtweite
Arbeitskreis Konjunktur
- Konjunktur in Mittel- und Osteuropa gewinnt an Dynamik
Martina Kämpfe
- IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Weitere Entspannung – Problemfall Ungarn
Ibolya Mile
- Unternehmensbezogene Dienstleistungen in Ostdeutschland – eine Auswertung der Dienstleistungsstatistik
Siegfried Beer
- IWH-Bauumfrage im August 2003:
Bei überwiegend guter Geschäftslage bleiben Aussichten negativ
Brigitte Loose

- 13/2003 Aktuelle Trends:
 Deutsche Exportwirtschaft profitiert von US-Aufschwung
Klaus Weyerstraß
 Unterschiede in der Ausstattung deutscher Regionen
 mit Wachstumsfaktoren:
 Ein Vergleich auf Basis einer Clusteranalyse
Franz Kronthaler
 Kommunale Unternehmen in Deutschland:
 Umsatz, Beschäftigung, Tätigkeitsfelder
Peter Haug
 Polens Beitritt zur Eurozone: Konvergenz vor Schnelligkeit
Thomas Linne
 IWH-Industrienumfrage im September 2003:
 Nur Geschäftsaussichten aufgehellt
Bärbel Laschke
- 14/2003 Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft
 – im Herbst 2003 –
 Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der
 Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher
 Forschungsinstitute e. V., Hamburg:
 DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, IfW Kiel, IWH
 Halle, RWI Essen
- 15/2003 Zweiter Fortschrittsbericht
 wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute
 über die Entwicklung in Ostdeutschland
 – Kurzfassung –
DIW Berlin, IAB, IfW, IWH, ZEW
- 16/2003 Aktuelle Trends:
 IWH-Konjunkturbarometer –
 Ostdeutsche Wirtschaft löst sich zögerlich aus der Stagnation
Udo Ludwig
 Das IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland
Udo Ludwig
 Solidarpakt: Aufbaugerechte Verwendung der Mittel noch nicht
 gewährleistet
Joachim Ragnitz

Übermäßige Lohnsteigerungen dämpfen die Investitionstätigkeit

Klaus Weyerstraß

IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Risikopotenzial wieder angestiegen

Ibolya Mile

IWH-Bauumfrage im Oktober 2003:

Lage noch gut, Erwartungen stark zurückgeschraubt

Brigitte Loose

IWH-Industrienumfrage im November 2003:

Aussichten der Geschäftslage in der ostdeutschen Industrie weiterhin gespalten

Bärbel Laschke

Sonderhefte

- 1/2003 Regionalökonomische Effekte bei der Durchführung der Olympischen Spiele 2012 in der Stadt Leipzig einschließlich ihrer Partnerstädte
Peter Franz, Franz Kronthaler
- 2/2003 Vertical and Horizontal Patterns of Intra-Industry Trade between EU and Candidate Countries
Hubert Gabrisch, Maria Luigia Segnana
- 3/2003 Empirical Methods for Analysing the Risk of Financial Crises
- 4/2003 Neuere Anwendungsfelder der Input-Output-Analyse in Deutschland
– Tagungsband –
- 5/2003 Evolving Structural Patterns in the Enlarging European Division of Labour: Sectoral and Branch Specialisation and the Potentials for Closing the Productivity Gap
Johannes Stephan

- 6/2003 Stellung und Perspektiven Sachsen-Anhalts
in der New Economy
*Rupert Kawka, Walter Komar, Joachim Ragnitz,
Martin T. W. Rosenfeld*
- 7/2003 Zweiter Fortschrittsbericht
wirtschaftswissenschaftlicher Institute
über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland
DIW Berlin, IAB, IfW, IWH, ZEW

Schriften des IWH Nomos-Verlag

- Band 14 Das Zustandekommen von Technologie-Spillovers
durch ausländische Direktinvestitionen
Jutta Günther

Diskussionspapiere

- Nr. 169 Der Exportsektor im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe und
seine Bedeutung für das betriebliche Wachstum –
eine Auswertung von Mikrodaten der amtlichen Statistik und
einer IWH-Industrienumfrage
Brigitte Loose, Udo Ludwig
- Nr. 170 Innovation Cooperation in East-Germany –
only a half-way success?
Jutta Günther
- Nr. 171 Sind Haushalte mit Wohneigentum sparsamer als Miethaus-
halte? – Ersparnis und Vermögen von Wohneigentümern und
Mieter in West- und Ostdeutschland
Ruth Grunert

- Nr. 172 Composite Leading Indicators der amerikanischen Wirtschaft –
Prognosegüte des Conference Board und des OECD –
Ansatz und Vergleich
Marian Berneburg
- Nr. 173 Evaluation von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit
Hilfe eines iterativen Matching-Algorithmus – Eine Fallstudie
über langzeitarbeitslose Maßnahmeteilnehmer in Sachsen
Eva Reinowski, Birgit Schultz, Jürgen Wiemers
- Nr. 174 Explaining Investment Trends in European Union Countries
Klaus Weyerstraß
- Nr. 175 Sind schrumpfende Städte gleichbedeutend mit schrumpfender
Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland
Peter Franz
- Nr. 176 Standortbedingungen der Biotechnologiebranche –
Eine Analyse zur Identifikation von Erfolgsfaktoren für
Biotechnologiefirmen und Bioregionen
Walter Komar
- Nr. 177 FDI Subsidiaries and Industrial Integration of Central Europe:
Conceptual and Empirical Results
Boris Majcen, Slavo Radosevic, Matija Rojec
- Nr. 178 Does Transparency of Central Banks Produce
Multiple Equilibria on Currency Markets?
Axel Lindner
- Nr. 179 A Study of the Competitiveness of Regions Based on a Cluster
Analysis: The Example of East Germany
Franz Kronthaler
- Nr. 180 Lohnstückkosten und Wettbewerbsfähigkeit –
Eine mikroökonomische Untersuchung für Ostdeutschland
Harald Lehmann
- Nr. 181 A Macroeconometric Model for the Euro Economy
Christian Dreger, Massimiliano Marcellino
- Nr. 182 Why Do We Have an Interbank Money Market?
Jürgen Wiemers, Ulrike Neyer

- Nr. 183 Firm-Specific Determinants of Productivity Gaps between East and West German Industrial Branches
Johannes Stephan, Karin Szalai
- Nr. 184 EU Accession Countries' Specialisation Patterns in Foreign Trade and Domestic Production – What Can We Infer for Catch-Up Prospects?
Johannes Stephan
- Nr. 185 Auswirkungen der Gemeinschaftsaufgabe zur “Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur” auf die Investitionstätigkeit – Eine einzelwirtschaftliche Wirkungsanalyse für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland
Andreas Stierwald, Jürgen Wiemers
- Nr. 186 Wirkungen der Investitionsförderung in Ostdeutschland
Joachim Ragnitz

Externe Publikationen

Brautzsch, Hans-Ulrich; Ludwig, Udo: Streikabbruch in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie – später Sieg der ökonomischen Vernunft. Deutschlandarchiv, 6/2003. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2003, S. 944-949.

Buscher, Herbert S.: Korreferat zu Lutz Bellmann und Susanne Kohaut „Zur Verbreitung von Innovationen in West- und Ostdeutschland“, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 277, Nürnberg 2003, S. 33-36.

Rezension Bruno Kaltenborn. Abgaben und Sozialtransfers in Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialreform 49 (6), 2003, S. 926-930.

Gibt es eine Lohnkurve in den neuen Bundesländern?, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 4/2003, Nürnberg 2003, S. 1-29.

- Dietrich, Diemo: Monetary Policy Shocks and Heterogeneous Finance Decisions: A Model of Hidden Effort Choice and Financial Intermediation. German Economic Review 4. Blackwell Publishing, Oxford 2003, S. 365-388.*
- Dreger, Christian; Schumacher, Christian: Are Real Interest Rates Co-integrated? Further Evidence Based on Páneconometric Methods. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 139. Helbing & Lichtenhahn, Basel 2003, S. 41-53.*
- Dreger, Christian; Kosfeld, Reinhold: Consumption and Income. Páneconometric Evidence for West Germany. Applied Economics Quarterly 49. Duncker & Humblot, Berlin 2003, S. 75-88.*
- Eitner, Peter: Betriebsdynamik in der ostdeutschen Industrie, in: Pohl, R.; Fischer, J.; Rockmann, U.; Semlinger, K. (Hrsg.), Analysen zur regionalen Industrieentwicklung. Sonderauswertungen einzelbetrieblicher Daten der Amtlichen Statistik, Berlin. Statistisches Landesamt Berlin 2003, S. 17-26.*
- Franz, Peter: Wie schneiden die großen ostdeutschen Städte im gesamtdeutschen Vergleich ab? Daten zu ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Lage, in: Raumforschung und Raumordnung, 61. Jg., H. 3, 2003, S. 160-169.*
- Implementierungsprobleme des Programms „Stadtumbau Ost“, in: Hutter, G.; Iwanow, I.; Müller, B. (Hrsg.), Demographischer Wandel und Strategien der Bestandsentwicklung in Städten und Regionen. IÖR-Schriften, Bd. 41. Dresden 2003, S. 173-185.
- Franz, Peter; Immerfall, Stefan: Zeitlupenland Deutschland? Zum Vollzugsdefizit wirtschaftspolitischer Reformen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18-19/2003, S. 3-8.*
- Franz, Peter; Iwanow, Irene: „Wir haben keine Chance – also nutzen wir sie!“ – Herausforderungen und Handlungsspielräume für ostdeutsche Kommunen und Wohnungsunternehmen angesichts zunehmenden Wohnungsleerstands, in: Müller, B.; Siedentop, S. (Hrsg.), Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen. Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Nr. 303. Hannover 2003, S. 90-104.*

- Gabrisch, Hubert:* The Exchange Rate of the Rouble and its Impact on Stability and Growth in Russia, in: Schulze, E.; Knappe, E.; Serova, E.; Wehrheim, P. (eds), Success and Failures of Transition – the Russian Agriculture between Fall and Resurrection. Agrimedia, Bergen, Dumme 2003, S. 104-116.
- Günther, Jutta:* Ausländische Direktinvestitionen in der nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung Mittelosteuropas, in: Fuhrmann, N.; Schmoly, E.; Singh Sud, R. S. (Hrsg.), Gegen den Strich. Ökonomische Theorie und politische Regulierung. Hampp Verlag, München 2003, S. 199-210.
- Haug, Peter:* Quersubventionierung in kommunalen Unternehmen: Praxis und theoretische Wertung, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 29. Jg., H. 3, 2003, S. 197-215.
- Heimpold, Gerhard; Rosenfeld, Martin T. W.:* Wirtschaftliche Indikatoren für Sachsen-Anhalt – welche Ausgangsbedingungen stellen sich für die Wirtschaftspolitik der neuen Landesregierung?, in: Wolf, J.; Rannenberg, J.; Mattfeldt, H.; Giebel, H. (Hrsg.), Jahrbuch für Politik und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt 2003. Halle 2003, S. 24-46.
- Komar, Walter:* Stand und Perspektiven der modernen Biotechnologie in ostdeutschen Regionen: Das Beispiel Sachsen-Anhalt, in: Zeitschrift für Biopolitik, 2. Jg., Heft 4. Berlin 2003, S. 229-236.
- Standort- und Erfolgsfaktoren für Biotechnologiefirmen und Bio-regionen, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Band 29, Heft 4. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2003, S. 333-351.
- Lehmann, Harald:* Die neukonzipierten Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte als Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Verbrauchsmessung, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Berlin. Physica Verlag, Berlin, 87-4/2003, S. 449-472.
- Mile, Ibolya:* Pressure on the Exchange Rate: Experiences of the Czech Republic, Hungary and Poland, in: Hayford, M.; Malliaris, A. G.; Malliaris, M. (eds), The Global Economy: Financial, Legal and Technological Asymetries. APF Press, Toronto 2003, pp. 30-41.

Pohl, Rüdiger: Reformbaustelle Ost: Die Schwungräder für den Aufholprozess antreiben, in: Klaus F. Zimmermann (Hrsg.), Reformen – jetzt! So geht es mit Deutschland wieder aufwärts. Gabler-Verlag, Dezember 2003, S. 147-159.

Ragnitz, Joachim; Rosenfeld, Martin T. W.: Finanzwirtschaftliche Sonderbedarfe der neuen Bundesländer – Wie sind sie zu begründen, wie sollen sie im Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden?, in: Junkernheinrich, M. (Hrsg.), Sonderbedarfe im bundesstaatlichen Finanzausgleich. Theorie – Methodik – Instrumente. Analytica-Verlag, Berlin 2003, S. 275-289.

Ragnitz, Joachim: EU-Osterweiterung: Chance für die neuen Bundesländer?, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 9/2003. Lucius und Lucius, Stuttgart 2003, S. 39-43.

Sektoraler Strukturwandel in Deutschland seit 1991, in: F. Gerlach; A. Ziegler (Hrsg.), Neuere Herausforderungen der Strukturpolitik. Schüren-Verlag, Marburg 2004, S. 59-72.

Rosenfeld, Martin T. W.: Das Europa der Kommunen: Zwischen (Selbst-)Entmündigung und Entwicklungschancen im europäischen Standortwettbewerb, in: Henning Walcha (Hrsg.), Diskurs kommunal 2003 – Kommunen in Europa. Wesseling 2003, S. 130-133.

Die Potenziale der Stadt Halle und ihrer Region, in: Wirtschaftsstandort Halle, 2. Auflage. Europäischer Wirtschaftsverlag, Darmstadt 2003, S. 22-27.

Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die räumliche Verteilung von unternehmerischen Aktivitäten, in: Bernhard Müller; Stefan Siedentop (Hrsg.), Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 1. Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, ARL, Bd. 303. Hannover 2003, S. 68-80.

Die räumliche Reichweite von Innovationen – Intra- versus extra-regionale Effekte der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit öffentlicher Wissenschaftseinrichtungen. ARL-Discussion-Paper Nr. 1. Hannover 2003.

Rosenfeld, Martin T. W.; Zimmermann, Horst; Danielzyk, Rainer; Jung, Hans-Ulrich; Pohl, Martha: Regionale Strukturpolitik der EU nach 2006. Positionspapier aus der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Nr. 53. Hannover 2003.

Stephan, Johannes: Merger Control and Competition Policy in Central East Europe in View of EU Accession. ICFAI Journal of International Business Law, Vol. II, No. 2, 2003, pp. 55-72.

Weyerstraß, Klaus; Neck, Reinhard: Optimal Economic Policies for Slovenia with Different Sets of Policy Instruments. Dynamics of Continuous, Discrete and Impulsive Systems Series B. Applications & Algorithms, Volume 10, 2003, pp. 165-180.

Lehrtätigkeit

Dietrich, Diemo: Theorien der Finanzintermediation: Mikroökonomik der Bank. Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig, Wintersemester 2002/03 (zwei Semesterwochenstunden).

Günther, Jutta: Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe. Gastvorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tilburg, Niederlande. 28. April 2003.

Kawka, Rupert: Methoden der empirischen Wirtschaftsgeographie. Vorlesung am Institut für Geographie der Universität Leipzig, Wintersemester 2003/2004 (zwei Semesterwochenstunden).

Methoden der Regionalanalyse. Vorlesung am Institut für Geographie der Universität Jena, Wintersemester 2003/2004 (zwei Semesterwochenstunden).

Ludwig, Udo: Struktur und praktische Anwendung der Input-Output-Tabelle. Vorlesungen an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig, Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Wintersemester 2002/2003 (2 Doppelstunden).

Rosenfeld, Martin T. W.: Theorie und Politik der Besteuerung. Vorlesung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2003 (zwei Semesterwochenstunden).

Regionalpolitik. Vorlesung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2003/2004 (zwei Semesterwochenstunden).

Vorträge

Brautzsch, Hans-Ulrich: „Zur Sensitivitätsanalyse der Arbeitsvolumenberechnung nach der Komponentenmethode.“ Vortrag im Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder. 26. September 2003, Berlin.

Buscher, Herbert S.: „Quo vadis deutsche Wirtschaft.“ Vortrag auf dem Tarifforum 2003. 4. Februar 2003, Düsseldorf.

„Der deutsche Arbeitsmarkt – eine Analyse und Prognose.“ Vortrag vor dem Heidelberger Club für Wirtschaft und Kultur e. V. 8. Mai 2003, Heidelberg.

„Aufgaben und Ziele der empirischen Wirtschaftsforschung.“ Vortrag an der Universität Erfurt, FB Wirtschaftswissenschaft. 13. Mai 2003, Erfurt.

„Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen auf Ostdeutschland.“ Vortrag vor der IHK Leipzig. 16. September 2003, Leipzig.

„Gibt es eine Lohnkurve in Ostdeutschland.“ Vortrag an der FU Berlin, Institut für Ökonometrie und Statistik. 13. November 2003, Berlin.

Dietrich, Diemo: „Determinants of a Bank's Capital Structure.“ Vortrag auf dem Halleschen Workshop zum Thema „Geldtheorie und Geldpolitik“. 11. April 2003, Halle.

„Bankenkrise in Deutschland?“ Vortrag anlässlich der 2. Langen Nacht der Wissenschaften der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg. 4. Juli 2003, Halle.

„Entwicklung der Bankkredite in Deutschland.“ Vortrag beim Forschungsseminar an der Universität Leipzig. 22. November 2003, Leipzig.

Dreger, Christian: „Are Real Interest Rates Cointegrated: Further Evidence Based on Panel Econometric Methods.“ Vortrag an der Universität Bonn. 23. Mai 2003, Bonn.

„Estimating Large Scale Factor Models for Economic Activity in Germany.“ Vortrag anlässlich der Statistischen Woche. 23. August 2003, Potsdam.

„Estimating Large Scale Factor Models for Economic Activity in Germany.“ Vortrag im Verein für Socialpolitik. 1. Oktober 2003, Zürich.

„The Forecasting Performance of Leading Indicators for the German Business Cycle.“ Vortrag am International Institute of Forecasters. 16. Juni 2003, Mérida, Mexiko.

„Out-of Sample Forecasts of the German Business Sample Using Leading Indicators: Single vs Combined Information“. Vortrag in der Southern Economic Association. 21. November 2003, San Antonio, USA.

„Consumption and Income in the Euro Area: Empirical Evidence Based on Panelcointegration Methods.“ Vortrag auf der EC² Conference. 13. Dezember 2003, London.

Eitner, Peter: „Betriebsdynamik im Verarbeitenden Gewerbe und den Betrieben der Gewinnung von Steinen und Erden in Ostdeutschland – die Entwicklung des Gründungsgeschehens.“ Vortrag auf dem FIDAST-Workshop 2003 zu dem Thema „Analysen zur regionalen Industrieentwicklung auf Basis einzelbetrieblicher Daten der Amtlichen Statistik“. 7. März 2003, Berlin.

Franz, Peter: „Die Zukunftsaussichten der Region Halle-Leipzig.“ Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Die Zukunft des mitteldeutschen Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt“ der Friedrich-Nauermann-Stiftung. 6. Mai 2003, Halle.

„Stadt und Wissen.“ Vortrag im Rahmen des Kolloquiums „UmbauKultur“ des Büros zur Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung (IBA). 19. November 2003, Magdeburg.

Gabrisch, Hubert: „Erweiterung der EU: Chancen und Risiken in ökonomischer und sozialer Hinsicht.“ Vortrag vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Rosenberg. 7. April 2003, Wachtberg-Niederbachem.

Gorokhovskij, Bogdan: „Handelspotenziale der EU-Osterweiterung.“ Vortrag anlässlich der Konferenz der European Economic and Finance Society. 14. Mai 2003, Bologna.

Günther, Jutta: „Technologietransfer durch ausländische Direktinvestitionen in Ungarn.“ Vortrag an der Europa Universität Viadrina, Frankfurter Institut für Transformationsstudien. 16. Januar 2003, Frankfurt (Oder).

„Technology Spillovers from Foreign Investment Enterprises in Transition Economies.“ Vortrag anlässlich der International Industrial Organization Conference 2003. 4. April 2003, Boston, USA.

„Are Scale Efficiencies Relevant for the Use of Information Technology? Insights from Computer Based Manufacturing in Germany During the 1990s.“ Koreferat zum Vortrag von N. Todd Musick anlässlich der International Industrial Organization Conference 2003. 5. April 2003, Boston, USA.

„Productivity and Capability in the Transition Countries.“ Koreferat zum Vortrag von D. Dyker und C. Stolberg anlässlich des Workshops zum Thema „EU Integration and the Prospects for Catch-up Development“. 20. Juni 2003, Prag.

„Ausländische Direktinvestitionen in Mittelosteuropa und ihre Wirkungen auf Entwicklung und Wachstum – Perspektiven unter den Bedingungen eines EU-Beitritts.“ Vortrag an der Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften. 8. Juli 2003, Osnabrück.

„Innovation Cooperation – Experiences from East and West Germany.“ Vortrag anlässlich der International CAED Conference 2003. 15. September 2003, London.

Heimpold, Gerhard: „Wirtschaftliche Situation und regionalpolitische Strategien entlang der deutsch-polnischen Grenze.“ Vortrag im Rahmen der Fachtagung „Regionale Entwicklung und Wettbewerb in der Euroregion ‚Pomerania‘“, veranstaltet vom Bildungs-

werk Rostock der Konrad-Adenauer-Stiftung. 4. April 2003, Pasewalk.

„Wirtschaftliche Lage und Entwicklung in Sachsen-Anhalt.“ Vortrag im Rahmen des Workshops „Standortprofil Sachsen-Anhalt“, durchgeführt von der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt. 24. April 2003, Magdeburg.

„Wirtschaftliche Situation und Entwicklung in den Regionen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze – eine Bestandsaufnahme aus deutscher Sicht.“ Vortrag auf der Kommunalpolitischen Fachkonferenz „EU-Osterweiterung – Entwicklung grenzenlos? Das Beispiel der Euroregion Pro Europa Viadrina“, veranstaltet von der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verband für Angewandte Geographie (DVAG), der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree und der Euroregion Pro Europa Viadrina. 16. Mai 2003, Frankfurt (Oder).

„Cross Border Region Building – eine Perspektive für die Regionen an den derzeitigen östlichen Außengrenzen der EU?“ Vortrag im Rahmen der Seminarveranstaltungsreihe des IWH. 1. Juli 2003, Halle.

„Do Regions along Opening Borders Need a Specific Regional Policy? – The Case of the German-Polish Border Region.“ Vortrag auf der Tagung „The Border Regions In Transition“, VIth International Conference. 24. September 2003, Békéscsaba, Ungarn.

„Von der Peripherie in die Mitte? – Wirtschaftliche Lage und Entwicklungsperspektiven in den sächsisch-polnischen und sächsisch-tschechischen Grenzregionen im Zuge der EU-Erweiterung.“ Vortrag im Rahmen der Interregionalen Fachtagung des DGB Sachsen „EU-Osterweiterung und die Entwicklung der Wirtschaft in den Grenzregionen Sachsens, Tschechiens und Polens“. 8. Oktober 2003, Dresden.

Kawka, Rupert: „Der Dienstleistungssektor als Entwicklungsmotor der regionalen Wirtschaftsentwicklung im Nordosten Deutschlands? – Theoriegrundlagen und Empirische Trends“, Koreferat zu den Referaten von G. Braun, H. Klüter, C. Ellger, W. Weiss und W. Weiss, J. Hollenbach im Rahmen des Evaluierungsworkshops der Arbeitsgruppe „Tertiarisierung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Landesarbeitsgemeinschaft

Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern. 10. April 2003, Berlin.

„Regional Development along the Former Inner-German Border after Unification.“ Vortrag auf dem 43. Kongress der European Regional Science Association. 30. August 2003, Jyväskylä, Finnland.

Komar, Walter: „Biotechnologie in Sachsen-Anhalt – Entwicklungsstand, Standortbedingungen und Perspektiven.“ Vortrag auf dem Biotechnologie-Workshop der Stiftung Innovation und Forschung Thüringen. 25. November 2003, Jena.

Kronthaler, Franz: „A Study of the Competitiveness of Regions – The Example of East Germany.“ Vortrag auf dem 43. Kongress der European Regional Science Association (ERSA). 30. August 2003, Jyväskylä, Finnland.

Lang, Cornelia: „Differenzen in der Lebenslagebewertung in Ost- und Westdeutschland. Daten und Befunde aus der sozialwissenschaftlichen Survey-Forschung.“ Vortrag vor dem Gossener Konvent. 23. April 2003, Halle.

Lindner, Axel: „Monetary Policy Instruments of the Eurosystem and Banks' Behaviour.“ Koreferat auf dem Halleschen Workshop zum Thema „Geldtheorie und Geldpolitik“. 10. April 2003, Halle.

„Does Transparency of Central Banks Produce Multiple Equilibria on Currency Markets?“ Vortrag auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik. 3. Oktober 2003, Zürich.

Linne, Thomas: „Are the Central and Eastern European Countries still Vulnerable to a Financial Crisis? Results from a Multivariate Logit Analysis.“ Vortrag auf der Jahrestagung der Royal Economic Society (RES), University of Warwick. 9. April 2003, Coventry, UK.

„Handels- und Währungsintegration von Weißrussland und der Russischen Föderation im europäischen Kontext.“ Vortrag auf der Konferenz des Instituts für Weltwirtschaft und Internationales Management (IWIM) zum Thema „Aspekte der europäischen Integration aus deutscher und weißrussischer Perspektive“. 7. Juli 2003, Bremen.

Ludwig, Udo: „Konjunktur und Wachstum in Deutschland.“ Vortrag anlässlich der Jahrestagung für Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer 2003 zum Thema: „So eine Wirtschaft?! – Ökonomische und soziale Entwicklungen in historischer Perspektive“ bei der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt. 24. Januar 2003, Wittenberg.

„Lage und Aussichten der Wirtschaft in Deutschland, Ostdeutschland und Thüringen.“ Vortrag auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der Wirtschaft – Nordhausen e. V. 20. Februar 2003, Nordhausen.

„Lage und Aussichten der ostdeutschen Bauwirtschaft.“ Vortrag anlässlich der Tagung beim Beton Marketing Ost, Gesellschaft für Bauberatung und Marktförderung Berlin. 13. März 2003, Berlin.

„Kann der Osten wirtschaftlich aufholen? Ergebnisse und Probleme der wirtschaftlichen Transformation der neuen Bundesländer.“ Vortrag auf dem Seminar bei der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema „Deutschland und die Gemeinschaft unabhängiger Staaten im neuen Europa“. 24. April 2003, Brühl.

„Lage und Aussichten der ostdeutschen Wirtschaft 2003/2004.“ Vortrag auf der Mitgliederversammlung des Industrieverbandes Steine und Erden Thüringen und Sachsen-Anhalt e. V. 23. Mai 2003, Merseburg.

„Zur derzeitigen ökonomischen Situation in Deutschland – Ursachen, Ergebnisse, Aussichten.“ Vortrag beim Deutschen Bundeswehrverband, Landesverband Ost. 1. September 2003, Halle.

„The Impact of the Economic Information Flow on Private Consumption.“ Vortrag anlässlich der Agenda Setting Conference 2003 der Mass Media & Public Opinion. 12. September 2003, Bonn.

„Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Aussichten für die ostdeutsche Wirtschaft.“ Vortrag auf dem Workshop der Ostdeutschen Sparkassenakademie. 17. September 2003, Potsdam.

Pohl, Rüdiger: „Konjunktur aktuell: Wann beginnt der Aufschwung in Sachsen-Anhalt?“ Vortrag zum Neujahrsempfang der Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt. 8. Januar 2003, Magdeburg.

„Ist jetzt der Weg frei für Reformen – wie kurbeln wir die deutsche Wirtschaft an?“ Vortrag auf einem Symposium der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e. V. 29. Januar 2003, Berlin.

„Die Krise an den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf Konjunktur und Währungspolitik.“ Vortrag für die Sparkasse Calw. 19. Februar 2003, Calw.

„Es herrscht kein Mangel an Ideen, sondern ein Mangel an Vollzug.“ Vortrag vor der Wirtschaftlichen Vereinigung Oldenburg. 3. März 2003, Oldenburg.

„Wachstumsschwäche in Deutschland – Ursachen und Therapie.“ Vortrag vor dem Verband der Industriellen. 30. April 2003, Wien.

„Die Krise als Chance. Wege aus der Talsohle.“ Vortrag vor dem Genossenschaftsverband Bayern. 27. Mai 2003, Nürnberg.

„Perspektiven der nationalen und europäischen Baukonjunktur.“ Vortrag anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Bauchemie. 27. Juni 2003, Leipzig.

„Steuersenkung + Agenda 2010 = Wege aus der Krise?“ Vortrag vor dem Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V. 23. September 2003, Travemünde.

„Bedeutung der KMU in der Wirtschaft Sachsen-Anhalts – Rolle von flächentariffreien Arbeitgeberverbänden.“ Vortrag vor dem Allgemeinen Arbeitgeberverband der Wirtschaft für Sachsen-Anhalt e. V. 26. September 2003, Alexisbad.

„Mitteldeutschland – eine Region mit Zukunft!“ Vortrag auf der Expo Real, 7. Oktober 2003, München.

„EU-Osterweiterung aus der Sicht der Wissenschaft.“ Vortrag vor der Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände. 6. November 2003, Wiesbaden.

Ragnitz, Joachim: „Fortschritte beim Aufbau Ost.“ Präsentation des 1. Fortschrittsberichts anlässlich einer Klausurtagung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. 27. Januar 2003, Berlin.

„Wirtschaftskrise oder Krise der Wirtschaftspolitik?“ Vortragsreihe im Rahmen mehrerer Fortbildungsveranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung. 18. und 19. Februar 2003, Mühlhausen, Bad Langensalza und Arnstadt.

„Die Zukunft der Wirtschaftsförderpolitik für Ostdeutschland.“ Vortrag auf dem Workshop der NordLB zum Thema „Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt“. 11. März 2003, Magdeburg.

„EU-Osterweiterung – neue Bundesländer zwischen Stabilitäts- und Wachstumsgefälle eingeklemt?“ Vortrag vor der Bundesfachkommission Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik des CDU-Wirtschaftsrates. 4. April 2003, Berlin.

„Die wirtschaftlichen Probleme der Wiedervereinigung.“ Vortrag vor einer Delegation südkoreanischer Wirtschaftswissenschaftler. 7. April 2003, Halle.

„Potenzielle Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die neuen Bundesländer.“ Vortrag anlässlich der Tagung am Duitsland Institut zum Thema „Entwicklungsprobleme der neuen Bundesländer“. 25. April 2003, Amsterdam.

„Sonderwirtschaftszonen als Lösung der Wachstumsprobleme in Ostdeutschland?“ Vortrag anlässlich der Denkwerkstatt 2020 des Landes Mecklenburg-Vorpommern. 9. April 2003, Flessow bei Schwerin.

„Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland: Wirkungen und Nebenwirkungen.“ Vortrag anlässlich der Tagung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zum Thema „Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.“ 14. Mai 2003, Tellow bei Güstrow.

„Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die deutsche Wirtschaft.“ Vortrag auf der Fortbildungsveranstaltung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 18. August 2003, Wittenberg.

„Anforderungen an die Innovationsförderung aus Sicht der Wirtschaftsforschung.“ Vortrag auf dem Workshop von BMF und BMWA zum Thema „Perspektiven der Innovationsförderung in Deutschland“. 8. September 2003, Berlin.

„Produktivitätssteigerungen durch Privatisierung und Wettbewerb.“ Vortrag auf dem Workshop am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zum Thema „Beschäftigungschancen durch Modernisierung der deutschen Wirtschaft“. 6. November 2003, Berlin.

„Aufbau Ost: Weiter wie gehabt?“ Vortrag an der Europa-Universität Viadrina. 24. November 2003, Frankfurt (Oder).

„Produktivitätssteigerungen durch Privatisierung und Wettbewerb.“ Vortrag am Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. 11. Dezember 2003, Berlin.

Reinowski, Eva; Schultz, Birgit: „Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für Langzeitarbeitslose.“ Vortrag am ZEW Mannheim. 9. April 2003, Mannheim.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Volkswirtschaftliche Grundsätze für die Finanzbeziehungen zwischen Land/Kommunen und mögliche Lösungsansätze im Überblick.“ Vortrag im Rahmen des IWH-Workshops „Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Sachsen-Anhalt“. 26. Februar 2003, Halle.

„Westthüringen als Region in Europa: Wirtschaftliche Potenziale und mögliche Strategien der regionalen Entwicklungspolitik.“ Vortrag auf dem 1. Regionalforum der Wirtschaftsinitiative Westthüringen e. V. 12. März 2003, Eisenach.

„Konzentration der Wirtschaftsförderung auf Wachstumszentren als Entwicklungsstrategie strukturschwacher Regionen.“ Vortrag auf der Tagung „Kerne zu Zentren entwickeln“ der IHK zu Schwerin. 29. April 2003, Schwerin.

„Quo vadis kommunale Selbstverwaltung?“, Grundsatzreferat im Rahmen der Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt. 12. Mai 2003, Magdeburg.

„Entwicklungsperspektiven des Geiseltals aus regionalökonomischer Sicht.“ Vortrag im Rahmen des „5. Zukunftsforums Geiseltal“. 24. Mai 2003, Pfännerhall/ Braunsbedra (Geiseltal).

„Standortbedingungen in den sachsen-anhaltischen Kreisen an der Grenze zu Niedersachsen.“ Vortrag im Rahmen der Tagung des DGB-Landesverbands Sachsen-Anhalt zum Thema „Wirtschaftsentwicklung in der ehemaligen deutsch-deutschen Grenzregion“. 3. Juni 2003, Magdeburg.

„Mehr Wettbewerb im deutschen Föderalismus – Was wird aus den strukturschwachen Regionen?“ Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Aktuelles Gespräch – Blockiert der heutige Föderalismus notwendige Reformen?“ am Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv (HWWA). 19. August 2003, Hamburg.

„The Impact of Centralized vs. Decentralized Responsibilities in the Field of Regional Policy on Economic Efficiency and Inter-regional Cohesion.“ Vortrag auf dem 43. Kongress der European Regional Science Association (ERSA). 29. August 2003, Jyväskylä, Finnland.

„Aktuelle Haushaltslage in Brandenburg und der Etatentwurf 2004.“ Stellungnahme im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtags Brandenburg zum Etatentwurf 2004 der brandenburgischen Landesregierung. 30. Oktober 2003, Potsdam.

„Prinzipien, Faktoren und Gestaltbarkeit der regionalen Wirtschaftsentwicklung.“ Basisreferat im Rahmen der Veranstaltung „Blühendes Eichsfeld – Wie planbar ist die Wirtschaftszukunft?“ 6. November 2003, Heiligenstadt (Eichsfeld).

„Standortbedingungen in Mitteldeutschland und mögliche Folgen der EU-Osterweiterung für die Unternehmen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.“ Vortrag im Rahmen des Workshops „Die EU-Osterweiterung – Risiko und Chance für die deutsche Wirtschaft?“ der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V. (asg). 14. November 2003, Leipzig.

„Die mitteldeutsche Wirtschaftsregion – Stärken, Schwächen, Perspektiven.“ Vortrag auf dem 4. Sachsen-Anhaltischen Architekturtag zum Thema „Politik und Wirtschaft im Spannungsfeld der regionalen und überregionalen Entwicklung“. 22. November 2003, Halle.

Roth, Diana: „Wissenschaftseinrichtungen in Sachsen-Anhalt – Motoren für die regionale Wirtschaft?“ Vortrag anlässlich der 2. Nacht der Wissenschaft am Institut für Wirtschaftsforschung Halle. 4. Juli 2003, Halle.

Stephan, Johannes: „Firm-Specific Determinants of Productivity Gaps between East and West German Industrial Branches.“ Vortrag anlässlich der Konferenz des IWH und der VSE, University of Economics, Department of Econometrics zum Thema „Determinanten der Produktivitätslücke“. 20. Juni 2003, Prag.

„Merger Control and Competition Policy in Central East Europe in View of EU Accession.“ Vortrag anlässlich der Konferenz des IWH und der VSE, University of Economics, Department of

Econometrics zum Thema „Determinanten der Produktivitätslücke“. 21. Juni 2003, Prag.

„Industrial Specialisation and Productivity Catch-up in CEECs – Patterns and Prospects.“ Vortrag auf der ERSA. 28. August 2003, Jyväskylä, Finnland.

„Domestic and Foreign Trade Specialisation between CEECs and the EU – Patterns and Prospects.“ Vortrag an der Brighton Business School. 19. November 2003, Brighton, UK.

„An Econometric Study: Prospects of Catch-up Development in EU Accession States.“ Vortrag an der Brighton Business School. 19. November 2003, Brighton, UK.

Weyerstraß, Klaus: „International Transmission of Business Cycles.“ Vortrag anlässlich der 55th International Atlantic Conference. 14. März 2003, Wien.

„Impacts of External Shocks on Optimal Economic Policies for Slovenia.“ Vortrag auf der Jahrestagung der Österreichischen Nationalökonomischen Gesellschaft. 17. Mai 2003, Klagenfurt.

„Explaining Investment Trends in European Union Countries.“ Vortrag auf dem 4. Halleschen Makroökonomischen Workshop des IWH. 27. November 2003, Halle.

Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen

Auch im vergangenen Jahr haben Wissenschaftler des Instituts in nationalen und internationalen Gremien und Organisationen aktiv mitgewirkt. Eine Auswahl wird im Folgenden dokumentiert.

Hans-Ulrich Brautzsch vertritt das IWH im Fachausschuss Erwerbstätigenstatistik beim Statistischen Bundesamt.

Herbert S. Buscher: Gutachtertätigkeit für das Allgemeines Statistisches Archiv, Zentralblatt für Mathematik, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Applied Econometrics.

Kristina van Deuverden ist Mitglied im Arbeitskreis Steuerschätzungen beim BMF. Außerdem nahm sie für das IWH an der öffentlichen Anhörung im Landtag Brandenburg – Wiedererhebung der Vermögensteuer, 27. März 2003 sowie der öffentlichen Anhörung zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze – Drucksache 15/1313, 24. September 2003 teil.

Gerhard Heimpold und Rupert Kawka: Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Chancen der EU-Osterweiterung für die Regionalentwicklung in Ostdeutschland“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover (Leiter der Arbeitsgruppe: Prof. Dr. Stefan Krätke, Frankfurt (Oder)).

Hubert Gabrisch war Mitglied im Executive Board der European Association for Comparative Economic Studies (EACES) und im wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO). Außerdem wurde er in den Board of Editors der Zeitschrift „International Advances in Economic Research“ berufen.

Jutta Günther: Refereetätigkeit für „The Review of Industrial Organization“, ein internationales Journal der Industrial Organization Society, Boston, USA.

Udo Ludwig nahm für das IWH an der Anhörung der Wirtschaftsforschungsinstitute im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur Gemeinschaftsdiagnose am 5. November 2003 teil. Er vertritt zudem das Institut im gemeinsamen Gesprächskreis der Mitgliederinstitute der ARGE und des Statistischen Bundesamtes sowie im Arbeitskreis Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit. Dort ist er zugleich Mitglied der Fragebogengruppe. Außerdem führt er, zusammen mit Bärbel Laschke und Brigitte Loose, regelmäßig Konjunkturgespräche mit der Geschäftsleitung der IHK Halle-Dessau.

Brigitte Loose vertritt das IWH im Arbeitskreis Bau- und Wohnungsbau-prognostik.

Rüdiger Pohl ist Mitglied in der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismuskommission), der Deutschen Nationalstiftung, der Ludwig-Erhard-Stiftung und im Verein für Socialpolitik. Darüber hinaus ist er Mitglied im Wirtschaftsbeirat des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, im Beirat der Deutschen Bank, im Beirat der Deutschen Bahn AG, im Aufsichtsrat des Ifu-Instituts und im Aufsichtsrat der Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt.

Joachim Ragnitz ist Mitglied einer Arbeitsgruppe des CDU-Wirtschaftsrats zum Thema EU-Osterweiterung; darüber hinaus arbeitete er in verschiedenen Beratungsgremien u. a. beim BMVBW, bei der sächsischen Staatskanzlei und bei der Botschaft der VR China mit. Außerdem vertritt er das IWH im Round Table Mittelstand bei der Deutschen Ausgleichsbank. Als Sprecher des Kollegiums des IWH wirkte er bei der Auswahl eines neuen IWH-Präsidenten mit.

Gutachtertätigkeit für die Zeitschriften Schmollers Jahrbuch sowie für die Fritz-Thyssen-Stiftung.

Martin T. W. Rosenfeld: Mitarbeit im Arbeitskreis „Neubau von Städten und Regionen“ der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover (Leiter des Arbeitskreises: Prof. Dr. Peter Sedlacek, Jena).

Gutachtertätigkeit für die Hans-Böckler-Stiftung.

Mitarbeit im Ad-hoc-Arbeitskreis „Regionale Strukturpolitik der EU nach 2006“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover (Leiter des Ad-hoc-Arbeitskreises: Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Marburg).

Mitarbeit im Arbeitskreis „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover (Leiter des Arbeitskreises: Prof. Dr. Paul Gans, Mannheim).

Sonstiges

Buscher, Herbert S.: Erfurter Gespräch (MDR), Thema: Ich-AG, Teilnehmer der Podiumsrunde. Erfurt, 10. März 2003.

IHK Potsdam, Thema: „Die Auswirkungen der Arbeitsmarktreform auf die Wirtschaft in den neuen Bundesländern“, Teilnehmer an der Podiumsdiskussion. Potsdam, 5. November 2003.

Bündnis 90/Die Grünen, BürgerInnengespräch zum Thema: „Unter Druck – der zweite Arbeitsmarkt, Halle diskutiert über die Zukunft des öffentlichen Beschäftigungssektors“, Teilnehmer an der Podiumsdiskussion. Halle, 3. Dezember 2003.

Präsentation und Diskussion zukünftiger Forschungsfelder der Wirtschaftspolitik: BMWA-Workshop „Beschäftigungschancen durch Modernisierung der deutschen Wirtschaft – Lösungsansätze für eine Gesellschaft im demographischen Umbruch“. BMWA, Berlin, 11. Dezember 2003.

Heimpold, Gerhard: Zentrum für Deutschlandstudien, Universität Nijmegen, Thema des Seminars „Die Osterweiterung der Europäischen Union – Auswirkungen auf die Regionen entlang der Grenze zwischen Deutschland und Polen?“ Vortrag und Teilnahme an dem Podiumsgespräch „Regionalpolitik für Grenzregionen?“ Nijmegen, Niederlande, 10. November 2003.

Pohl, Rüdiger: Moderation der 20. und 21. Halleschen Wirtschaftsgespräche. Halle, 28. April und 3. November 2003.

Ostdeutscher Bankenverein, Thema: „Solidarpakt II – Erfolg jetzt richtig planen!“ Teilnahme am Podiumsgespräch. Leipzig, 22. Mai 2003.

ComCenter, Thema: „Bildung im Wandel“. Moderation der Podiumsdiskussion. Halle, 7. November 2003.

Mitteldeutsche Zeitung, Thema: „An Bildung sparen – wie weiter mit den Hochschulen?“ Teilnahme an der Podiumsrunde. Halle, 18. Dezember 2003.

Ragnitz, Joachim: Stadtforum Wittenberg, Thema: „Ostdeutsche Perspektiven“. Vortrag und Teilnahme an der Podiumsrunde. 16. Januar 2003, Wittenberg.

Fortbildungsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Thema: „Aktuelle Probleme der Wirtschaftspolitik in Deutschland.“ Vortrag und Teilnahme an der Podiumsrunde. 31. März 2003, Halle.

Jahrestagung des Verbands der Papier- und Pappeindustrie, Thema: „Erfolge, Misserfolge und Perspektiven der Wirtschaftspolitik für die neuen Länder.“ Vortrag und Teilnahme an der Podiumsrunde. 23. Juni 2003, Leipzig.

Rosenfeld, Martin T. W.: Leitung einer Session zum Thema „Regional Strategies and Policies, Evaluation“ im Rahmen des 43. Kongresses der European Regional Science Association (ERSA), 29. August 2003, Jyväskylä, Finnland.

Ausländische Delegationen am IWH

26. März 2003: „Regional Disparities, Regional Policy, and Urban Development Policy in (East) Germany.“ Präsentation anlässlich des Besuchs des „Housing, Planning, Local Government and the Regions Committee“ des House of Commons, UK, am IWH (Abteilung Regional- und Kommunalforschung).

7. April 2003: „Economics of Unification.“ Präsentation vor einer Delegation südkoreanischer Wirtschaftswissenschaftler am IWH (Abteilung Strukturwandel).

9. Dezember 2003: „Regional Development, Regional Policy, and Local Development Strategies in East Germany.“ Besuch von regionalen Führungskräften aus der VR China – Teilnehmer des Inwent-Weiterbildungsseminars „Public Sector Reform and Good Governance in a Competing Environment“ – am IWH (Abteilung Regional- und Kommunalforschung).

Organisation des IWH

Organisationsstruktur des IWH



Mitglieder des Vereins

Dr. Rainer J. Abbenseth
Esso Deutschland GmbH

Dr. Christoph Bergner
Mitglied des deutschen Bundestages

Rudolf Bohn
Staatssekretär a. D.,
Generalbevollmächtigter für
Investitionen im Ministerium für
Wirtschaft und Arbeit des Landes
Sachsen-Anhalt

Dr. Manfred Caspari

Hans Dietrich Genscher

Hans-Günter Goedecke

Dr. Jens Holger Göttner

Hans-R. Günther
Institut für Marktforschung Leipzig

Dr. Werner Hannemann
Datenverarbeitungszentrum Halle

Jörg Henning
Stadtwerke Halle

Rudolf D. Keller
Bayerische Vereinsbank AG

Dr. Wilfried Knaebel

Norbert Labuschke
Baugruppe Köhler

*Professor Dr.-Ing.
Wolfgang Lukas*
Technologie-und Gründerzentrum
Halle GmbH

Dr. Klaus Peter Rauen
Oberbürgermeister der Stadt Halle a. D.

Ernst-Helmut Rost
Immobilien

Professor Dr. Norbert Simon
Duncker & Humblot GmbH

Dietrich von Stein-Lausnitz
Rechtsanwalt

Dr. Jürgen Weißbach

Heinrich Weitz
Hauptverband der deutschen
Bauindustrie

Dr. sc. Konrad Wetzker

Bernd Wunderlich
Deutsche Bank AG

Commerzbank AG, Halle
Thomas Heyder

DEBRIV
Werner Fahle

Deutsche Bank AG
Edgar Most

Dow Olefinverbund GmbH
Dr. Evelyn Meerbote

Druckhaus Schütze GmbH
Peter Schütze

*envia Mitteldeutsche
Energie AG*
Dr. Friedrich-Josef Glatzel

GP Günter Papenburg AG
Klaus Papenburg

IHK Halle-Dessau
Professor Dr. Peter Heimann

Kreditanstalt für Wiederaufbau
Dr. Norbert Irsch

*Mitteldeutsches Druck- und
Verlagshaus GmbH & Co. KG*
Heinz Kiegeland

Norddeutsche Landesbank
Professor Dr. Sonning Bredemeier

Sal. Oppenheim jr. & Cie. KgaA
Norbert Braems

Siemens AG
Dr. Bernd Stecher

Stadt Halle
Ingrid Häußler

*Verband der Chemischen
Industrie*
Rolf Siegert

Vorstandsrat

Manfred Maas

Vorstandsratsvorsitzender
Staatssekretär im Ministerium
für Wirtschaft und Arbeit des
Landes Sachsen-Anhalt

Rudolf Bohn

Staatssekretär a. D.,
Generalbevollmächtigter für
Investitionen im Ministerium für
Wirtschaft und Arbeit des Landes
Sachsen-Anhalt

Marion Fischer

Landtag Sachsen-Anhalt

Dr. Gerhard Gröbner

Ministerialdirigent im
Bundesministerium
für Wirtschaft und Arbeit

Volker Halsch

Staatssekretär im
Bundesministerium der Finanzen

Ingrid Häußler

Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle

Professor Dr.

Peter Heimann

Hauptgeschäftsführer der IHK
Halle-Dessau

Dr. Bernhard Molitor

Edgar Most

Direktor der Deutschen Bank AG,
Berlin

Dr. Klaus Peter Rauhen

Oberbürgermeister
der Stadt Halle a. D.

Wolfgang Roth

Vizepräsident der Europäischen
Investitionsbank Luxemburg

Dr. Matthias Schürgers

Ministerialdirektor im
Bundesministerium für Wirtschaft
und Arbeit

Professor Dr.

Gunter Steinmann

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
insbesondere Wachstum und
Konjunktur an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Dr. Manfred Wegner

Gründungspräsident des IWH

Dr. Joachim Ragnitz

Sprecher des Kollegiums des IWH

Dr. Peter Franz

Vorsitzender des Betriebsrates
des IWH

Wissenschaftlicher Beirat

*Professor Dr.
Heinz Peter Galler*
Vorsitzender des
Wissenschaftlichen Beirates
des IWH
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

*Professor Dr.
Michael C. Burda*
Humboldt-Universität zu Berlin

*Professor Dr.
Juergen B. Donges*
Universität zu Köln

*Professor Dr.
Bernhard Felderer*
Institut für Höhere Studien Wien

*Professor Dr.
Jürgen von Hagen*
Zentrum für Europäische
Integrationsforschung (ZEI)
Rheinische Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

*Professor Dr.
Karl-Heinz Paqué*
Minister der Finanzen
des Landes Sachsen-Anhalt

*Professor Dr.
Horst M. Schellhaaß*
Universität zu Köln

Vorstand

Professor Dr. Rüdiger Pohl
Präsident

Frowin Gensch
Geschäftsführer